

# In diesem Heft

Editorial	3
Essay	
HELMUT DAHMER Luxemburgs Schüler, Trotzki's Ex-Freund, Stalins Hofnarr. Karl Radek und sein Biograph	5
Konkrete Utopien	
RICHARD SAAGE Die konstruktive Kraft des Nullpunkts. Samjatin's »Wir« und die Zukunft der politischen Utopie	13
MARIANNE BRÜN Ermutigung muß vom Begehren herkommen. Interview	24
Dokumentierte Geschichte	
»In allen Ländern haben Kommunisten gegessen«. Bericht über eine Befragung von Matyas Rakosi, Ernö Gerö und Istvan Kovacz	36
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
INGRID MATTERN, HENNING BÖSHERZ Eine sozialistische Verkehrspolitik für Sachsen. Analysen, Folgerungen, Vorschläge	52
KLAUS-DIETER SPRÖSSEL Verödung der Innenstädte – Einzelhandel, quo vadis?	62

## Standorte

GERD DIETRICH  
Zwischen Klassikmythos und Proletkult.  
Zur Kulturpolitik der KPD 1945/46 71

MIHAI D. GHEORGHIU  
Die Schulen der Kommunistischen Parteien und ihr Erbe.  
Studie über die Ausbildung ehemaliger Eliten 77

## Bücher & Zeitschriften

Michail Gorbatschow:  
Erinnerungen.  
Aus dem Russischen von Igor Petrowitsch Gorodetzki.  
Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH Berlin 1995  
(STEFAN BOLLINGER) 86

Jaques Donzelot, Denis Meuret, Peter Miller, Nikolas Rose:  
Zur Genealogie der Regulation.  
Anschlüsse an Michel Foucault,  
edition bronski Mainz 1994  
(ULRICH BUSCH) 88

Werner Fricke (Hrsg.):  
Zukunft des Sozialstaats.  
Jahrbuch Arbeit und Technik 1995,  
J.H.W. Dietz Bonn 1995  
(HORST DIETZEL) 90

Joachim Hirsch:  
Der nationale Wettbewerbsstaat.  
Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus,  
Edition ID-Archiv Berlin – Amsterdam 1995  
(ARNDT HOPFMANN) 91

Mieczyslaw F. Rakowski:  
Es begann in Polen.  
Der Anfang vom Ende des Ostblocks,  
Hoffmann und Campe Hamburg 1995  
(GERD KAISER) 94

Wolfgang Kießling:  
Partner im »Narrenparadis«.  
Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker,  
Dietz Verlag Berlin 1994  
(JÖRN SCHÜTRUMPF) 95

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren 96

# Editorial

*Utopien, wo sie die Gesellschaft betreffen, haben einen schweren Stand am Ende dieses ausgehenden Jahrhunderts. Auf doppelte Weise sind sie zuschanden geritten worden: Die einen, die an sie glaubten im revolutionären Verändernwollen, erklärten sie ungeduldig zur »Aufgabe des Tages« und frachteten sie dann mit einer ebenso luft- wie geistabklemmenden Fülle von »Maßnahmen zur konkreten Umsetzung« zu Tode – womit sie auch die von Ernst Bloch gemeinten konkreten Utopien in grotesker Weise in ihr Gegenteil verkehrten. Denn diese bedurften natürlich nicht des erstarrenden Endpunktes, sondern dessen Gegenteils: der beständigen Bewegung, des »Moments des Entdeckens«, das »mit objektiv Entdeckbarem, nicht nur Erzeugbarem vermittelt ist«. (Als »Sinn und Form« diese Bloch-Gedanken druckte, war alles noch ganz am Anfang. Man schrieb das Jahr 1950, und nachzulesen ist es im 3. Heft jenes Jahrgangs.) – Die anderen, denen dieses Verändernwollen aus vielfachem Prinzip ohnehin und immer gegen den Strich ging, haben die Niederlage des einen Versuchs zur Niederlage von Utopie überhaupt erklärt und – zu allem Überfluß – auch den Utopiebegriff noch in ihre Diktaturgleichsetzungsübungen eingeschlossen, um ihn so gleich doppelt gründlich für alles Weiterdenken unattraktiv zu machen.*

*Und doch kommt da plötzlich einer und geht das Utopie-Problem von ganz neuer – und: optimistischer! – Seite an. Der Förderverein Konkrete Utopien, Herausgeber dieser Zeitschrift, hatte den Vorzug, diesen »Grenzüberschreiter« auf seinem Jahreskolloquium 1995 am 2. Dezember über »Die konstruktive Kraft der Utopie« zum Vortragenden zu haben. Zum Thema seines Textes hatte der Utopiehistoriker Richard Saage »Die konstruktive Kraft des Nullpunkts« gemacht, und der Untertitel hellte auf: »Samjatin's »Wir« und die Zukunft der politischen Utopie«.*

*Jewgeni Iwanowitsch Samjatin (1884 Lebedjan – 1937 Paris) mit seinem 1924 in England erschienenen Roman »Wir« als Anreger von Huxleys »Schöner neuer Welt« und Orwells »1984«: soviel war auch aus Meyers Neuem Lexikon in der Leipziger Ausgabe von 1975 herauszulesen. Dort freilich hieß die Samjatin-Arbeit »die neue sowjetische Ordnung verleumdend«, und für die Romane von Huxley und Orwell galt das Verdikt: »fortschrittsfeindliche satirische Utopien«. Aber immerhin: Utopien! Und Saage sieht nun in diesen, die er gern als »schwarze Utopien« bezeichnet, die Chance für das Fortleben von Utopie überhaupt. Denn: ihnen sei wie nie*

zuvor die Selbstkritik der Utopie immanent – und also die Kraft zur Erneuerung. Zwar habe das Positive nicht bildliche Gestalt in ihnen, aber das Entscheidende – die Humanität – sei nie in Frage gestellt: Erotik, Sexualität, Liebe blieben auch in ihnen die letzten – und wesentlichen – Momente des Individuellen und somit Quell des Neubeginns.

Weil Saage dann außerdem seine Forschungskonzeption zur Utopiegeschichte vorstellte, war Raum auch für die Tradition der nicht-schwarzen, der »positiven« Utopien. Unterschiede machte Saage sichtbar zwischen seinen eigenen Forschungen und denen des »bei Bloch leider verschwiegenen« Gustav Landauer, dem er einen »intentionalen« – Utopie als Derivat der Revolution auffassenden –, sowie denen von Karl Raimund Popper, dem er einen »totalitären« – Utopie als Derivat des Totalitären begreifenden – Utopiebegriff zuschreibt. Um die Rückkehr zu Thomas Morus und mithin zur Eigenständigkeit des Utopischen und einen dort anknüpfenden Neubeginn gehe es ihm selbst, und aus wissenschaftspragmatischer Sicht sei dabei ein Bezug auf Bloch »sehr schwierig«, denn dieser habe mit seiner Einbeziehung von Mythen, Märchen und Legenden »das Utopische ungeheuer ausgeweitet« – was festzustellen überhaupt nichts schmälere am Blochschen Gesamtwerk oder an der Bedeutung seiner marxistischen Interpretation der Rahmenbedingungen der Utopien.

Keine Utopie ohne Sozialkritik – utopisches Konstrukt immer Ausfluß von Fehlentwicklungen der Gesellschaft – Utopie als Phänomen des Reagierens und Antizipierens – beständige Orientierung eines (im Sinne der Abgrenzung von Mythos und Märchen) engeren Utopiebegriffs nach vorn und niemals nach rückwärts: das sind nur einige der zur Debatte gestellten Reizworte dieses Utopien-Tages, die von den 25 TeilnehmerInnen mit etlichen Fragen, Für- und Gegenreden aus unterschiedlichstem wissenschaftlichem Herkommen weiter angereichert wurden.

Ein weiterer Glücksfall für UTOPIE kreativ: Mit einem von Stefan Amzoll geführten Marianne Brün-Interview – die geborene Berlinerin des Jahrgangs 1929 war fast zwanzig Jahre lang Dozentin im Fach Gesellschaftsveränderung (!) an der University of Illinois – ist noch ein zweiter, ganz »praktischer« Utopien-Text vorzustellen. Zehn »desires« (Begehren) haben junge Leute der Universität als wichtigste Kriterien einer wünschenswerten Gesellschaft – »unsere Utopie«, sagt Marianne Brün – zusammengestellt und sie dann in thematischen Studien auf ihre Machbarkeit geprüft.

Genug Utopisches in den Konzepten der Linken? Genug Machbares in deren Utopien? Und Kraft, aus den Fehlern des Jahrhunderts zu lernen? »Ewig« scheinen diese Fragen – und brauchen doch neue Antworten. Auch jetzt, da Utopien scheinbar so ohne Lobby sind. Am 3. und 4. Februar ist neue Gelegenheit zur Debatte: in der »Dreierkonferenz« von spw, Andere Zeiten und UTOPIE kreativ. Wir werden darüber berichten.

WOLFRAM ADOLPHI

## HELMUT DAHMER

Luxemburgs Schüler,  
Trotzkis Ex-Freund, Stalins Hofnarr

Karl Radek und sein Biograph\*

*»Der Bolschewismus hat Millionen Menschen in Europa, in Asien, zehn Jahre lang über sie selbst erhoben. Jetzt, da man die Russen erschossen hat, kann kein Mensch mehr von innen wissen, was das war, woraus all diese Menschen gelebt haben, was ihre Kraft und ihre Größe ausgemacht hat – sie werden unentzifferbar werden...«*

Victor Serge<sup>1</sup>*Radeks Leben*

Karl Radek war ein revolutionärer Intellektueller aus jüdisch-polnischer Familie, ein brillanter marxistischer Journalist, der in drei Jahrzehnten Hunderte von Artikeln und Dutzende von Broschüren schrieb, die längst in alle Winde verweht sind. Seit 1904 arbeitete er mit der kleinen, radikalen Partei Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' (der SDKPiL) zusammen; 1905 nahm er an der Revolution in Warschau teil. 1908 bis 1914 war er auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie aktiv (»Bremer Linke«). Während des Ersten Weltkrieges arbeitete er in der Schweiz mit Lenin zusammen (»Zimmerwalder Linke«), den er im April 1917 im »plombierten Zug« bei seiner Reise durch Deutschland in die russische Revolution begleitete. An der Jahreswende 1917/18 gehörte er der sowjetischen Delegation bei den russisch-deutschen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk an; ein Jahr später nahm er als Vertreter der Bolschewiki am Gründungsparteitag der KPD teil. Nach dem »Spartakus-Aufstand« entging Radek nur knapp dem Schicksal der Spartakus-Führer. Nach seiner Verhaftung Mitte Februar 1919 wurde er fast ein Jahr lang in Berlin-Moabit in »Ehrenhaft« festgehalten (»Radeks Salon«) und dann ausgetauscht. In dieser Zeit führte er als inoffizieller Repräsentant der Sowjetrepublik politische Gespräche mit deutschen Linken und Rechten, Vertretern der Reichswehr und der Industrie (u.a. mit Walther Rathenau, dem späteren Außenminister). 1923 beriet er im Auftrag der Komintern den KPD-Führer Heinrich Brandler und wurde Zeuge der »verpaßten« deutschen Herbst-Revolution. In den folgenden fünf Jahren kämpfte er in den Reihen der »Linken Opposition« gegen den Stalin-Bucharin-Kurs in der Sowjetunion (»Sozialismus in einem Lande«) und in China (»Revolution in Etappen«, Unterordnung der KPCH unter die Führung der »bürgerlichen« Guomindang). Ende 1927 wurde er mit 75 anderen linksoppositionellen

Helmut Dahmer – Jg. 1937, Prof. Dr. phil. habil., studierte Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft in Bonn, Göttingen und Frankfurt a. M. Er lehrte Soziologie an der TH Darmstadt (Theoriegeschichte, Sozialstrukturanalyse, Politische Soziologie, Mikrosoziologie). 1968 bis 1991 redigierte er die psychoanalytische Monatszeitschrift PSYCHE. Seit 1988 gibt er eine zehnbändige, kommentierte Ausgabe von SCHRIFTEN Leo Trotzki's heraus. Publikationen u.a.: Pseudonatur und Kritik (1994); Divergenzen (1996).

1 Victor Serge: Die große Ernüchterung. Der Fall Tulajew, Hamburg 1950, S. 172.

\* Stefan Heym: Radek. Roman, München 1995.

Führern aus der Partei ausgeschlossen und in das sibirische Tobolsk verbannt. Anderthalb Jahre später verzweifelte der Verbannete an der Sache der marxistischen Opposition, widerrief (fast) alles, wofür er bisher gekämpft hatte, brach – gemeinsam mit Preobraschenski, Smilga und ihren Anhängern – mit Trotzki und dessen Genossen und stellte seine Feder fortan dem Mann zur Verfügung, in dem Bucharin soeben (1928) schauernd den »neuen Dschingis Khan« erkannt hatte. Der verstoßene Schüler der Rosa Luxemburg, der Vertraute Lenins und Ex-Freund Trotzkis setzte nun auf den »Totengräber der Revolution« und beendete seine politische Karriere als Stalins Hofnarr.

Der aus den Fraktionskämpfen siegreich hervorgegangene Generalsekretär versuchte seit 1929, seinen Traum vom Aufbau des »Sozialismus« in der rückständigen und isolierten Sowjetunion terroristisch zu verwirklichen. Den bäuerlichen Widerstand gegen die Zwangskollektivierung brach er mit Hilfe von GPU-Truppen, durch Massendeportationen und (in der Ukraine) durch Aushungern. Die aus der Bauernschaft neu sich rekrutierende Industriearbeiterschaft unterwarf er drakonischen Arbeitsgesetzen. Dann machte sich der Despot an die Ausmordung der bolschewistischen Partei, der noch vorhandenen und einer jeden potentiellen politischen Opposition. Die Zahl der Opfer seiner Herrschaft wird auf 20 Millionen Menschen geschätzt (abgesehen von den 28 Millionen Kriegsoffizieren).

Der weltgewandte Intellektuelle Radek, ein Repräsentant der alten bolschewistischen Parteiführung und ein zum Stalinismus bekehrter Ex-Oppositioneller, leistete Stalin gute Dienste. In Artikeln, Interviews und Broschüren interpretierte und verteidigte er – 1933 bis 1936 Redakteur der Regierungszeitung *Iswestija* – Stalins Innen- und Außenpolitik; dem neuen »Personenkult« verlieh er »klassischen« Ausdruck (»Der Baumeister des Sozialismus«, Januar 1934); die neue Staatskunst des (»antiindividualistischen«) »Sozialistischen Realismus« verteidigte er auf dem Schriftstellerkongreß im August 1934 – zusammen mit Bucharin – durch Ausfälle gegen Joyce und Proust. 1935/36 half er Bucharin bei der Ausarbeitung der »demokratischsten Verfassung der Welt«, der sogenannten Stalin-Verfassung. Im August 1936 aber wurde Radek im Prozeß gegen Sinowjew und Kamenjew als Mitverschwörer benannt. In seinem letzten veröffentlichten Artikel (»Die trotzkiistisch-sinowjewistische faschistische Bande und ihr Hetman Trotzki«, *Iswestija* vom 24. August 1936) forderte er die Todesstrafe für seine früheren Genossen, die nun (schon zum zweiten Mal) als »Kirow-Mörder« vor Gericht standen.

Stalin schien es an der Zeit, sich auch der letzten Ex-Oppositionellen in einflußreicher Stellung zu entledigen. Wenige Wochen später schon saß Radek in der Lubjanka, und, nachdem Stalins Vernehmer ihn zweieinhalb Monate lang »bearbeitet« hatten, erklärte er sich bereit, zu »gestehen«, was man von ihm verlangte. Sein letzter »literarischer« Dienst für seinen Herren war ein blutiger: Er schrieb in der Haft das Drehbuch für seinen eigenen, den Radek-Pjatakow-Prozeß, der im Januar 1937 aufgeführt wurde; und dies Drehbuch war auf Weisung von »oben« so angelegt, daß auch

Tuchatschewski und Bucharin in das Netz der fiktiven Verschwörungen gegen Stalin hineingezogen wurden. Damit waren die Weichen für den Geheimprozeß gegen die Führung der Roten Armee (im Juni 1937) und für den (3.) Schauprozeß gegen Bucharin, Rykow u.a. (im März 1938) gestellt. Als Wyschinski in der öffentlichen Gerichtsverhandlung Radeks Geständnisse noch einmal abfragte und dabei von der vereinbarten Version abwich, nahm auch Radek sich, seiner Narren-Rolle getreu, die Freiheit, beiläufig darauf hinzuweisen, daß es für die »Schuld« der Angeklagten keine anderen »Beweise« als ihre »Geständnisse« gab. Für jeden, der hören (und lesen) konnte, waren die Prozesse damit als Lügen-Prozesse entlarvt.

Stalin spielte mit seinem Narren danach noch eine Weile Katz und Maus: Radek wurde nicht erschossen, sondern zunächst zu zehn Jahren Haft verurteilt. Später wurde in einem weiteren (nichtöffentlichen) Verfahren, bei dem es um seine Aussagen über Tuchatschewski ging, über ihn doch noch die Todesstrafe verhängt, der Vollzug aber ausgesetzt. Im Gefängnis soll er auch noch das Script zu dem Schauprozeß gegen Bucharin, Rakowski u.a. (im März 1938) geschrieben haben,<sup>2</sup> dessen Phantastik die der früheren Prozesse noch bei weitem übertraf. Im Mai 1939 wurde Karl Radek (wie sein Leidensgefährte Sokolnikow) von einem gedungenen Mithäftling erschlagen. Nach seinem letzten öffentlichen Auftritt im 1937er Prozeß wurde in der Sowjetunion die Erinnerung an Radek ausgelöscht; für die stalinistische Geschichtsschreibung war er – wie so viele andere – jahrzehntelang eine »Unperson«. Auch im »Westen« verlor sich allmählich die Erinnerung an ihn. Der heutigen Generation sagt sein Name nichts mehr. Doch ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod, im Juni 1988, drei Jahre vor der Auflösung der KPdSU, wurde Radek von einer mit der Revision der Stalinschen Prozesse beauftragten Partei-Kommission »rehabilitiert«, sein Parteiausschluß revoziert.

2 Anton Antonow-Owssejko: Stalin. Porträt einer Tyrannei, München, Zürich 1983, S. 168f. und 177.

### *Radeks »Kapitulation«*

Das ist Karl Radeks Geschichte. Sie taugt zu keinem Lehrstück. Das einzige Rätsel, das sie bietet, ist das seines Überwechselns aus dem Lager der Revolution in das der konterrevolutionären Despotie. Jeder Radek-Biograph bewährt sich daran, wie er diese Peripetie deutet (und gestaltet). Von seinem Verständnis dafür, worum es bei dieser Lebenswende ging, hängt dann auch ab, welche »Erklärungen« für Radeks Frontwechsel er beibringt.

Radek war ein witziger Revolutionär. Witze sind private Zensur-Überlistungen, alltägliche Tabu-Brüche. Wird aus der spielerischen Mißachtung der Grenze zwischen Möglich und Unmöglich, Erlaubt und Verboten ernst, wird also der Witz zum politischen Programm, dann steht die Revolution vor der Tür. Wegen seiner die jeweilige Sachlage erhellenden (»zynischen«) oder entzaubernden (despektierlichen, »sarkastischen«) Witze war Radek zu seiner Zeit berühmt; wirkliche und erfundene Radek-Witze und -Anekdoten wurden in der kommunistischen Bewegung erzählt, solange es da überhaupt noch etwas zu lachen gab.

Stalin, dem keiner Eloquenz nachsagte, rügte schon im Januar

3 Leo Trotzki: Radek und die Opposition (26.5.1929), in: Leo Trotzki: Schriften 3.3, Text 64 (in Vorbereitung).

1924 Radeks lose, unkontrollierte Zunge. Und noch im Prozeß-Dialog mit Wyschinski, als es für ihn um Kopf und Kragen ging, konnte Radek das Witzeln nicht lassen. Er ironisierte das ganze Verfahren und sein eigenes Drehbuch: für die wenigen Skeptiker im In- und Ausland und – für die Nachwelt. Trotzki rühmte, als Radeks Desertion aus den Reihen der Opposition sich schon abzeichnete, dessen außerordentliches Sensorium für politische Veränderungen und seine »Impulsivität«.<sup>3</sup> Radek wurde oft mit vielen Stimmen ins bolschewistische Zentralkomitee gewählt; zeitweilig übte er großen Einfluß aus – als sowjetischer Journalist, als Komintern-Berater und in geheimer Mission (im Auftrage Lenins, später auch Stalins); doch saß er nie an den Hebeln der Macht, gelangte nie ins Politbüro. Als politischer Theoretiker improvisierte und änderte er seine Optionen oft von Monat zu Monat. Er war besonders bei Intellektuellen und Literaten (wie Pilnjak, Feuchtwanger oder Döblin) beliebt; sie sahen in ihm ihresgleichen. Emigranten aus Sowjetrußland erzählten, Radek habe, als er zu Stalin überlief und Juni 1929 mit ihm über die Bedingungen einer künftigen Zusammenarbeit sprach, einen wahrhaft welthistorischen Narrenwitz gerissen.

Hier Stefan Heyms Version des Dialogs der beiden Pfeifenraucher im Kreml: »Stalin schien zu überlegen... ›Sie werden wieder für die *Iswestija* schreiben. Aber eines erbitte ich mir: die Witzchen, mit denen Sie Moskau zu erheitern pflegten, unterdrücken Sie von nun an, wenigstens soweit sie sich auf meine Person beziehen. Verstanden? ... Immerhin ... bin ich der Führer der Weltrevolution.« Radek wußte, die Antwort, die er dem Manne jetzt geben würde, war ein nie wiedergutzumachender Fehler, aber sie kam ihm aus tiefster jüdischer Seele ... und würde sich nicht unterdrücken lassen: »*Der Witz* jedenfalls, Josif Wissarionowitsch«, sagte er, »ist von Ihnen.« (S. 469)

Heym legt Radek in einem (im Frühjahr 1929 geführten) Gespräch mit den Mitverbannten Smilga und Preobraschenski den Gedanken in den Mund, die »Kapitulation« vor der Stalin-Führung sei – gerade so wie das Ausharren in der Verbannung – eine Form von »politischem Selbstmord« (S. 463). In einem (fiktiven) Gespräch Radeks mit Trotzki (das Heym in das Jahr 1926 verlegt), gibt der Romancier seine Deutung von Radeks (späterer) Kapitulation: »›Ich habe seit je gewußt«, Trotzki rümpfte die Nase, ›daß Sie eine opportunistische Ader haben, Radek; aber ist das, was Sie sich jetzt leisten« – eine (angebliche) »Offerte« an Stalin –, »›nicht doch ein bißchen zu stark?‹ ›Vielleicht habe ich nur einen besser entwickelten Selbsterhaltungstrieb als Sie.‹ ›So kann man es auch nennen«, sagte Trotzki.« (S. 401)

Für Radeks Bruch mit seinen eigenen theoretischen Überzeugungen war demnach der Überlebens- und Wirkungswille des Intellektuellen ausschlaggebend. Franz Borkenau schrieb in Radeks Todesjahr, es habe dem brillanten Mann an Charakter gefehlt: »Radek war zu klug, um heroisch oder konsequent zu sein.« Warren Lerner, sein Biograph, verwies darauf, daß Radek nur in einem urban-intellektuellen Milieu habe existieren können: »Dem Kosmopoliten Radek war der Gedanke unerträglich, den Rest seines Lebens in einer Stadt« (Tomsk) »verbringen zu müssen, die durch Tausende von



Meilen vom Hauptstrom des europäischen (ja, sogar des russischen) Lebens geschieden war. Radeks Prinzipientreue hatte ihre Grenzen.«<sup>4</sup>

Heyms, Borkenaus und auch Lernalers Erklärungsversuche für das, was Heyms Radek »politischen Selbstmord« nennt, greifen zu kurz. Radek überlebte seine Kapitulation nicht als der witzige, kosmopolitische Revolutionär, als der er sich in der II. und III. Internationale und bei linken Intellektuellen einen Namen gemacht hatte, sondern opferte seine politische Vergangenheit, seinen Intellekt und seine Zukunft. Die zum Stalinismus bekehrten Ex-Oppositionellen waren »tote Seelen«.<sup>5</sup> (Orwell hat ihr Schicksal in der berühmten Szene seiner Romans 1984 [kursiv] gestaltet, in der drei nach Widerruf und Reuebekenntnis vorläufig wieder in die Partei aufgenommen, todgeweihte Altrevolutionäre sich im »Café »Kastanienbaum« treffen.<sup>6</sup>) Nur mit »toten Seelen«, die unter der Folter »gestanden«, konnten die Stalin, Wjatschinski und Ulrich das ebenso phantastische wie grausame Theater der Schauprozesse aufführen. Radek war nicht, wie Lerner meint, der »letzte« Internationalist. Vielmehr brach er mit dem Internationalismus, als er sich dem terroristischen Nationalkommunismus verschrieb. (Auch die internationalistische Rhetorik seiner Reden vor dem Moskauer Schriftstellerkongreß von 1934 konnte darüber nicht hinwegtäuschen.) Radek und Bucharin waren in den dreißiger Jahren die letzten Ex-Internationalisten aus der alten bolschewistischen Führungs-Equipe, die Stalin – ehe er auch sie beseitigen ließ – für seinen Presse- und Propaganda-Apparat nützlich schienen.<sup>7</sup> Radek war kein »Epigone« (Lerner), und er kapitulierte nicht um der »Selbsterhaltung« willen (Heym). Trotzki schrieb im Juli 1929 über Radek, Smilga, Preobraschenski und ihre Mitläufer: »Das sind keine Karrieristen, nein, wirklich nicht, das sind einfach hilflose, intellektuell ruinierte Menschen.«<sup>8</sup>

### *Probleme des biographischen Romans*

Stefan Heym hat Karl Radeks Leben in der Form eines biographischen Romans neu erzählt. Alfred Döblin, ein Fachmann für die Theorie des Romans, hat gegen diese »Mischgattung« Vorbehalte angemeldet: »Man sieht da eigentlich genauer, was der Autor nicht leistet als was er leistet: nicht leistet er ein sauber dokumentiertes Geschichtsbild und nicht leistet er einen historischen Roman. Gegen diese Vermischung und gleichzeitige Verramschung von Geschichtsstoffen wendet sich natürlich der Geschmack.«<sup>9</sup> Wie beim historischen Roman handelt es sich bei der Romanbiographie um eine Mischung von Fakten und Fiktionen, von Chronik und Märchen.<sup>10</sup> Der biographische Roman tritt sowohl zur Geschichtsschreibung (und wissenschaftlichen Biographik) in Konkurrenz als auch zur fiktionalen Verarbeitung von Geschichte und Lebensgeschichten (also zu den Romanen von Koestler<sup>11</sup> und Orwell, von Serge und Döblin<sup>12</sup>). Eine Schlüsselszene in Radeks Leben war das (zufällige) Zusammentreffen des Kapitulantens, der im Juni 1929 mit Smilga in GPU-Begleitung nach Moskau reiste (wo Preobraschenski bereits mit der stalinistischen Parteiführung verhandelte), mit einer Gruppe von Oppositionellen auf einer kleinen sibirischen Eisenbahnstation. Heym schildert diese Begegnung

4 Warren Lerner: Karl Radek. The last Internationalist, Stanford 1970, S. 151.

5 Boris Pilnjak hat das gespürt und bezeugt. Als er während des Schauprozesses gegen Radek und Pjatakow (also nur 15 Monate, bevor er selbst erschossen wurde) Kollegen über seine Beziehungen zu den vor Gericht gestellten »Volksfeinden« und »Schädlingen« Rechenschaft ablegen mußte, sagte er: »Ich war mit Larissa Reinsner befreundet. Sie hat mich mit Radek, ihrem Mann, bekanntgemacht. Ich würde diese idiotische Sache, die mir widerfahren ist, gern mit glühenden Eisen ausbrennen... In den letzten drei Jahren bin ich Radek nicht begegnet, denn als ich irgendwann einmal zu Radek kam und mit ihm sprach, spürte ich, daß er ein Mensch ist, der alles mögliche in sich trägt, nur keinen Verstand und keine Nerven. Ich hatte das Gefühl, mit einem Toten zu sprechen.« – Zum Prozeß der faschistisch-trotzkistischen Bande. Offene Sitzung des Präsidiums des Vorstandes des Schriftstellerverbandes. 25. Januar 1937 (aus dem Stenogramm), in: Boris Pilnjak: ehrlich mit mir und Rußland. Briefe und Dokumente (hrsg. und übersetzt von D. Kassek), Frankfurt a.M. 1994, S. 223f.

6 George Orwell: 1984. Roman (übersetzt von M. Walter), Frankfurt a.M. 1984, 1. Teil, Kap. VII.

7 »Radek allein war als

Propagandist für Stalin mehr wert als ganze Scharen seiner eigenen Skribenten.« Isaac Deutscher: Trotzki, Bd. III (Der verstoßene Prophet, 1929–1940), Stuttgart 1963, S. 80f.

8 Leo Trotzki: Ein erbärmliches Dokument (27.7.1929), in: Leo Trotzki: Schriften 2.2, Hamburg 1990, S. 578.

9 Alfred Döblin: Der historische Roman und wir (1936), in: Alfred Döblin: Schriften zur Ästhetik, Poetik und Literatur, Olten, Freiburg 1989, S. 229.

10 »Der Roman steht im Kampf der beiden Tendenzen: Märchengebilde mit einem Maximum an Verarbeitung und einem Minimum an Material, – und Romangebilde mit einem Maximum an Material und einem Minimum an Bearbeitung.« – Döblin, Schriften, a.a.O., S. 305.

11 Arthur Koestler: Sonnenfinsternis. Roman (1940), Wien 1991.

12 Alfred Döblin: November 1918. Eine deutsche Revolution (Roman in vier Bänden, 1939, 1948–50), München 1978.

13 Bülleten Oppozizii, Nr. 6, Paris, Oktober 1929, S. 25.

14 Deutscher, a.a.O., S. 79f.

wie folgt: »Der Genosse Poltorenko aber« – ein GPU-Mann – »erhielt gewisse Instruktionen ... und als, auf den verschiedenen Haltepunkten des Zuges ... mit auffälliger Regelmäßigkeit Häuflein von Verbannten auftauchten, Oppositionellen also, ...und Rechtfertigung forderten von ihnen für ihre plötzliche Abkehr von den alten Idealen, kam ihm, Radek, der Verdacht, daß die [GPU] mit dem Ursprung dieser Turbulenzen im Zusammenhang stehen mochte... Man war interessiert, offensichtlich, an seinem Verhalten unter den neuen Umständen. In Marjannowka stand einer ... auf einer Holzkiste ... und rief, ... »Ihr, einst ausersehen, Krieg und Oktoberrevolution in Ehren zu bestehen, habt euch selber aus dem Buch der Lebenden gestrichen...« Radek, am Abteifenster, hinter sich Frau und Tochter und die beiden Reisegefährten, fühlte Ärger aufsteigen in seiner Brust... »Trotzki!« rief er zurück. »Wer ist Trotzki noch – ein Bankrotteur! Ein Versager! ...« Das Fauchen der Lokomotive, das Klirren der Kupplungen an den Waggons, das Kreischen der Achsen, und über alledem – der Zug bewegte sich schon – vom Bahnsteig her der Lärm der Empörung, die Pfuirufe und Flüche. Er trat zurück vom Fenster, ließ sich auf die Sitzbank fallen und verhüllte den Kopf in seinem Mantel. Nach einer Weile spürte er Sonjas dünne, heiße Finger, die tröstend seine Hand umschlossen.« (S. 466)

Isaac Deutscher (der sich an einem in Trotzki's *Bulletin der Opposition*<sup>13</sup> erschienenen Bericht orientiert) erzählt dieselbe Episode folgendermaßen: »Sie sprachen nur mit Radek – Smilga war krank und mußte in seinem Abteil bleiben. Radek berichtete ihnen über den Zweck der Reise... Die Situation sei so ernst wie 1919, als Denikin vor den Toren Moskaus stand und Judenitsch Petrograd erstürmte. Sie mußten sich alle um die Partei scharen. Zu welchen Bedingungen, fragten sie... »Die letzte Parteikonferenz hat unsere Plattform angenommen... Was können Sie noch gegen die Partei haben?« Radeks Eskorte gab die Antwort: Während er noch diskutierte, wurde er von seiner GPU-Bewachung unterbrochen, die ihn anschrie, daß sie nicht zulassen würde, daß er gegen Trotzki's Verbannung agitiere; und man stieß ihn mit Puffen und Tritten ins Eisenbahncoupé zurück. Radek brach in ein hysterisches Gelächter aus: »Ha, ha, ha! Ich und gegen Trotzki's Verbannung agitieren! Ha, ha, ha!« Dann versuchte er, sich kläglich zu entschuldigen: »Ich versuche nur, diese Genossen zur Rückkehr in die Partei zu bewegen«, aber die Wachtposten wollten nicht einmal zuhören und trieben ihn weiter in den Zug hinein. Im vorausgegangenen Jahr hatte Radek Sinowjew und Pjatakow verhöhnt – wegen des »morbiden Dostojewschinageruchs«, den sie und ihre Widerrufe ausströmten, und nun erschien er selbst, der König der Pamphletisten, seinen früheren Gesinnungsgenossen und Leidensgefährten wie ein Smerdjakow, der aus den Seiten Dostojewski's auf eine kleine gottverlassene sibirische Eisenbahnstation herabgestiegen war.«<sup>14</sup>

Kein Zweifel: Deutscher's Schilderung ist die politisch differenziertere, also die dem »Helden« angemessenere, und – sie ist auch literarisch die bessere...

Heym hat das, was von Radek's Vita bekannt ist, in (zwei- bis dreihundert) szenische Episoden aufgelöst, die chronologisch in acht »Büchern« (Kapiteln) aufeinander folgen. Diese Umsetzung

in Szenen – man ist versucht, von »Dramatisierung« zu sprechen – ist Heyms eigentliche literarische Leistung: Produkt einer disziplinierten Einbildungskraft. Er hielt sich dabei eng an das historische Überlieferte und Rekonstruierte (vor allem an die Biographie von Lerner und an neuere historische Studien wie die von Wolkogonow).<sup>15</sup> Heyms »Roman« ist im wesentlichen ein dokumentarischer. »Hinzuerfundene« Szenen und Personen (wie der von Radek auf der Straße aufgelesene Bauer Staschkow, den er, im Roman, zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mitnimmt) sind von ganz untergeordneter Bedeutung; sie könnten auch fehlen. Von einer fiktionalen Umgestaltung (Kontrapunktierung oder Deformation) der überlieferten Historie hat Heym weitgehend abgesehen. Was eine solche »Spezialberichterstattung aus der persönlichen und gesellschaftlichen Realität« vermag, die Döblin<sup>16</sup> als »Tiefengeschichte« charakterisierte, die man »in keiner Zeitung und in keinem Geschichtsbuch« findet, zeigt Heyms schöne Phantasieversion der Liebesgeschichte zwischen Radek und Larissa Reisner ebenso wie der von ihm fabulierte letzte Besuch des Deutschland-Experten Radek bei dem todkranken Lenin.

Heyms »Roman« ist eine in Szenen (oder Episoden) umgesetzte – und dadurch verlebendigte – Chronik. Das darin auftretende Personal ist fast so groß wie die Zahl der »Szenen«. Die meisten Figuren bleiben – unvermeidlich – bloße Staffage, einige der bekannteren sind gründlich verzeichnet (das gilt für Angelika Balabanoff ebenso wie für Trotzki oder für Jakob Bljumkin). Heym widersteht allzuoft nicht der Versuchung, die historischen Personen seinen Lesern dadurch »näherzubringen«, daß er ihnen »Allzumenschliches« anhängt (beziehungsweise in den Mund legt).<sup>17</sup> Was nicht in Dialoge umgesetzt werden kann, erscheint in Rückblenden, meist in Form der »erlebten Rede«. Aber das alles bleibt Kammerenspiel: Das historische Panorama, vor dem die Szenen spielen, wird im Roman kaum vergegenwärtigt. Natürlich spielte sich auch das Leben der Revolutionäre vom Schlage Radeks nur zeitweilig in der Öffentlichkeit (der Redaktionen und Versammlungen, der Meetings und Kongresse) ab und wurde ansonsten »privat« gelebt, im Gespräch und im Umgang mit Frau und Kind, Freunden und Geliebten, Genossen und Ungenossen. Doch waren sie »welt-historische Individuen« (Marx), stellten ihr Leben bewußt in den weiten Horizont der Sozialgeschichte, die sie zu verstehen suchten, um darin agieren zu können. Insofern ging ihr Leben nicht auf in Alltagsszenen und Genrebildern, sondern erhielt seinen Sinn erst vor dem »Panorama« der politischen Geschichte. Darum entspricht die von Heym gewählte Form der Vergegenwärtigung nicht seinem Sujet, dem Leben des historischen Karl Radek. Dessen Vita spielte auf der ungeheuren Drehbühne des europäisch-asiatischen Welttheaters. Der Raum von Heyms Biographie aber ist das Zimmertheater. Die Aufführung, die wir da sehen, ist befremdlich: Heyms Romanfiguren nehmen in ständigem Wechsel auf ein paar Stühlen Platz, die in der Mitte einer viel zu großen, leeren Bühne stehen und mancherlei Zimmer, Kutschen, Versammlungssäle und Coupés in Deutschland, der Schweiz und in Rußland möblieren, und reden, reden, reden.

15 Heyms Wiedergabe von »Ereignissen« ist mitunter problematisch. So mißt er den – von Parvus-Helphand vermittelten – »deutschen« Geldern, die 1917 in die bolschewistische Kriegskasse flossen, viel zu große Bedeutung bei und stellt die Haltung der Partei zu der bewaffneten Massen demonstration gegen die (2.) Provisorische Regierung des Fürsten Lwow im Juli 1917 falsch dar.

16 Döblin, Schriften, a.a.O., S. 304f.

17 Ein paar Beispiele: »Radek verstand Trotzki's zynische Haltung, die oft genug seiner eigenen entsprach, durchaus... »Wenn ich die Hekatomben von Blut, die bereits vergossen wurden seit letztem August, zu denen addiere, die dieser Krieg noch kosten wird, und dagegen das Blut rechne, das ein Bürgerkrieg fordern würde, der dem ganzen Elend ein rapides Ende setzt – was würde mehr wiegen?« »Ein rapides Ende«, sagte Trotzki, »Ihr Wort in Gottes Ohr.« »Zu welcher Fraktion«, fragte Radek, »rechnen Sie Gott?« »Daß wir Juden«, erwiderte Trotzki mißgelaunt, »uns auch immer rückversichern wollen!«« (S. 60) »Jetzt würde es kommen: Lenin lehnte sich vor. Radek hätte der Balabanoff gerne auf den Hintern geklopft, tröstend, aber das wäre des Guten wohl etwas zu viel gewesen.« (S. 72) »Radek

seufzte. Da hatte er sich auf ein heißes Bad gefreut, mit reichlich Lesestoff; und schon wieder rief ihn die Pflicht, die revolutionäre.« (S. 109)

### *Abschiedsliteratur*

Heym hat die Gestalt des unglücklichen Karl Radek der Vergessenheit entrissen, eines revolutionären Intellektuellen, der sich selbst aufgab, um für ein paar Jahre mit seiner Feder einem Regime zu dienen, das für die technische Modernisierung Rußlands Myriaden von Menschen opferte, jede spontane Regung der »Ernidrigten und Beleidigten« erstickte, den Krieg gegen Hitlerdeutschland überstand, einen ganzen Länderblock unter seine Kontrolle brachte und dann allmählich seinem Untergang entgegentrieb. 1950 oder 1960, vielleicht auch noch 1980 wäre ein Roman über Radeks Lebens aus der Feder von Stefan Heym eine Sensation gewesen. Nach der im Zeichen von »Glasnost« und »Perestrojka« erfolgten »Rehabilitierung« der bolschewistischen »Alten Garde« aber und nach der Auflösung von KPdSU, GPU und UdSSR gehen die Gespenster der in den dreißiger Jahren von »Kain Stalin« (Trotzki) zugrunde gerichteten Ex-Revolutionäre nicht mehr um. Radek und Bucharin, Sinowjew und Rakowski gehören nun der Geschichte an. Heyms politisch-historischer Radek-Roman ist ein Stück Abschiedsliteratur.

Der Romancier, der 1939, als Radek ermordet wurde, als 26jähriger Emigrant in New York das *Deutsche Volksecho* redigierte, in den vierziger Jahren in den USA seinen ersten Roman veröffentlichte, seit 1952 in der DDR lebte, 1953 gegen den Juni-Aufstand und 1976 gegen Biermanns Ausbürgerung votierte, 1979 aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde und 1994 schließlich von Berliner Wählern direkt in der Bundestag gewählt wurde, wo er der PDS-Fraktion angehörte, bedient sich der Figur Radeks, um seine eigenen Erfahrungen als Sympathisant und Opponent des stalinistischen Projekts noch einmal durchzuspielen. Die Oktoberrevolution, die daraus hervorgegangene stalinistische Diktatur und die nachstalinsche Sowjetunion haben nicht nur viele Millionen Menschen in aller Welt, die auf eine baldige Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hofften, sondern auch Generationen von westlichen Intellektuellen und Weltverbesserern in ihren Bann gezogen. Nicht wenige Stalinisten und »Freunde der Sowjetunion« huldigten Radeks fatalem »Objektivismus« (von 1929): Nach dem Scheitern der Revolutionen in West und Ost, in Deutschland und China, müsse man das Stalinregime bedingungslos unterstützen, weil dessen totalitäre Selbsterhaltung auch die Verteidigung der verstaatlichten Produktionsmittel einschließe und darum die Sowjetunion das einzige wirkliche Bollwerk gegen den Faschismus darstelle.

»Keiner weiß, wer ihn ermordet hat, und wann, und in welchem Lager, und in wessen Auftrag. Nur ich, der ich ihn besser kennengelernt habe als die meisten, kann berichten, daß er im Moment seines Todes die Stimme seiner Mutter hörte. ›Lolek, Lieber‹, rief sie, ›komm zu mir. Bei mir bist du geborgen.‹ Oder es war die Stimme Larissas gewesen, oder auch die seiner Frau Rosa. Und er ging zu ihr.« (S. 569) So endet Stefan Heyms Geisterbeschwörung. Karl Radek hat den heute Lebenden, ob mit dem Status quo zufrieden oder unzufrieden, nichts mehr zu sagen.

RICHARD SAAGE

## Die konstruktive Kraft des Nullpunkts

Samjatins »Wir«  
und die Zukunft der politischen Utopie

Im Jahr 1913 hat Kasimir Malewitsch die Geschichte der Malerei auf den Nullpunkt zurückgeführt: Er stellte sein »Schwarzes Quadrat auf weißem Grund« aus, um eine ästhetische Form aufzuzeigen, die allem, was man bisher unter Malerei verstand, entgegengesetzt war.<sup>1</sup> Sieben Jahre später schloß Jewgenij Samjatin seinen utopischen Roman »Wir«<sup>2</sup> ab. Auch er führte alles, was bisher im utopischen Denken als positiv galt, auf Null zurück: Die utopischen Bilder als Inbegriff einer humaneren menschlichen Zukunft verkehrten sich in ihr Gegenteil. Bedeutet nun diese Nullpunkt-Reduktion das Ende des utopischen Denkens? Oder eröffnete sie die Chance eines Neuanfangs? Ist sie der Ausdruck eines radikalen Nihilismus? Oder versucht sie, die humanen Intentionen des utopischen Denkens gegenüber den eigenen Gefährdungen zu sensibilisieren? Mit diesen Fragen konfrontiert, werde ich im folgenden zwei Thesen vertreten:

*Erstens:* Samjatins »Wir«, Huxleys »Schöne neue Welt« und Orwells »1984«<sup>3</sup> können als eine Art Selbstkritik der klassischen Utopietradition seit Platon und Morus gelesen werden, die an Radikalität kaum zu überbieten ist. Die Positivität der utopischen Hoffnungsbilder schlägt in ihr dialektisches Gegenteil um.

*Zweitens:* Die »schwarzen Utopien« negieren das utopische Denken nicht, aber sie verändern es dadurch, daß sie die kritische Selbstreflexion zum unverzichtbaren Bestandteil ihres Geltungsanspruchs erheben. Zugleich haben sie Standards gesetzt, ohne deren Beachtung utopisches Denken heute jede Glaubwürdigkeit einbüßt.

Es würde den Rahmen meiner Ausführungen sprengen, ginge ich bei der Ausführung dieser Thesen in gleicher Weise detailliert auf die drei klassischen »schwarzen« Utopien ein. Nicht nur aus diesem Grund werde ich mich bei dem Versuch, das von ihnen gezeichnete Furchtbild einer möglichen Zukunft als Selbstkritik der klassischen Utopietradition seit Platon und Morus zu verstehen (These 1), ausschließlich auf Samjatins »Wir« beziehen. Auch die Tatsache, daß in diesem Roman das Urmuster der »schwarzen« Utopien entwickelt wurde, legt diesen Schritt nahe. Zunächst ist nämlich festzustellen, daß Samjatins origineller Beitrag zur Utopieliteratur darin besteht, schon sehr früh die destruktiven Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im 20. Jahrhundert im Medium der Utopie als Furchtbild einer möglichen Zukunft reflektiert zu haben. So gesehen, kann Samjatins

Richard Saage – Jg. 1941,  
Politikwissenschaftler,  
Professor an der Martin-  
Luther-Universität Halle-  
Wittenberg

1 Vgl. El Lissitzky: Neue russische Kunst, in: El Lissitzky. Maler, Architekt, Typograf, Fotograf. Erinnerungen, Briefe, Schriften. Übergeben von Sophie Lissitzky-Küppers, 2. Auflage, Dresden 1992, S. 338.

2 Jewgenij Samjatin: Wir. Mit dem Essay »Über die Literatur und die Revolution« von Jürgen Rühle. Aus dem Russischen von Gisela Drohla, Köln 1984. Die Seitenzahlen finden sich im Text.

3 Zu Orwells »1984« vgl.

in der Perspektive dieser Fragestellung Richard Saage: George Orwells »1984« und die Dialektik der Sozialutopie, in: ders.: Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt 1995, S. 168-188.

4 Zur Biographie Samjatin's vgl. u.a. D.J. Richards: Zamyatin. A Soviet Heretic, London 1962; Alex M. Shane: The Life and Works of Evgeniu Zamjatin, Berkely and Los Angeles 1968; Gabriele Leech-Anspach: Evgenij Zamjatin. Häretiker im Namen des Menschen, Wiesbaden 1978. Frank Fahlke habe ich für biographische Informationen zu danken.

5 Vgl. Richard Saage: Die Geburt der »schwarzen« Utopie aus dem Geist des Suprematismus (unveröffentlichtes Manuskript 1995).

»Wir« als erste gelungene literarische Illustration der Dialektik einer technokratisch-szientifisch verkürzten Vernunft gelten. Während noch die Utopisten des 19. Jahrhunderts über Transformationsstrategien nachdachten, mit deren Hilfe ihre Konstrukte verwirklicht werden sollten, geht es seit Samjatin's utopischem Roman nur noch um die Frage, wie sie verhindert werden können. Dieser Linie sind Orwells »1984« und Huxleys »Schöne neue Welt« gefolgt. Zugleich hat Samjatin die Spannung zwischen Nonkonformismus und Anpassung räumlich symbolisiert: Seine innerutopische »Gegenwelt« zum totalitären Einzigem Staat ist jenseits einer »grünen Mauer« angesiedelt, in der die alte Gesellschaft in reduzierter und fragmentarischer Weise überlebt. Auch dieses Muster findet sich in den beiden anderen schwarzen Utopien wieder. Huxley stellt seiner »Schönen neuen Welt« eine Indianer-Reservation in Neu-Mexiko gegenüber, die durch Stacheldraht nach außen isoliert ist; wer sie berührt, hat mit dem sofortigen Tod zu rechnen. In Orwells »1984« sind es die von den »Proles« bewohnten Viertel, die, von den Zumutungen der totalitären Partei weitgehend entlastet, ebenfalls Züge einer innerutopischen »Gegenwelt« tragen.

Nun steht freilich die Bedeutung Samjatin's für das klassische Muster der »schwarzen« Utopie in einem umgekehrten Verhältnis zu seinem Bekanntheitsgrad. Die Gründe für dieses Phänomen sind zum Teil in seiner Biographie<sup>4</sup> verankert. 1884 in Lebedjan in Mittelrußland geboren, entstammte Samjatin der gebildeten russischen Mittelschicht. Nachdem er 1892 in das Progymnasium seiner Heimatstadt eingetreten war, besuchte er vier Jahre später das Gymnasium von Woronesh, das er nach Abschluß seiner schulischen Ausbildung 1902 mit Auszeichnung verließ. Im gleichen Jahr begann er sein Studium an der Schiffsbauabteilung des Polytechnischen Instituts in St. Petersburg, das er 1908 erfolgreich beendete. Als Student gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an und nahm am politischen Leben regen Anteil. In einer 1928 veröffentlichten autobiographischen Notiz schrieb er: »Damals wurde ich Bolschewik (heute nicht)«.

Wie kam es, daß der ehemalige Bolschewik Samjatin, der die revolutionären Umwälzungen von 1917 zunächst begrüßte, zum verfolgten Gegner, ja, sogar zum Feind des bolschewistischen Sozialismus gestempelt, in die Isolation und schließlich ins Pariser Exil getrieben wurde, wo er 1937 starb? Tatsache ist, daß er schon kurz nach der Oktoberrevolution begann, die sich neu etablierenden Machtstrukturen zu kritisieren. Er warnte vor Tendenzen, die die emanzipatorischen Zielsetzungen der Revolution zu vernichten drohten. Bereits im Januar 1918 verweigerte er die Zustimmung zu der Politik der Regierung, dem Terror der »Weißen« den roten Terror entgegenzusetzen. Im Mai 1918 kritisierte er die Tendenz im revolutionären Lager, die Augen vor den Aufgaben der Gegenwart zu schließen und sich statt dessen an utopischen Projekten zu berauschen. Diese Kritik zielte vor allem auf den drohenden ökonomischen und kulturellen Niedergang des Kriegskommunismus einerseits und den für Samjatin mit Opportunismus gepaarten Zielen der künstlerischen Avantgarde<sup>5</sup> andererseits.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift seines negativ-utopischen

Romans »Wir« mußte Samjatin also in der Realität des nachrevolutionären Rußland bereits als jener Häretiker gelten, dessen Stigma die Rezeption dieser ersten klassischen »schwarzen« Utopie nachhaltig beeinträchtigen sollte. 1920 abgeschlossen, konnte Samjatin zwar in öffentlichen Lesungen aus dem Manuskript vortragen. Doch das Verbot durch die Zensur ließ nicht lange auf sich warten. Immerhin gelang es ihm, das Manuskript ins Ausland zu schmuggeln. 1924 erschien eine englische Übersetzung, der dann eine französische und tschechische Version folgte. Das russische Originalmanuskript blieb verschollen. Allerdings gelangte anonym eine russische Fassung nach New York, die hier 1952 veröffentlicht wurde; sie gilt heute als die Standardfassung des Romans. Eine deutsche Übersetzung liegt erst seit 1958 vor. In der Sowjetunion blieb es der Periode von Glasnost und Perestroika vorbehalten, Samjatins Roman der russischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen: 1988 wurde »Wir« zum ersten Mal in der Zeitschrift »Snamja« (Auflage 500.000) publiziert.

Wer den Versuch unternimmt, Samjatins »Wir« in die klassische Utopietradition einzuordnen, kommt um die Frage, was unter dem Begriff »politische Utopie« zu verstehen sei, nicht herum. Dieser Terminus geht in seiner Bedeutungsgeschichte auf die 1516 von Thomas Morus veröffentlichte Schrift »Utopia« zurück. Er setzt sich aus den beiden griechischen Wörtern »ou« = »nicht« und »topos« = »Ort« zusammen und wäre also mit »Nirgendwo« zu übersetzen. Dieses ursprüngliche, von Morus geprägte Muster legt es nahe, unter politischen Utopien Fiktionen von staatlich verfaßten oder staatsfreien Gesamtgesellschaften zu sehen, die dem kritisierten sozio-politischen Kontext, innerhalb dessen sie entstanden, entweder als Wunsch- oder als Furchtbild gegenüberreten. Ausfluß der säkularisierten Vernunft, weichen sie nicht in die Vergangenheit oder in die Transzendenz aus, sondern sind entweder auf die jeweilige Gegenwart oder auf die Zukunft bezogen. Der Ausgangspunkt des utopischen Konstrukts freilich ist nicht die Vernunft des autonomen Individuums, sondern die des Kollektivs: das Ganze ist dem einzelnen stets vor- und übergeordnet.

Im Licht dieses klassischen Utopiebegriffs gehen meine Überlegungen von einer Rezension aus, die George Orwell 1946 im Tribune veröffentlicht hat<sup>6</sup>. Er warf in dieser Besprechung die Frage auf, welche gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der Anlaß des fiktiven Szenarios einer möglichen Zukunft gewesen sein können, die Samjatin in »Wir« beschreibt. Orwells Antwort war keineswegs eindeutig. Einerseits kritisierte er »Wir« als intuitiven Vorgriff auf die irrationalen Seiten des Totalitarismus. Er nannte die Stichwörter »Menschenopfer und Grausamkeit als Selbstzweck« sowie »Anbetung eines Führers, dem göttliche Attribute zugesprochen werden«. Andererseits hob er aber auch hervor, daß die Entstehungszeit von »Wir« sich mit einer Periode der nachrevolutionären Gesellschaft Rußlands überschneiden hat, in der von Stalins Diktatur noch nicht die Rede sein konnte. Es sei daher keineswegs auszuschließen, daß sich Samjatins Roman nicht auf ein bestimmtes Land, sondern ganz allgemein auf spezifische Ent-

6 George Orwell: We by E.I. Zamyatin, in: ders.: Collected Essays. Vol. IV: In Front of your Nose 1945-1950. Ed. by Sonia Orwell and Ian Angus, London 1968, S. 72-75.

wicklungstendenzen der industriellen Zivilisation bezieht. Diesen Deutungen der negativen Utopie Samjatins kann zugestimmt werden. Doch ist ihr eine bedeutsame Ergänzung hinzuzufügen. Wer Samjatins »Wir« nur als Antizipation der modernen Totalitarismen oder verhängnisvoller Fehlentwicklungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation liest, übersieht, daß in ihr alle Elemente auftauchen, die in der klassischen etatistischen Utopietradition eine zentrale Rolle spielen: freilich mit dem Unterschied, daß sie, auf den Stand der technischen und naturwissenschaftlichen Möglichkeiten des frühen 20. Jahrhunderts gebracht, den ursprünglich emanzipatorischen Ansatz in sein Gegenteil verkehren. Im folgenden möchte ich daher für eine dritte Lesart plädieren. Wie ich meine, können Samjatins »Wir«, aber auch die beiden anderen klassischen »schwarzen« Utopien, als eine Art immanente Selbstkritik der auf Morus und Platon zurückgehenden Utopietradition gelesen werden.

Daß »Wir« tatsächlich deren Erbe angetreten hat, wird bereits deutlich, wenn Samjatin die Differenz zwischen der »alten« Welt und der Zivilisation des Einzigen Staates, die uns der Ich-Erzähler schildert, beschreibt. Die »alte« Welt ist nämlich mit den Makeln und Defiziten behaftet, die im Zentrum der Kritikmuster der älteren Utopietradition standen: sie ist der Inbegriff der Chaotik und des Irrationalen. Die Menschen, die in ihr lebten, überließen sich ungehemmt ihren Leidenschaften. Die Folge waren permanente Konflikte in den zwischenmenschlichen Beziehungen, die ihre Entsprechung in »jenen Tausenden von mikroskopisch kleinen Staaten« hatten, »die beständig miteinander Krieg führten« (S. 29). Demgegenüber ist der Einzige Staat Samjatins auf dem Weg zur absoluten Übereinstimmung mit sich selbst; an der Schwelle eines Posthistoire hat er die letzte Revolution hinter sich gebracht und sich der ewigen Norm des Kosmos, der Gleichheit und dem Gleichmaß, angenähert (S. 162). Doch wie konkretisiert sich nun das, was den Einzigen Staat auszeichnet, nämlich »seelige Ruhe und glückliches Gleichgewicht« (S. 154)? Diese Frage ist rasch beantwortet: In Samjatins fiktivem Szenario ist weitgehend erreicht, was die klassische Utopietradition als zentrale Norm propagierte: die Stilllegung jeglicher gesellschaftlicher Mobilität als Voraussetzung äußerster Transparenz der menschlichen Beziehungen. Waren in der alten Welt die Straßen in »ein buntes Gewühl von Menschen, Rädern, Tieren, Plakaten, Bäumen, Farben und Vögeln« (S. 10) verwandelt, so ist jetzt von »schnurgeraden Straßen«, von »langgestreckten Kuben und durchsichtigen Wohnhäusern« sowie von der »quadratischen Harmonie der blaugrauen Marschblöcke« die Rede (S. 9). Der Ich-Erzähler ist fasziniert von der »ganzen makellosen geometrischen Schönheit« der Metropole des »Einzigen Staates«, deren Ästhetik er im Schein der untergehenden Sonne bewundert: »Die runden Kuppeln, die riesigen Häuserwürfel, die Spitzen der Akkumulatorentürme, die am Himmel erstarrten Blitzen gleichen« (S. 164).

Tatsächlich leben die Mitglieder des »Einzigen Staates« in der Transparenz einer totalen, das Private fast völlig konsumierenden Öffentlichkeit, und zwar in durchsichtigen, wie aus leuchtender Luft gewebten Häusern, ewig von Licht umflutet«. Diese Architek-



tur ist von ihrer sozialen Funktion nicht zu trennen. »Wir haben nichts voreinander zu verbergen«, heißt es, »und außerdem erleichtert diese Lebensweise die mühselige, wichtige Arbeit der Beschützer«, d.h. der Polizeiorgane des Einzigen Staates. Das absolute Transparenzgebot wirkt aber auf die Stellung des Individuums nicht nur zurück, sondern reduziert seine Autonomie auf Null. Traten in der klassischen Utopietradition die einzelnen immerhin noch als soziale Rollenträger auf, so sind sie jetzt nichts weiter als eine »von dem mathematisch vollkommenen Leben des einzigen Staates abgeleitete Größe« (S. 6): Die Individualität wird zu einer quantitativen Einheit, zu einer Nummer. Der Name des Ich-Erzählers lautet denn auch: D-503. Dieser »Mensch ohne Eigenschaften« (Musil) ist ebenso gläsern, wie die Gegenstände, die ihn umgeben. Teil einer Welt ohne Schatten, durchdringt die Sonne alles, auch ihn (S. 170).

Freilich ist das Ideal der völligen Selbstauflösung des Ich noch nicht ganz erreicht. Es existieren im einzelnen noch Spuren einer unverwechselbaren Persönlichkeit, die konsequent als »Krankheit« stigmatisiert werden. Doch der Einzige Staat schickt sich an, auch diese Restbestände an Seele und Phantasie zu beseitigen. »Die staatliche Wissenschaft hat vor kurzem eine wichtige Entdeckung gemacht«, so heißt es, »das Zentrum der Phantasie ist ein winziger Knoten an der Gehirnbasis. Eine dreimalige Bestrahlung dieses Knoten – und ihr seid von der Phantasie geheilt. Für immer« (S. 167). Zum ersten Mal in der utopischen Literatur wird der »Neue Mensch« nicht nur als das Resultat von Erziehung und staatlich kontrollierter Eugenik vorgestellt; vielmehr wird er – wie eine Sache – als »machbar« in dem Maß behandelt, wie das »social engineering« Zugriff auf das menschliche Gehirn erlangt. Es kann durch einen operativen Eingriff eben jenes Verhalten »herstellen«, das dem reibungslosen Funktionieren des Systems angemessen ist. Samjatin verschweigt nicht die unausweichliche Konsequenz dieses Schritts. Noch Anfang der zwanziger Jahre hatte Trotzki dem »neuen Menschen« im vollendeten Sozialismus eine glänzende Zukunft vorhergesagt: Er werde sich auf die Höhe eines Aristoteles, Goethe und Marx aufschwingen<sup>7</sup>. Bei Samjatin hingegen schlägt die Fiktion der »neuen Menschen« in ihr Gegenteil um: ohne Phantasie und Seele gleichen ihre Füße von unsichtbaren Triebwerken bewegten Rädern; sie sind, mit einem Wort, Traktoren in Menschengestalt, die alles niederwalzen, was sich ihnen in den Weg stellt (S. 174).

Wie in der klassischen Utopietradition, so hat die »gläserndurchsichtige Architektur des einzigen Staates« (II 383f.) in der durchgängigen Rationalisierung des täglichen Lebens ihre Entsprechung: Der Tagesablauf ist strikt reglementiert. Er folgt dem kategorischen Imperativ des zweckrationalen Umganges mit der Zeit, der Abweichungen in Gestalt individueller Spontaneität nicht duldet. »Jeden Morgen stehen wir Millionen, wie ein Mann, zu ein und derselben Stunde, zu ein und derselben Minute auf«, berichtet der Ich-Erzähler. »Zu ein und derselben Stunde beginnen wir, ein Millionenheer, unsere Arbeit, zur gleichen Stunde beenden wir sie. Und zu einem einzigen, millionenhändigen Körper verschmol-

7 Leo Trotzki: *Literatur und Revolution*. Nach der russischen Erstausgabe von 1924 übersetzt von Eugen Schaefer und Hans von Reisen, Berlin 1968, S. 215.

zen, führen wir in der gleichen, durch die Gesetzestafel bestimmten Sekunde die Löffel zum Munde, zur gleichen Sekunde gehen wir spazieren, versammeln uns zu den Taylor-Exerzitien in den Auditorien, legen uns schlafen« (S. 15). Der Hinweis auf Taylor deutet die Differenz zum normierten Tagesablauf in der älteren etatistischen Tradition der Sozialutopie an: Es geht jetzt nicht mehr nur darum, dem Individuum die autonome Disposition über den Gebrauch seiner Zeit im Produktionsprozeß zu entziehen, um eine maximale Effizienz der Arbeit sowie das Funktionieren des Ganzen reibungslos garantieren zu können; die Gestaltung des Tagesablaufs insgesamt folgt nun den wissenschaftlichen Prinzipien einer rigiden Zeitökonomie (S. 34). Die Unterwerfung unter die ehernen Regeln der Zweckrationalität gilt im Wertesystem des Einzigen Staates als »ideale Unfreiheit«: sie findet ihre symbolische Erhöhung in der Mataphorik marschierender Kolonnen und formierter Nummern (9, 83), in deren geschlossenen Reihen das selbstverantwortliche Ich ausgelöscht ist.

Samjatins Einziger Staat folgt der klassischen Utopietradition aber auch in der Hinsicht, daß er das Privateigentum an den Produktions- und Arbeitsmitteln abgeschafft hat. Die gesamte Wirtschaft wird von staatlichen Ingenieuren wie dem Ich-Erzähler D-503 geleitet. Freilich erfahren wir Einzelheiten über die Wirtschaft des Einzigen Staates nur, soweit sie sich auf die Arbeitswelt des Konstrukteurs des Raketenschiffs »Integral« bezieht: Diese Konzentration auf die Spitzentechnologie symbolisiert, daß Samjatin auch hier an einen alten Topos der klassischen Utopietradition anknüpft: sein fiktives Gemeinwesen marschiert an der Spitze des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Doch hat sich – im Vergleich zur klassischen Tradition – die gesellschaftliche Funktion der Technik und der ihr zuzuordnenden menschlichen Arbeit charakteristisch verändert. Im klassischen Utopiediskurs hatten Wissenschaft und Technik eine klar definierte Aufgabe zu erfüllen: sie mußten jene Freiräume schaffen, die, von den Zwängen der materiellen Reproduktion befreit, menschliche Selbstverwirklichung erst ermöglichen sollten. Demgegenüber ist die Technik bei Samjatin vollständig auf die Durchsetzung der Herrschaft des Einzigen Staates festgelegt, ja, mit ihr identisch. Technik und Machtausübung sind kurzgeschlossen: Jene steht nicht mehr nur im Dienst eines Staates; vielmehr tritt der Techniker selbst als Eroberer in Erscheinung. Im Grunde genommen gibt es nur eine Autorität, die zählt: Die verstaatlichte Wissenschaft, »die sich nicht irren kann«, und ihre Anwendung als Technik: beide sind in letzter Instanz identisch mit der Staatslogik selbst (S. 17f.). Es kommt aber noch eine zweite Differenz hinzu. In der älteren Sozialutopie war Arbeit von Anfang an auf Muße bezogen; sie stellte das Medium dar, in dem die einzelnen ihr kollektives Menschsein verwirklichten. In Samjatins »Wir« hingegen ist die Arbeit zu einem Zwangszusammenhang geronnen, der den einzelnen ohne Rest konsumiert. Während die Technik ihren eigentlichen Zweck in der Durchsetzung der Herrschaft des Einzigen Staates nach innen und außen hat, ist die Arbeit nichts weiter als deren passive Verinnerlichung, die den Anspruch auf Muße im Ansatz zerstört.

Der Enthumanisierung der menschlichen Lebensbedingungen entspricht die Brutalisierung des politischen Systems, dessen terroristischer Apparat sich die Manipulationsmittel des wissenschaftlich-technischen Zeitalters angeeignet hat und sie konsequent zur Anwendung bringt. Das »Grundgesetz« des Einzigen Staates ist die sogenannte »Stunden-Gesetzestafel«, die, wie gezeigt, das Leben der »Nummern« durchgehend reglementiert: ihre Befolgung zu garantieren, d.h. Abweichung mit Terror und Todesstrafe zu ahnden, ist der eigentliche Zweck der Diktatur des sogenannten »Wohltäters«, auch »Nummer der Nummern« genannt. Einmal im Jahr, am »Tag der Einstimmigkeit«, findet seine »Wahl« statt. Dieses Ereignis, so heißt es, habe »nichts mit jenen unorganisierten Wahlen unserer Vorfahren zu tun, deren Ergebnis nicht im voraus bekannt war« (S. 129). Vielmehr komme ihnen lediglich symbolische Bedeutung zu: »sie erinnern uns daran, daß wir einen einzigen, gewaltigen Organismus bilden, der aus Millionen Zellen besteht, daß wir – in den Worten des Evangeliums gesagt, die einzige Kirche sind. In der Geschichte des einzigen Staates ist es noch niemals vorgekommen, daß auch nur eine Stimme sich erdreistet hätte, das machtvolle Unisono dieses feierlichen Tages zu stören« (S. 130). Seiner gottähnlichen Stellung entsprechend, ist der »Wohltäter« von einer Aura des Religiösen umgeben. »Das war Er, der von den Himmeln zu uns herniederstieg, ein neuer Jehova im Flugzeug, weise, gütig und streng, wie der Gott der Alten. Mit jeder Minute kam er näher und näher, immer höher schlugen ihm Millionen Herzen entgegen« (S. 132). Ihm zur Seite stehen die sogenannten »Beschützer«, eine Art Geheimpolizei, die unerkannt überall präsent ist. Man kann sie mit Platons Wächtern vergleichen; in Samjatins »Wir« werden sie mit wohlwollend strengen Schutzengeln gleichgesetzt, »die jedem Menschen von seiner Geburt an zugesellt waren« (S. 540).

Im Vergleich zu der klassischen Sozialutopie, so kann abschließend festgestellt werden, fällt auf, daß in Samjatins Einzigem Staat keineswegs Herrschaft von Menschen über Menschen durch die Verwaltung von Sachen ersetzt werden soll: vielmehr ist die Terrormaschine das eigentliche Kernstück des Staates. Im Dienst der direkten Ausübung eines durchgehenden Konformitätsdrucks auf die einzelnen greifen selbst die Rechtsfunktionen des Staates zu kurz. Sie waren bereits in der klassischen Utopietradition auf ein Minimum reduziert, weil es keine Konflikte mehr gab, die einen juristischen Regelungsbedarf hätten hervorrufen können. Doch selbst dieser Begründungszusammenhang wird bei Samjatin fallengelassen. Begriffe wie »Wahrheit« und »Recht« sind in seinem Einzigem Staat nichts anderes als Funktionen der Macht. Daher gilt das »Recht«, und sei es auch das Recht, bei entsprechenden Vergehen hingerichtet zu werden, als Reminiszenz »an lächerliche Vorurteile unserer Ahnen«, an ihre »Rechtsideen« (S. 108). Ein »Recht« im strikten Sinne des Wortes existiert also nicht; es wird vollständig von der Omnipotenz des Staates konsumiert. »Dem Ich irgendwelche Rechte dem einzigen Staat gegenüber einzuräumen«, so heißt es, »wäre das gleiche, wie wenn man behaupten wollte, daß ein Gramm eine Tonne aufwiegen könne. Daraus ergibt sich

der Schluß: Die Tonne hat Rechte, das Gramm Pflichten, und der einzige natürliche Weg von der Nichtigkeit zur Größe ist, vergiß, daß Du nur ein Gramm bist, und fühle dich als millionsten Teil einer Tonne« (S. 109). Die Priorität des »Ganzen« gegenüber den einzelnen, die von Anfang an die klassische Utopietradition der Neuzeit bestimmte, ist in dieser Formulierung auf ihren negativen Begriff gebracht worden, weil sie ihre Legitimation nicht mehr – wie im klassischen Diskurs – aus der Vernunft bezieht, sondern den faktischen Machtverhältnissen.

Daß Samjatin die klassische Utopie auf ihren Nullpunkt zurückführte, dürfte außer Frage stehen. Doch bezeichnet diese Reduktion das definitive Ende des utopischen Denkens seit Morus? Bedeutet die immanente Selbstkritik den Bruch mit dem utopischen Denken überhaupt? Oder werden vielmehr Hindernisse aus dem Weg geräumt, ohne deren Beseitigung erkennbare Fehlentwicklungen des utopischen Denkens nicht korrigiert werden können? Meine Antwort auf diese Frage ist, daß in der Tat die Null-Option Samjatins und seiner Nachfolger in Wirklichkeit die Voraussetzung eines erneuerten Utopie-Diskurses ist. So gesehen, haben wir es durchaus mit der konstruktiven Kraft des Nullpunktes zu tun: Die Null ist, mathematisch gesprochen, gleichsam als Wendepunkt zu verstehen. Die aus der Unendlichkeit kommende Reihe ... 6, 5, 4, 3, 2, 1, 0 setzt sich in der aufsteigenden Linie 0, 1, 2, 3, 4, 5, 6 fort<sup>8</sup>. Ist aber diese Überlegung zutreffend, so können die hier diskutierten fiktiven Schreckensbilder einer möglichen Zukunft auch nicht als Anti-Utopien bezeichnet werden, weil ein solcher Begriff die Vorstellung einer pauschalen Negation des utopischen Veränderungsdenkens erweckt. Das aber ist gerade nicht der Fall. So beabsichtigten alle drei Autoren eine Art »Schocktherapie«, die als Warnung und Aufruf zum präventiven Handeln zu verstehen ist. Die »schwarze« Utopie, so meine These, verläßt das utopische Medium nicht, auch wenn sie sich weigert, ihrer positiven Alternative bildhaften Ausdruck zu verleihen. Das Neue an ihr ist, daß sie sich selbstkritisch auf ihre eigene Tradition zurückbezieht, ohne in Zynismus zu verfallen und an den konstruktiven Kräften der weltlichen Vernunft zu verzweifeln. Diese Überlegungen möchte ich durch folgende Argumente stützen:

*Erstens:* Der Ausgangspunkt des utopischen Diskurses der Neuzeit, der Emanzipationsgedanke, wird zwar in einer bestimmten kollektivistischen Ausprägung, nicht aber prinzipiell aufgegeben. Zwar gilt in Samjatins »Wir« Individualität, die Spuren einer unverwechselbaren Persönlichkeit erkennen läßt, als Krankheit, der mit einer Gehirnoperation begegnet wird. In Huxleys »Schöne neue Welt« können genetische Manipulationen dafür sorgen, daß dem Individuum jede Autonomie abgeht. Und in Orwells »1984« wird die Zukunft des Individuums durch ein Antlitz symbolisiert, in das ein Stiefel tritt – »immer und immer wieder«. Doch in allen drei utopischen Romanen stellt die Sexualität den letzten Zufluchtsort menschlichen Emanzipationsstrebens dar. Der Konstrukteur des Raumschiffs Integral, D-503, und seine Geliebte, I-330, in Samjatins »Wir« haben ihre Entsprechung in der (wenn auch ge-

8 Vgl. El Lissitzky (Anm.1), S. 338, der diese mathematische Konfiguration auf den Suprematismus überträgt.

scheiterten) Liebesbeziehung zwischen John the Savage und Lenina Crown in Huxleys »Schöne neue Welt« und der erotischen Zuneigung, die Winston Smith mit Julia in Orwells »1984« verbindet. Die systemsprengende Kraft dieser Liebesbeziehungen bringt Orwell auf den Begriff, wenn er Winston Smith sagen läßt: »Nicht nur die Liebe zu einem Menschen, sondern der animalische Trieb, die einfache blinde Begierde: das war die Kraft, die die Partei in Stücke sprengen würde«<sup>9</sup>. Tatsächlich löst erst die erotische Hingabe das individuelle »Ich« der Hauptakteure aller drei Romane aus dem kollektiven »Wir« heraus und setzt die Dialektik von Nonkonformismus und Anpassung in Gang, die den Handlungsabläufen erst ihre Dynamik verleiht.

*Zweitens:* Alle drei schwarzen Utopien zeigen die selbstdestruktiven Tendenzen eines totalitären Herrschaftssystems auf: sie akzeptieren dessen Existenz nicht als ein unabwendbares Schicksal. In Samjatin's »Wir« zeigt der Monolith des technisch perfekten Staates unter seiner äußeren Fassade bedenkliche Risse, wie die Entstehung eines breitverzweigten oppositionellen Netzes zeigt, das bis zu den Schaltstellen der Macht reicht. Zugleich muß das einzige Mittel, die systembedrohende Opposition auszuschalten, nämlich die vollständige Ausrottung der Phantasie, zur Selbsterstörung des Einzigen Staates führen: Phantasielose Nummern sind aus Mangel an Kreativität nicht in der Lage, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzutreiben. Ohne ihn hat der Einzige Staat aber keine Zukunft. Zwar wird in Huxleys »Schöne neue Welt« der höchsten Kaste, den Alphas, der Status einer Persönlichkeit mit einer Normierung konzediert, die ihnen in gewissen Grenzen gestattet, Willensfreiheit zu entfalten und Verantwortung auf sich zu nehmen<sup>10</sup>. Doch es kann bezweifelt werden, ob sich diese begrenzte Autonomie grundsätzlich systemstabilisierend auswirken muß. Jedenfalls hat der totalitäre Staat Huxleys mit dem Sprengsatz »Individualismus« zu leben: er erkennt explizit an, daß er ohne die Ressource der individuellen Phantasie und Kreativität nicht überleben kann. Und in letzter Instanz verdeutlicht auch Orwell, daß der scheinbare Sieg des Systems über Winston Smith ein bloßer Pyrrhus-Sieg ist. An der Gestalt des Protagonisten des Staates von »1984«, O'Brien, zeigt er, daß eine Verwirklichung seiner »schwarzen« Utopie nichts anderes bedeuten würde als die Verwandlung der Menschheit in ein Konglomerat von Wahnsinnigen. So ist in O'Briens Gesicht, während er die Folterungen an Winston Smith vornimmt, eine Art Verzückung zu erkennen, »eine verrückte Überspanntheit« bzw. ein »undeutlicher, irrer Begeisterungsschein«<sup>11</sup>. Diese Hinweise deuten unübersehbar auf die Selbsterstörung des enthumanisierten Systems hin, das, in die Arroganz der Macht verstrickt, seine Lernfähigkeit verloren hat: Tendenzen, die, wie gezeigt, auch bei Samjatin und Huxley zu beobachten sind.

*Drittens:* Es gibt gute Gründe zu der Annahme, daß alle drei schwarzen Utopien nicht in Resignation bzw. Zynismus verfallen, sondern an einer der menschlichen Vernunft verpflichteten humanen Perspektive des Lebens festhalten. Damit knüpfen sie aber an eine wichtige normative Vorgabe des klassischen Utopiediskurses

9 George Orwell: 1984. Ins Deutsche übertragen von Kurt Wagenseil, Frankfurt am Main u.a. 1984.

10 Vgl. Aldous Huxley: Schöne neue Welt, Frankfurt am Main 1985.

11 George Orwell: 1984. Ins Deutsche übertragen von Kurt Wagenseil, Frankfurt am Main u.a. 1984.

seit Platon an. Zwar steht außer Zweifel, daß nicht nur Orwell, sondern auch Samjatin und Huxley die Zerstörung der Humanität der einzelnen Menschen für möglich halten. Auch gehen sie von der Annahme aus, daß die Mittel zur Verfügung stehen, sie herbeizuführen: sei es bei Samjatin die Gehirnbestrahlung, bei Huxley die genetische Manipulation sowie Drogen und bei Orwell die Folter und die Gehirnwäsche. Doch wird damit die Humanität als solche zur Disposition gestellt? Diese Frage ist vor allem deshalb zu verneinen, weil alle drei Autoren von keinem relativistischen Menschenbild ausgehen, auf dessen Folie sie die Depravation der menschlichen Existenz abbilden. Sie sehen den Menschen, wie Fromm mit großem Recht betont, »durch wesensmäßig eigene Qualitäten charakterisiert, nämlich durch ein intensives Verlangen nach Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit und Solidarität«<sup>12</sup>. Tatsächlich ist das Wertesystem Orwells, Samjatins und Huxleys dem frühneuzeitlichen Emanzipationsdenken, dem auch, wenn auch in ihrer kollektiven Spielart, die klassische Utopie entstammt, verpflichtet, das sie dem fiktiven System der totalen Manipulation gegenüberstellen. So trat Orwell, wie zutreffend festgestellt worden ist, für einen Individualismus ein, »der nun einmal eine bürgerliche Entwicklung darstellt und an dem er hartnäckig festhielt, für den Standpunkt der ›working class‹ und der ›liberty of the individual‹. Er hat vom Schriftsteller ›mental honesty‹; ›emotional sincerity‹ und Wahrheitsliebe gefordert und er sah sie von allen Seiten bedroht«<sup>13</sup>. Ob man diese Einstellung soziologisierend bzw. ideologiekritisch als »bürgerlich« bezeichnen kann, mag dahingestellt bleiben. Heute scheint es eher so, als ob sich Orwell, aber auch Samjatin und Huxley, mit Werten ineinsetzten, ohne die ein erneuerter Utopiediskurs nicht möglich ist.

*Viertens:* Allerdings haben die »schwarzen« Utopien zwar die Richtung gewiesen, in der der Nullpunkt des utopischen Denkens überwunden werden kann. Doch sie selbst artikulierten das Positive nur indirekt; die Radikalität ihrer Kritik erlaubte es nicht, der Alternative zum Schrecken in affirmativen Bildern sinnlichen Ausdruck zu verschaffen. Dieser Schritt wurde seit Anfang der sechziger Jahre von den sogenannten »postmateriellen Utopien«<sup>14</sup> vollzogen. Aber es ist charakteristisch, daß sie nicht einfach an die klassische Tradition vor Samjatins »Wir« anknüpften, sondern die in den negativen Utopien zur letzten Konsequenz vorangetriebene Kritik insbesondere am Antiindividualismus, am instrumentellen Naturverhältnis und am unbedingten Geltungsanspruch des fiktiven Entwurfs zur Ausgangsprämisse ihrer utopischen Konstrukte erheben. So wird – im Gegensatz zur klassischen Utopietradition – die persönliche Freiheit zu einem unverzichtbaren Element der positiven Gegenwelt erhoben: entsprechend werden die sozio-technischen Superstrukturen der utopischen Leviathane abgeschafft und durch dezentrale Steuerungsmodelle ersetzt, die die Teilhabe der einzelnen am politischen Entscheidungsprozeß garantieren sollen. Wissenschaft und Technik bleiben zwar weiterhin Garanten einer menschenwürdigen Existenz, aber man fördert sie nur insofern, als sie die Überlebensbedingungen der Menschheit nicht gefährden. Und das Ideal der positiven Gegenwelt nimmt in den

12 Erich Fromm: George Orwells »1984«, in: George Orwell: 1984. Ins Deutsche übertragen von Kurt Wagen-seil, Frankfurt am Main u.a. 1984.

13 Karl Otten: Der englische Roman. Entwürfe der Gegenwart: Ideenroman und Utopie, Berlin 1990, S. 212.

14 Vgl. Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991, S. 294 ff.

fortgeschrittensten Konstrukten, wie in Ursula K. Le Guins »Planet der Habenichtse«<sup>15</sup>, eine selbstreflexive Qualität an. Die Autorin liefert mit ihrem Ideal eines anarchistischen Gemeinwesens dessen Kritik gleich mit: Sie zeigt nämlich mit den konstruktiven Möglichkeiten des utopischen Konstrukts zugleich die Bedingungen auf, unter denen das utopische Experiment auch scheitern kann. Damit hat die Utopie den Charakter einer vorreflexiven Substanz verloren: sie ist – unter dem Druck der schwarzen Utopien – selbstreflexiv in dem Sinne geworden, daß sie die Instanz, die sie kreierte, zugleich auch in Frage stellt.

15 Vgl. Ursula K. Le Guin: Planet der Habenichtse. Deutsche Übersetzung von Gisela Stege, München 1989.

# MARIANNE BRÜN

## Ermutung muß vom Begehren herkommen

STEFAN AMZOLL: Frau Brün, verstehe ich Ihr Arbeitscredo richtig, so wollen Sie in Gemeinschaft mit anderen den Blick öffnen auf bisher ungenutzte Möglichkeiten gesellschaftlichen Zusammenlebens. Warum interessiert Sie das?

MARIANNE BRÜN: Weil ich unzufrieden bin mit der Gesellschaft, in der ich lebe; weil ich unzufrieden bin mit sämtlichen Gesellschaften, in denen ich gelebt habe, und der Meinung bin, daß eine Gesellschaft aus Menschen besteht und von ihnen verändert werden kann. Das wird allerdings immer schwieriger in einer Zeit, da mehr und mehr Macht in den Händen immer weniger Menschen liegt, in deren Interesse es ist, den status quo zu erhalten.

Marianne Brün – Jg. 1929, Tochter des Schauspielers und Regisseurs Fritz Kortner. 1971–1988 Dozentin für Gesellschaftsveränderung an der University of Illinois. Seit 1968 Mitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Von ihr gibt es folgende autobiographische Notiz:

»Ich habe an neunundfünfzig Adressen in sieben Ländern gelebt, dreiundzwanzig Schulen besucht, achtzehn bezahlte, unzählige unbezahlte Stellungen, zwei Ehemänner, zwei Kinder und viele wichtige Freundschaften gehabt; vor allem jedoch bin ich eine ungeduldige Gesellschaftskritikerin gewesen in den sechsundsechzig Jahren, seitdem ich in Berlin als Kind zweier bekannter Theaterleute auf die Welt kam.«

STEFAN AMZOLL: Gesellschaft als historisch entstandene Gesellschaft, infolgedessen historisch vergängliche, darum historisch veränderbare Gesellschaft. In diesem Sinne?

MARIANNE BRÜN: Ja. Sie ist aber jeweils die Gesellschaft, die konkrete Gesellschaft. Wenn sie verändert wird, ist sie dann wiederum die Gesellschaft. Was wir aus ihr machen, hängt von uns ab. Allerdings ist das Uns zu klein geworden.

STEFAN AMZOLL: Die Verbindung von Politik, Geisteswissenschaft und Kunst interessiert Sie: auch deswegen, weil Sie in den USA registrieren mußten, daß eine Entpolitisierung in Permanenz stattfindet?

MARIANNE BRÜN: Die Entpolitisierung hat schon weitgehend stattgefunden. Die Schulen, die Medien, die Kirchen, die ganze Gesellschaft (mit Ausnahme einiger Nischen) ist darauf angelegt, daß kritisches Denken über den status quo hinaus nicht aufkommt. Ich habe zwanzig Jahre an der University of Illinois gearbeitet und immer wieder gestaunt, wie politisch ahnungslos die Studenten sind, wenn sie auf die Universität kommen. Sie wissen kaum, was eine Gesellschaft ist, welche Rolle die Wirtschaft spielt, und wovon sie überhaupt keine Ahnung haben, ist, daß es auch anders sein könnte. Dann wiederum bin ich erstaunt, mit welcher Lust sie Neues aufsaugen. Sie sind dann so interessiert und so scharf drauf, über gesellschaftliche Probleme nachzudenken, wenn sie einmal drauf gestoßen werden, daß sie gar nicht genug davon haben



können. Mir macht es immer wieder große Freude, in den USA mit den Studenten zu arbeiten; es ist ein dankbares Unternehmen.

STEFAN AMZOLL: Normalerweise heißt so ein Fach, das Sie lehren, Soziologie, oder es wird mit Soziologie in Verbindung gebracht. Sie nennen es »Gesellschaftsveränderung«.

MARIANNE BRÜN: Social Change.

STEFAN AMZOLL: Haben Sie diesen Titel Ihrem Lehrkonzept selbst gegeben?

MARIANNE BRÜN: Zusammen mit den Studenten. Ich war Mitglied einer experimentellen Abteilung der University of Illinois, Unit One. Da waren wir nicht Teil eines herkömmlichen akademischen Fachs; wir konnten neue Fächer, neue Seminare und Klassen entwickeln. Manches davon wurde später von der Universität übernommen, vieles nicht. Unsere Absicht war, neuartige Angebote zu machen, um den Studenten etwas zu geben, die meinten, daß die Universität ihnen nichts zu bieten habe, was sie wirklich interessiert. Die Studenten und wir von der Fakultät waren übrigens in unseren Kommissionen paritätisch vertreten: Alle Entscheidungen in diesem Unit One wurden gleichrangig und gleichberechtigt getroffen. Die Studenten schlugen häufig die Kurse und Seminare für das kommende Semester selbst vor, und wir entwickelten dann gemeinsame Vorstellungen. Danach mußte ich einen Titel finden und eine Kursbeschreibung zusammenbasteln, die für »oben« akzeptabel war.

STEFAN AMZOLL: Sie haben gleichsam die Dimension der Veränderbarkeit in Ihre Organisationsstruktur mit hineingenommen. Kann man das so sagen?

MARIANNE BRÜN: Ja, das kann man sagen. Das finde ich auch notwendig. Man kann nicht »Veränderbarkeit« lehren und dabei »unveränderbar« bleiben. Das wäre grotesk.

STEFAN AMZOLL: Status-quo-Denken und Depolitisierung auf der ganzen Linie sind ja keineswegs nur US-amerikanische Phänomene, sondern...

MARIANNE BRÜN: ...das wurde in Europa schnell nachgemacht. Im Osten ist es noch nicht ganz so weit.

STEFAN AMZOLL: Sehen Sie überhaupt noch Ansätze oder Hoffnung, daß sich Inseln von Aufklärung erhalten oder bilden könnten?

MARIANNE BRÜN: Wenige – aber doch. Ich kenne welche, Sie wahrscheinlich auch. Vielleicht gibt es mehr als wir denken. Es ist einfach keine gute Zeit, für sie wirksam zu werden. Menschen, die keine Arbeit haben und auf der Straße leben, sind zu Recht unge-

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter Ernste Musik bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks in der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, übernahm er 1990 die Programmleitung von DS Kultur. Ende 1991 durch Einrichtungschef Mühlfnz und ZDF-Intendant Stolte vom Dienst suspendiert. Danach einige Monate arbeitslos. Seit 1992 als freier Publizist tätig. – In »UTOPIE kreativ« Heft 57 (Juli 1995) Interview mit Thomas J. Richter.

duldig und daher manchmal eher für eine Rückverwandlung, sogar zum Faschismus, zu haben, als für etwas, das neu ausgearbeitet werden muß. Und: Die von den faschistischen »Inseln« sind gut organisiert und sehr aktiv. Faschistische Parolen finden Gehör; sie sind simpel und klingen erstmal wie schnelle und einfache Lösungen der Probleme.

STEFAN AMZOLL: Eine Demokratie von Gleichgesinnten, kann es die geben, ist die wünschenswert?

MARIANNE BRÜN: Nein. Eine Gesellschaft von Gleichgesinnten finde ich nicht wünschenswert. Im Gegenteil, in einer Demokratie werden viele verschiedene Standpunkte, Ideen und Gedanken gebraucht, Auseinandersetzungen, Reibungen, sogar Spannungen sind auch wichtig. Ich halte nicht viel von Harmonie (weder in der Musik noch in der Gesellschaft). Demokratie, wie sie jetzt existiert, besser gesagt, was so genannt wird, ist auf Gleichgesinnte angewiesen. In dem Moment, in dem es eine wahre Opposition gibt, ist plötzlich alles nicht mehr ganz so demokratisch; es wird einem schnell der Mund verboten – auf subtile oder nicht so subtile Weise. Das habe ich zur Genüge kennengelernt.

STEFAN AMZOLL: Noch vor wenigen Jahren lag der Satz von Rosa Luxemburg kritischen Leuten locker im Munde: Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus. Das ist heute anders. Sozialdemokraten getrauen sich das Wort Sozialismus kaum mehr auszusprechen, obwohl der Begriff immer noch Bestandteil ihrer – inzwischen ziemlich verlotterten – sozialen Programmatik ist. Demokratie sei auch ohne Sozialismus zu haben. Nachdem der Realsozialismus so jämmerlich versagt hat, ist das ja auch kein Wunder. Brauchen zukünftige Veränderungen neue Begriffe?

MARIANNE BRÜN: Neue Begriffe vielleicht. Den Satz von Rosa Luxemburg unterschreibe ich aber sofort. Selbstverständlich kann man ihn nicht allein und ungeschützt stehen lassen. Erst muß man sich darüber einigen, was man mit diesen Begriffen meint; und das ist gar nicht so leicht. Was im sogenannten Realsozialismus gewesen ist, würde ich Noch–nicht–Sozialismus nennen; doch hat es wichtige Schritte hin zu einem Sozialismus gegeben. Wer den Realsozialismus kritisiert, ohne das zu betonen, hat mehr Interesse am Kaputtmachen, als am Suchen neuer Wege zu einem demokratischeren Sozialismus. Lange dauerte es und bedurfte vieler Anläufe und Versuche, ehe sich der Kapitalismus durchsetzte. Von jedem Versuch hat man viel lernen können. So wird es auch mit dem Sozialismus sein. Unmöglich mir vorzustellen, daß letzten Endes Menschen nicht weiterhin bestrebt sein werden, das zustande zu bringen – egal unter welchem Namen – , was ich Sozialismus nenne; dazu gehört allerdings, daß alle Bürger an den ihnen wichtigen Entscheidungen der Gesellschaft beteiligt sind. Gerade das hat im Realsozialismus gefehlt, auch aus historischen Gründen, die ich verstehen kann; es wurde aber kein Übergang gefunden, um

Bürger mehr und mehr an den Entscheidungen des Staates zu beteiligen. Zu vieles kam von oben. Ob es anders geht, wie es anders geht, weiß ich nicht. Daß es anders gehen muß, davon bin ich überzeugt. Probieren müßte man, viel probieren.

STEFAN AMZOLL: Alexis de Tocqueville wollte in seinem Buch über die »Demokratie in Nordamerika« ergründen, was von der Demokratie zu erhoffen oder zu fürchten sei. Man muß heute wohl eher um sie fürchten. Oder...

MARIANNE BRÜN: ...de Tocqueville hat schon damals, vor über 150 Jahren, während seiner Reise durch die USA, viele der Widersprüche und Schwierigkeiten der dort existierenden Demokratie erkannt. Inzwischen hat der Begriff »Demokratie« so viele Bedeutungen angenommen, daß er eigentlich gar keine mehr hat. Über den Begriff »Sozialismus« wurde ja in den letzten Jahren viel diskutiert, und die Frage, ob der »real existierende« – oder real nicht mehr existierende – Sozialismus auch wirklich Sozialismus gewesen sei (oder ob er real nie existiert habe), ist immer wieder erörtert worden. Niemals habe ich davon gehört, daß auf ähnliche Weise die Demokratie in Frage gestellt wurde. Man überlegte also nicht, ob denn die »real existierende« Demokratie überhaupt eine Demokratie sei. Genau genommen bedeutet Demokratie ja »Herrschaft des Volkes« – so steht es im Wörterbuch. Das käme ja dem, was ich will, schon recht nahe. Aber gibt es das irgendwo, auch nur im Ansatz? Demokratie ist auch »jedes politische oder Gesellschafts-System, das nach einer Verringerung sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze strebt«. Kein Wunder also, daß ich der Meinung bin, daß Marktwirtschaft und Demokratie im Widerspruch zueinander stehen.

STEFAN AMZOLL: Wovon aber ist ein Gelingen der Demokratie abhängig? Unter welchen sozialen Bedingungen kann Demokratie sich entfalten? Kann Demokratie überhaupt gelingen?

MARIANNE BRÜN: Eigentlich ist die Antwort bereits in den Definitionen enthalten: Der Weg zur Demokratie muß von einem Streben nach Verringerung sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze begleitet werden. Wie das zu bewerkstelligen ist, wird vom Volk ausgearbeitet. Vielleicht an vielen Runden Tischen; die Runden Tische während der Endzeit der DDR haben mich beeindruckt und mir konkrete Hoffnung gemacht. Im Prozeß dieser Arbeit, so stelle ich mir vor, wird langsam, sehr langsam, die Bevölkerung lernen, was Demokratie ist und wie man mit ihr umgehen kann. Ich muß hinzufügen, daß dies alles wohl nur dann funktionieren kann, wenn ein Land über einen gewissen Reichtum verfügt. Mit Armut, selbst gerecht verteilt, wird man keinen großen Erfolg erzielen. Wo Armut, Mangel und Not weit verbreitet sind, kann – fürchte ich – keine Demokratie und auch kein Sozialismus gelingen. Früher habe ich das Wort Demokratie nicht so viel in den Mund genommen; ich meinte, es sei schon im Begriff Sozialismus enthalten. Ich bin da vorsichtiger geworden.

STEFAN AMZOLL: Das bedeutet nach Ihrem Demokratieverständnis, daß der Begriff etwas ist, an dem eine Realität gemessen wird. Wäre es nicht besser, den Begriff dynamisch zu setzen, als Begriff aus einer Gesellschaftsbewegung heraus?

MARIANNE BRÜN: Mir wäre es in diesem Falle lieber, daß der Prozeß, die Demokratie zu erlernen, dynamisch sei, als unbedingt der Begriff. Ich will auch keineswegs behaupten, daß demokratische Züge, Aspekte der Demokratie, demokratisches Verhalten nicht schon vorhanden sein können, lange vor dem Entstehen einer wirklichen demokratischen Gemeinde – eines demokratischen Staates – einer demokratischen Welt. Es gibt sie auch bereits zum Teil in einigen Ländern, vielleicht sogar wichtige Teile, aber es fehlt überall das Wesentliche.

STEFAN AMZOLL: Frau Brün, sie sagten einmal, Sie fühlten sich einer verzweifelten Jugend gegenüber mitverantwortlich. Meinen Sie damit auch Ihre eigene Jugend?

MARIANNE BRÜN: Meine Jugend war keineswegs verzweifelt. Zwar haben meine Familie und ich, als ich drei war, Deutschland verlassen: Wir waren dann Asylanten, haben aber viel Glück gehabt und wurden sowohl in England als in den USA trotz der wirtschaftlich schlechten Zeiten sehr gut aufgenommen. Das hatte seinen Grund nicht zuletzt darin, daß der Name meines Vaters, hauptsächlich durch Stummfilme, auch in anglo-sächsischen Ländern bekannt war. Meine Eltern haben es trotzdem schwer gehabt; selbst mein fünf Jahre älterer Bruder, der die Anfänge der Nazizeit sehr wohl mitbekommen hat, hatte eine viel verstörtere Kindheit als ich. Wenn man eine Emigration mit drei anfängt, dann ist sie eigentlich keine, da man das nicht kennt, was verlassen wurde, nicht einmal wirklich begreift, daß man was verlassen hat. Zwar hat man dann nie eine »Heimat«, aber ich bin gar nicht überzeugt, daß das ein Nachteil ist. Die ganze Zeit während des Krieges habe ich fest angenommen, und nicht nur ich, daß man mit der »besseren Welt nach dem Krieg«, von der dauernd die Rede war, eine sozialistische Welt meinte. Das heißt, ich habe nicht nur mit Hoffnung gelebt, sondern sogar mit Zuversicht.

STEFAN AMZOLL: Und hat die sich erhalten?

MARIANNE BRÜN: In der Nachkriegszeit, als ich nach Deutschland kam, wurden Hoffnung und Zuversicht schwer beschädigt, und eine gewisse Verzeiflung hat sich breit gemacht. Nämlich, als im Westen jeder Versuch in Richtung einer neuartigen Gesellschaft mehr oder minder geschickt abgewürgt wurde. Von Anfang an richteten sich meine Hoffnungen eigentlich auf den Osten. Ich war aber jung und ungeduldig, und das, was ich im sowjetischen Sektor von Berlin und dann in der DDR wahrnahm, war eine Enttäuschung. Es schien mir eine festgefahrene Hierarchie im Staats-, Beamten- und Erziehungswesen zu sein, mit mangelnder Transparenz, und ein daraus entspringendes Gefühl von Unfreiheit und Angst in der

Bevölkerung. Ich verstand damals noch nicht, daß Sozialismus und Demokratie leider bereits auf der Fahne stehen, bevor sie Gestalt angenommen haben, und daß sie bestenfalls in eine Richtung weisen. Dennoch, hätte ich damals das Gefühl gehabt, das Volk sei eingeladen, den Sozialismus herzustellen, ich wäre geblieben. Denn ich denke ja, daß entscheiden heißt, mit den Konsequenzen der Entscheidung, die man trifft, leben zu wollen.

STEFAN AMZOLL: Die Bürger dürfen mit dem Stimmzettel entscheiden.

MARIANNE BRÜN: Wie immer Demokratie heute definiert wird, Wahlen sind offenbar ihr einziger Bestandteil. Was und wozwischen zu wählen ist, daran sind wir nicht beteiligt. Manchmal habe ich den Eindruck, als wähle man immer nur zwischen Aids und Krebs.

STEFAN AMZOLL: In Ihrem Weltverständnis, Frau Brün, pendeln Sie immer wieder zwischen Hoffnung und Zweifel. Eine solche Haltung ist keineswegs selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß viele Intellektuelle nicht nur hierzulande noch ihre letzten Hoffnungen aufgegeben haben. Was gibt Ihnen Hoffnung?

MARIANNE BRÜN: Letzten Endes ist Hoffnung etwas, was man nur selber produzieren kann. Es wird einem nicht gegeben. Analog ist es bei dem sogenannten »Interessanten«. Ich sage, es gibt nichts Interessantes schlechthin, sondern man muß das Interesse für etwas selber produzieren. So ist es wohl auch mit der Hoffnung. Beides produziert man vom Wollen her.

STEFAN AMZOLL: Meinen Sie mit Hoffnung einen Gerechtigkeitswillen, der sich Geltung verschaffen müsse?

MARIANNE BRÜN: Es ist durchaus ein Wille, nicht unbedingt ein Gerechtigkeitswille. Ich sehe mich um in der Welt und finde so gut wie nichts Positives in der Entwicklung: Es gibt überall Krieg, Armut, und in allen Ländern verschlechtert sich die Lebenslage der meisten Menschen. Auch wenn »Gerechtigkeit«, was immer das sein mag, nicht möglich ist, so wäre ich für den Moment schon zufrieden, wenn alle Menschen auf Erden wenigstens das für sie Notwendigste hätten.

STEFAN AMZOLL: Ich möchte noch einmal Tocquevilles Buch »Demokratie in Nordamerika« heranziehen und eine Stelle zitieren, die sich auf Frankreich bezieht: »Die sogenannten von ihrer Religion begeisterten Menschen bestreiten den Nutzen der Freiheit, und die Freunde der letzteren greifen die christlichen Sekten an; sonst edle und großmütige Menschen rühmen die Sklaverei, und sonst gemeine und knechtische Seelen preisen die Unabhängigkeit; rechtschaffene und erleuchtete Bürger sind Feinde aller Fortschritte des menschlichen Geistes, indes unpatriotische und unsittliche Menschen die Apostel der Zivilisation und der Aufklärung sind.« Hier purzeln geläufige ethische und sonstige Zuordnungen höllisch durcheinander, ein Genrebild über die geistige Situation im Frank-

reich des 19. Jahrhunderts. Läßt sich das nicht vergleichen mit heutigen kulturellen Zuständen, in denen der Zynismus Triumphe feiert, und mit Lebensbedingungen, unter denen große Menschengruppen zusehends die Orientierung verlieren und immer hilfloser werden?

MARIANNE BRÜN: Die jetzige Orientierungslosigkeit hängt notwendigerweise mit dem Scheitern des »Sozialismus« zusammen, und sie grassiert keineswegs nur in den Ländern, in denen es diesen noch nicht gelungenen Sozialismus gegeben hat. Plötzlich scheinen alle Wege in dieser Richtung verstopft, abgeschnitten. Die meisten Menschen, denen es schlecht geht oder für die die Zukunft bedrohlich aussieht, schauen gar nicht mehr nach »links«. Wo sie auch hinschauen, alles scheint ausweglos zu sein. Ist es ja auch. Denn die Marktwirtschaft bietet tatsächlich keinen Ausweg. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte sich schon gezeigt, daß ohne Krieg und eine auf Hochtouren laufende Rüstungsindustrie Vollbeschäftigung nicht möglich ist. Wer wie hypnotisiert nur auf die Marktwirtschaft guckt, der empfindet – mit Recht – alles als hoffnungslos.

STEFAN AMZOLL: Robert Jungk hat das »Projekt Ermutigung« entworfen, es gab ganz praktische Modelle in Kuba, ein Havanna ohne Leuchtreklame, Solentiname in Nicaragua existierte als eine von der Bevölkerung errichtete Oase. Das waren exterritoriale Experimente, die sich allesamt letztlich nicht durchsetzten...

MARIANNE BRÜN: ...nicht haben durchsetzen dürfen. Was meinen Sie eigentlich mit exterritorial? Für die Menschen in Kuba und Nicaragua haben diese Experimente nicht exterritorial stattgefunden.

STEFAN AMZOLL: Aber im Großen waren das Ausnahmezustände.

MARIANNE BRÜN: Ein ähnliches Experiment hat auch in Chile stattgefunden. Man darf nicht vergessen, es gab verschiedenartige und wichtige Experimente, die eine große Hoffnung für viele darstellten und aus denen durchaus etwas hätte werden können, wenn die USA nicht militärisch oder durch die CIA eingegriffen hätten. Die Erdroselung kam exterritorial. Kurz nachdem Salvador Allende in Chile gewählt wurde, begann meine Familie ernsthaft daran zu denken, dort hinzuziehen. Mein Mann und ich waren bereits in engem Kontakt mit Studenten und Professoren aus Chile und aus den USA, die dort aktiv mitarbeiteten. Der Schock, 1973 zu erleben, wie das Ganze zu Ende ging, hat bei mir so lange nachgewirkt wie bei vielen in Ostdeutschland vermutlich der Schock über das Ende der DDR.

STEFAN AMZOLL: Ich will auf folgendes hinaus: Ihre Utopievorstellung leitet sich ja eben gerade nicht von solchen singulären Inseln ab, sondern Sie meinen, wenn ich das richtig sehe, Denkwürfe, die noch keine praktische Grundlage besitzen.

MARIANNE BRÜN: Mein Fach heißt »Social Change«. Selbst wenn ich eine Utopie für sehr wichtig halte beim Entwerfen einer neuen

Gesellschaft – als Maßstab außerhalb des Bildes –, so gilt doch mein Hauptinteresse jedem Versuch und jedem Experiment, das in der Wirklichkeit stattfindet.

STEFAN AMZOLL: Welche Fähigkeiten die Menschen besitzen, sich etwas vorzustellen – diese Frage ist ja doch mit drin?

MARIANNE BRÜN: Mangel an dieser Fähigkeit, an Vorstellungskraft, scheint leider so weit verbreitet, wie sie gefährlich ist. Denn nicht nur für Utopien braucht man Vorstellungskraft und Phantasie, auch für das Handeln im Alltag; und es bedarf wiederum der Arbeit in und an der Wirklichkeit, um die Vorstellungskraft, die Phantasie zu erwecken und zu ermutigen.

STEFAN AMZOLL: Sie haben mit Ihren Studenten an der University of Illinois einen Katalog von Wünschen erarbeitet.

MARIANNE BRÜN: Ja, wir haben sie »desires« genannt – also Begehren. Diese Liste war die erste Aufgabe im Seminar »Designing Society«, ein Seminar, in dem wir Schritte formulierten zur Entwicklung einer neuen Gesellschaft.

STEFAN AMZOLL: Was kam dabei heraus? Sie bezeichneten das Begehren, also die Utopie, als »unser Begehren«.

MARIANNE BRÜN: Nicht die Utopie, »unser« Begehren habe ich die Begehren genannt, die auf den Anfangslisten der meisten Studenten vorkamen, und zwar in allen drei meiner Seminare »Designing Society«. Danach haben wir ausführlich die kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben, analysiert. Die Studenten haben dann von sich aus begriffen, daß das, was sie begehren, im Widerspruch zu dieser Gesellschaft steht. Wir haben auch verschiedene in der Literatur beschriebene »Utopien« gelesen und besprochen. Erst dann haben wir angefangen mit dem Versuch, eine uns wünschenswerte Gesellschaft, unsere Utopie, zu formulieren. Auf die folgenden Arbeitsgruppen haben die Studenten sich nach langer Diskussion geeinigt: »Sachzwänge, Hindernisse und Widersprüche«, »Kultur«, »Erziehung«, »Stadt- und Landplanung«, »Distribution und Verkehr«, »Wissenschaft, Technologie und Forschung«, »Produktion (Industrie und Landwirtschaft)«, »Gesundheitswesen«. Wir sind nie soweit gekommen, wie wir wollten. Ein Semester ist dafür nicht ganz genug. Es gab am Ende eine Zusammenfassung unter dem Titel »Spuren eines Anfangs – unternommen vom Designing Society Seminar«. 1985 wurde ich dann von der American Society for Cybernetics eingeladen, über diese Seminare zu berichten. Aus dem Bericht und der nachfolgenden Diskussion ist dann ein Büchlein geworden.

STEFAN AMZOLL: Lassen Sie mich einige »desires« antippen, die in Ihrem Buch vorkommen, zum Beispiel das nach dem »Ende der Gewalt und aller gewaltproduzierenden Ideen«. Das widerspricht natürlich vollkommen dem, was heutzutage üblich ist, üblich etwa im Bereich der elektronischen Medien.

Die zehn am häufigsten genannten »desires«:

Wir begehren

1. die sofortige, unaufhörliche und bedingungslose Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, wobei »Bedürfnis« sich auf die Voraussetzungen bezieht, die gegeben sein müssen, so daß ein Organismus die Fähigkeit und die Motivierung habe, seine Existenz zu erhalten,
2. in einer Weltgemeinschaft zu leben, in der jeder einzelne Mensch an den Beschlußprozessen der Gesellschaft beteiligt ist,
3. daß weder ein Tabu noch ein rechtlicher oder gesellschaftlicher Vorteil irgendwelchen sexuellen Neigungen, Verbindungs- oder Lebensformen anhafte, und daß die Beziehungen unter Menschen auf einer ständig anwachsenden Fülle von Alternativen beruhen,
4. daß die Familie, so wie wir sie heute kennen, nicht mehr vorkomme, wenigstens nicht als eine wirtschaftliche Einheit,
5. daß Menschen Kompetenz und Zärtlichkeit im Umgang mit Sprache entwickeln mögen,
6. daß Kunst ebenso wie Wissenschaft als unentbehrliche gelte,
7. daß Konkurrenz abgeschafft werde,
8. ein Ende der Gewalt wie auch eines jeglichen gewalt-erzeugenden Benehmens,
9. daß der Nationalstaat verschwinde,
10. daß Glaube von Gedanke und Argument von Bericht unterschieden werde, und daß Glaube nie als Argument gelten dürfe.

MARIANNE BRÜN: Das kann man wohl sagen. Es wäre ja kein utopischer Wunsch, wenn das heute möglich wäre. Auch in der Kunst, der Musik, dem Theater von heute, nicht nur im Fernsehen werden unaufhörlich Gewalt und jede Form von Brutalität gezeigt. Das wiederholte Zeigen der Brutalität ist ja in sich auch eine Brutalität. Bestimmt sind einige Künstler darunter, die dies nicht nur aus kommerziellen Gründen machen, sondern die tatsächlich heute noch glauben, daß das Zeigen von Brutalität abschreckend wirken kann. Dabei scheint es mir so offensichtlich, daß es nur der Gewöhnung und zunehmenden Gleichgültigkeit dient. Es wird ja meistens auf keine Ursachen und keine Auswege hingewiesen. Sondern die Geste des Zeigens ist: so ist der Mensch, so war er immer, so wird er immer sein; man kann Menschen eben nicht ändern. – Komischerweise übrigens behaupten dieselben Leute, die sagen, der Mensch sei unveränderbar, mit der gleichen Bestimmtheit, in der DDR hätten sich die Menschen im Vergleich zur BRD ganz anders entwickelt.

STEFAN AMZOLL: Das mit den Ursachen und Auswegen war in der DDR oft ein Argument gegen Kunst, die realistisch, kritisch sein wollte. Aber das nur am Rande...

MARIANNE BRÜN: In Zeiten, als man noch an eine heile Welt glaubte und meinte, der Mensch sei gut, gehörte es zu den wichtigen, aufklärerischen Aufgaben der fortschrittlichen Kunst, die hübsch geblühten Vorhänge beiseite zu ziehen und die Gewalt, Korruption und Verlogenheit dahinter in Politik und Wirtschaft und in den menschlichen Beziehungen aufzuzeigen. Jetzt, da das alles nackt vor uns täglich auf der Straße liegt, dauernd in den Nachrichten, im Fernsehen und Film gezeigt wird, ist das kein Material mehr für Kunst. An ihr ist es, auf Widersprüche des Gegenwärtigen und auf das vielleicht Veränderliche hinzudeuten, ein kritischer Maßstab für die Unzulänglichkeit unserer Sprache zu sein und – in Analogien wenigstens – das anzudeuten, was wir sehnlichst begehren und in Wirklichkeit noch nicht umsetzen können.

STEFAN AMZOLL: Von Ihren Studenten stammt der Wunsch, daß Konkurrenz abgeschafft werde.

MARIANNE BRÜN: Ja, ein Wunsch, der immer wiederkehrt. Es wird einem zwar erzählt, wenn Menschen nicht durch Konkurrenz und Geld provoziert würden, würden sie überhaupt nicht arbeiten, überhaupt nichts machen. Ich behaupte aber, daß dies nicht von Geburt an so ist, sondern allenfalls erfolgt, nachdem ihnen die Lust und Freude am Machen genommen wurde – und das geschieht sehr früh in unserer Gesellschaft.

STEFAN AMZOLL: Konkurrenz fungiert unter bestimmten Bedingungen als Triebmoment vor allem in der Ökonomie. Die freie Konkurrenz wurde von Marx durchaus gewürdigt, nicht aber ihre Einschränkung oder Abschaffung durch den Zusammenschluß von Industrien.



MARIANNE BRÜN: In der Zwischenzeit hat diese Periode der kapitalistischen Konkurrenz, von der Marx sich wohl nicht vorstellte, daß sie solange dauern würde, unendliches Zeug hergestellt, das von keinem Menschen gebraucht wird, die ganze Umwelt verpestet, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit und Krieg verursacht. Alles folgerichtig vom Standpunkt dieser Konkurrenz.

STEFAN AMZOLL: Während des Vietnamkrieges haben Sie als Beraterin für Kriegsdienstverweigerer gearbeitet. Warum taten Sie das?

MARIANNE BRÜN: Weil ich gegen Krieg bin. Ich würde jederzeit und unter allen Umständen jungen Menschen helfen, die nicht dienen wollen, und solchen, die sich entschließen zu desertieren. Doch, obwohl ich gegen Krieg bin und meine, daß er auch im »gerechten« Fall nicht zu dem führen kann, wofür er gefochten wird, gibt es Befreiungs- und Verteidigungskriege, die ich verstehe und mit denen ich emotionell auch sympathisiere. So ein Krieg war der Vietnam-Krieg von seiten der Vietnamesen, keineswegs von seiten der USA. Von den USA war dieser Krieg ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen, und ich brauche nicht erst die Aussage von McNamara, um dies zu wissen.

STEFAN AMZOLL: Sie sagten ja schon vom Theater, daß es auf seine aufklärerischen Funktionen weitgehend verzichtet. Sie selbst kommen vom Theater. Als Assistentin Brechts arbeiteten Sie mit Benno Besson, Peter Palitzsch und anderen. War Brecht die Figur?

MARIANNE BRÜN: Ich war nur sehr kurz am Berliner Ensemble. Es war trotzdem für mich eine wichtige Zeit, und der in Westberlin mir dann angebotene Ersatz für das BE hat mich nicht nur aus Berlin, sondern aus dem Theater vertrieben. Brecht, sein Theater, seine Stücke, Gedichte und Schriften haben in meinem Leben und Denken eine sehr wichtige Rolle gespielt und spielen sie heute noch. Wenn Sie aber »die Figur« sagen, weiß ich nicht genau, was Sie meinen. Er war einer von mehreren »Figuren«, die auf mein Leben und Denken Einfluß gehabt haben. Seine Werke haben mich nicht im Stich gelassen. Sie waren kritisch und oft sehr böse, nie aber zynisch in ihrer Aussage.

STEFAN AMZOLL: Ich hab den Satz von Ihnen noch im Ohr: »Jemand, der zynisch ist, sollte die Kunst lassen.«

MARIANNE BRÜN: Ja, den Satz lasse ich stehen. Dabei meine ich keineswegs, man könne nicht eine zynische Haltung gegenüber allem Möglichen einnehmen. Sein darf man es nicht. Übrigens, noch was anderes. Meine Vorstellung von »didaktisch«, von »was Aussagen« etc. ist nicht so grimmig. Die Funktion des Humors wird in diesem Lande unterschätzt; der Humor ist eher aufklärerisch als das Tragische.

STEFAN AMZOLL: Brecht konterkariert in seinen Arbeiten den »guten Menschen« und sagt: Die Umstände erlaubten ein Gutsein

nicht. Es scheint nicht mehr zeitgemäß zu sein, in den inneren Zusammenhang der »großen Unordnung« zu leuchten. Oder?

MARIANNE BRÜN: Was heißt »nicht mehr zeitgemäß«? Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Versuch, ehrlich und aufrecht zu leben, schwer bestraft wird. Schauen Sie, es gab in Ostdeutschland Leute, noch mehr wohl in der Sowjetunion, die nach der Wende geäußert haben, sie verstünden den Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Verbrechen nicht. Die Leute verstehe ich gut. Es gibt eben einerseits die von der Macht sanktionierten Verbrechen und andererseits die für die Macht nicht nützlichen Verbrechen. Es dauert eine Weile, bis man sich da auskennt.

STEFAN AMZOLL: Ich würde Sie gern nach Privatem fragen. Ich weiß, daß Sie darüber nicht gern reden. Aus der Kortner-Familie sind Sie die einzige, die noch lebt.

MARIANNE BRÜN: Ja, von der Familie Kortner leider; es gibt aber auch die Familie Brün, meinen Mann und meine zwei Söhne. Beide Familien bedeuten mir ungeheuer viel, sind mit unendlicher Liebe und Zärtlichkeit verbunden und gar nie mit Langeweile. Ich habe es gut und habe es gut gehabt. Daß ich mich nicht gerne über Kortner hier äußern möchte, liegt hauptsächlich daran, daß ich ihn nicht für mein Thema in der Öffentlichkeit halte, aber auch, weil ich von Kindheit an es nicht leiden konnte, beurteilt und behandelt zu werden, je nachdem, wie Leute zu meinem Vater standen. Davon haben mein Bruder und ich genug gehabt.

STEFAN AMZOLL: Eine Art von Sippenhaft?

MARIANNE BRÜN: Ja, sowas ähnliches. Außerdem ist Tochter-Sein nicht mein Beruf.

STEFAN AMZOLL: In der Familie erzogen zu werden, was hieß das? Was passierte da? Welchen Wert messen Sie der Erziehung bei?

MARIANNE BRÜN: Ich weiß kein anderes, aber das Wort »Erziehen« habe ich gar nicht so gerne: das »ziehen« darin stört mich. Gerade das haben meine Eltern nicht gemacht.

STEFAN AMZOLL: Das Wort geht nicht, weil damit so viel Schindluder getrieben wurde durch die ganze Geschichte hindurch.

MARIANNE BRÜN: Wir müssen vielleicht ein anderes Wort suchen, wichtiger noch, lernen, das »Ziehen« an Kindern zu unterlassen. Und übrigens: Warum soll das, was ich von der Gesellschaft fordere, nämlich daß jeder an den für ihn oder sie wichtigen Entscheidungen beteiligt sei, nicht auch für die Kinder gelten. Sie wollen und sollen gefragt werden. Von Befehlen, Regeln und Anordnungen lernen sie meistens entweder zu befehlen oder zu folgen. Beides führt eher zu einer Katastrophe, als zu einer von mir erwünschten Gesellschaft.

STEFAN AMZOLL: Sie engagieren sich in der »Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit«...

MARIANNE BRÜN: Die ist in vielen Ländern aktiv, wurde 1915 in Den Haag gegründet und ist die älteste Frauen-Friedensorganisation in der Welt. Damals, 1915, kamen Leute aus mehreren Ländern zu einer Friedenskonferenz in Den Haag – ein letzter Versuch, den Krieg aufzuhalten; die Frauen durften aber nicht in den Saal. So wurde diese Frauen-Liga auf den Treppen vor dem Eingang gegründet. Ich möchte hinzufügen, daß die Liga auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen fordert, die erst Frieden und Freiheit ermöglichen.

STEFAN AMZOLL: Dazu gehört sicher viel Mut. Nochmals: Können die heutigen Verhältnisse überhaupt ermutigen?

MARIANNE BRÜN: Nein, die heutigen Verhältnisse können nicht ermutigen. Also muß Ermutigung von woanders herkommen, zum Beispiel vom Wollen, vom Begehren her. Wissen Sie, ich bin nicht ganz so naiv, wie ich vielleicht klinge. Ich weiß wohl, wie schwer es ist, heute überhaupt weiterzumachen, sich Mut zu machen. Vielleicht ist auch, wie viele denken, alles sinnlos. Aber alles sinnlos zu finden, braucht kein Denken, keine Phantasie, vor allem braucht es mich nicht. Das können andere. Lieber riskiere ich, mich geirrt zu haben, und führe dabei ein bewegtes, interessantes, ausgefülltes und, ja, auch vergnügtes Leben, als verbittert und gelangweilt darauf zu pochen, daß alles sinnlos sei. Plötzlich kann eine richtige Zeit da sein, und meine Hoffnung bleibt, daß irgendwann ein Hebel gefunden wird, der mehr, als man voraussieht, bewegen könnte.

STEFAN AMZOLL: Meinen Sie mit Hebel revolutionäre Massen?

MARIANNE BRÜN: Meine Vorstellung ist keine Massenbewegung. Massenbewegungen haben kein schönes Bild bei mir hinterlassen. Sie sind allzu angewiesen auf eine Hierarchie, die notwendig festfährt, und die ich deshalb für gefährlich halte. Hierarchien muß es wohl geben, aber ich finde ganz wichtig, daß es fließende Hierarchien sind, die nicht erstarren. Die müssen sich auch verändern. Bei Massenbewegungen ist das schwer. Wenn es viele kleine Gruppen gäbe, die zwar nicht gleichgesinnt sind, wohl aber miteinander kooperieren, wäre das viel wünschenswerter.

STEFAN AMZOLL: Wie geht man mit der Frage des Gebrauchtwerdens um? Jeder hat das Bedürfnis, sich zu erweisen und will zeigen, hier bin ich, ich tue was, guck doch mal. Und der einzelne fragt: Werde ich denn überhaupt gebraucht? Daß man sie nicht benötigt, ist auch eine neue Erfahrung vieler Ostdeutscher.

MARIANNE BRÜN: Die meisten Menschen in der Welt von heute werden überhaupt nicht gebraucht. Also wächst mein Interesse, die Gesellschaft so zu ändern, bis jeder in ihr gebraucht wird und das auch spürt.

## »In allen Ländern haben Kommunisten gegessen«

Bericht über eine Befragung von Mátyás Rákosi,  
Ernö Gerö und Istvan Kovacz

MÁTYÁS RÁKOSI (1892-1971): Mitbegründer der KP Ungarns (KPU), Akteur der Ungarischen Räterepublik 1919, dann in Moskau, 1921-24 Sekretär der Komintern, 1924 in deren Auftrag Rückkehr nach Ungarn, 1926 Festnahme, nach 15jähriger Haft Ende 1940 in die UdSSR entlassen, Leiter der Exilgruppe der Partei in Moskau. Ab November 1944 wieder in Ungarn. Seit Februar 1945 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär der Zentralleitung der KPU bzw. nach dem Zusammenschluß von KPU und Sozialdemokratischer Partei Ungarns (SPU) 1948 des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen (PUW), 1945 Minister, 1949-52 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 1952 bis zur Absetzung 1953 Ministerpräsident, Juli 1956 auf Druck Moskaus als Erster Sekretär entbunden und aus dem Politbüro entfernt, Oktober 1956 Flucht in die UdSSR, August 1962 Ausschluß aus der Partei, verstorben in Gorkij.

ERNÖ GERÖ (1891-1980): seit 1918 Mitglied der KPU, 1922 Haft, 1924 in die UdSSR, Komintern-Berater, NKWD-Beauftragter im Spanischen Bürgerkrieg, während des Weltkrieges Führungsmitglied der Exilgruppe der Partei in Moskau. November 1944

*Das hier publizierte Dokument enthält Geständnisse von Verantwortungsträgern für die politischen Prozesse gegen Funktionäre der Arbeiterbewegung Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre. Es ist die auszugsweise Wiedergabe zusammengefaßter Gesprächsergebnisse vom 15. August 1962 in einem Umfang von 34 Schreibmaschinenseiten, die das Politbüro des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) im September 1962 an den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, übermittelte. Die Übersetzung ins Deutsche wurde in drei Exemplaren angefertigt, wobei die archivalischen Quellen keine Auskunft darüber geben, wer außer Ulbricht davon noch Kenntnis erhielt. Protokolle des Politbüros des ZK der SED und des Sekretariats weisen keine Information darüber aus, ob diese Gremien eingeweiht wurden. Das Dokument befindet sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO, BArch) mit der Signatur DY 30 J IV 2/309, Bd. 3.*

*Der Bericht an Ulbricht basiert auf Tonbandprotokollen von Befragungen, die eine Kommission im Auftrag des Politbüros des ZK der USAP 1960 und im Sommer 1962 vornahm. Die Fragen für die Interviews resultierten aus dem Studium der Materialien über die Vorgänge und Prozesse im Jahre 1949 – mit dem Ziel, die »Verantwortlichen für die Gesetzesverletzungen« zu ermitteln.*

*Aufklärung über dieses schwärzeste Kapitel des sozialistischen Versuchs in Ostmitteleuropa und dessen historischen Wurzeln blieb zu SED-Zeiten tabu. Besonders die Aussagen von Mátyás Rákosi, bekräftigen, daß die Prozesse gegen die als »Verschwörer« und »Staatsfeinde« vorgeführten Kommunisten Ungarns, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens und der DDR nach einer einheitlichen Regie, unter dem Kommando sowjetischer Berater und mit unter Folter erpreßten Geständnissen abliefen. Mechanismen der Machtsicherung, Terrormethoden, stalinistische Denkstrukturen sowie Desinformationen an andere Parteien als vermeintliche »Pflicht des proletarischen Internationalismus« (S. 40) werden als folgenschwere Geburtsfehler einer neuen Gesellschaft und Entfremdung von der sozialistischen Idee von Anfang an bloßgelegt.*

*Ausführlicher dazu: Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: »Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989)«, Frankfurter Oder Editionen, 1996.*

WILFRIEDE OTTO

*Die Wiedergabe des Dokuments folgt dem Original. – Die Redaktion*

Übersetzung

3 Ex. /28.9.62

Streng vertraulichBericht an das Zentralkomitee

Im Auftrage des Politbüros hatten wir im Juli 1962 eine Unterredung mit Matyas Rakosi in Krasnodar sowie mit Ernő Gerő und Istvan Kovacz in Budapest. Es handelte sich vor allem um ihre Verantwortlichkeit für die Verletzungen der Gesetzmäßigkeit; außerdem sprachen wir mit Matyas Rakosi und Ernő Gerő zusätzlich über ihre gegenwärtige fraktionelle Tätigkeit.

Die Kommission teilte allen Dreien mit, daß sie im Auftrage des Politbüros mit ihnen spricht [...]

1. Unterredung mit Matyas Rakosi

Matyas Rakosi lebt in Krasnodar, seine Lebensbedingungen sind die gleichen wie 1960, worüber wir seinerzeit berichteten. (Seine Fünfstübchenwohnung, seinen vollen Unterhalt, eine Hausangestellte, Erholung am Schwarzen Meer, die er jederzeit in Anspruch nehmen kann, bezahlt die KPdSU. Die KPdSU stellt ihm außerdem monatlich 200 Rubel - in neuer Währung - als Taschengeld zur Verfügung.) [...]

Wir stellten Rakosi folgende Fragen (wir hatten sie in schriftlicher Form ausgearbeitet, damit er, falls er es wünscht, sie schriftlich beantworten könnte):

- Ist er auch jetzt noch der Meinung - wie er dies in der Unterredung 1960 zum Ausdruck brachte - daß seine Selbstkritik auf dem Juniplenium des Zentralkomitees eine 'Selbstgeißelung' war?

- Hat er Anweisung gegeben hinsichtlich der Aufnahme der Untersuchung gegen Laszlo Rajk und andere Genossen; hatte er irgendwelche Beweise, als er gegen sie den Haftbefehl erließ?

- Wurde er in Briefen gewarnt bzw. erhielt er andere Signale, die davon zeugten, daß Menschen auf Grund falscher oder erdachter Angaben verurteilt werden?

- Hat er der Verwaltung für Staatssicherheit Anweisungen gegeben über die Bildung von Spezialgruppen, die die Häftlinge prügeln und folterten?

- Hat er Gabor Peter Anweisung gegeben, Material gegen Funktionäre und einzelne Mitglieder der Bruderparteien zu sammeln; wußte er, daß diese Angaben von den Häftlingen durch Folterungen erpreßt wurden? [...]

Wir haben Rakosi insgesamt neun Fragen gestellt [...]

Im Verlauf dieser Unterredung kam er immer wieder darauf zurück, daß er in diesem Gespräch keinen Sinn sehe. Trotzdem sprach er von 3 Uhr mittags bis 11 Uhr abends und äußerte den Wunsch, die Aussprache am nächsten Tag fortzusetzen.

Rückkehr nach Ungarn, Mitglied der Provisorischen Zentralleitung der Partei, 1945 Minister für Handel und Verkehr, seit 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der KPU bzw. der PUW, verantwortlich für Sicherheitsfragen, 1954 Innenminister, seit Juli 1956 Erster Sekretär der Partei, Oktober 1956 Hilfeersuchen an sowjetische Truppen, als Erster Sekretär abgesetzt, Flucht in die UdSSR, 1962 wieder in Ungarn, August 1962 Ausschluß aus der USAP, Übersetzer.

ISTVÁN KOVÁCS: 1943 in der Führung der KPU, danach Haft. Soll als MWD-Offizier ungarischer Herkunft stellvertretender Chef der ungarischen Staatssicherheit gewesen sein, Oberst; wurde auch László Farkas genannt, war aber nicht mit Mihály oder Wladimir Farkas verwandt. War in Vorbereitung des Rajk-Prozesses als Oberst L. Farkas unter anderem der Vernehmer des 1949 verhafteten und 1950 in einem der geheimen Nebenprozesse verurteilten Béla Szász. (Béla Szász: Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses, Nördlingen 1986, S. 79.), bis 1956 Sekretär des ZK. (Bekannt ist auch ein Dr. István Kovács, Verteidiger des Angeklagten György Pálffy im Rajk-Prozeß.)

JUNIPLENUM (27./28. Juni 1953): beschäftigte sich mit den »Fehlern« beim Aufbau des Sozialismus.

LÁSZLÓ RAJK (1909-1949): seit 1931 Mitglied der KPU, 1936 Emigration in die CSR, 1937-39 im Spanischen Bürgerkrieg Kommissar des ungarischen Bataillons der Internationalen Brigaden, 1939 in Frankreich interniert

und 1941 illegal nach Ungarn zurückgekehrt, Sekretär des ZK der illegalen KPU und Führer des kommunistischen Untergrunds, zwischenzeitlich Haft, Dezember 1944 erneut verhaftet, im März 1945 von einem Militärgericht an ein Zivilgericht überstellt und nach Deutschland deportiert. Mai 1945 Rückkehr, Sekretär der KPU von Budapest, Mitglied des Politbüros seit 1946, 1946-48 Innenminister, seit März 1948 Außenminister, 30. Mai 1949 Festnahme und in einem Schauprozeß (mit sieben anderen Angeklagten) im September 1949 als »Hauptfigur einer imperialistisch-titoistischen Verschwörung« zum Tode verurteilt, Oktober 1949 hinge richtet, März 1956 postum politisch rehabilitiert.

GÁBOR PÉTER (eigentlich Benó Auspitz, geb. 1911): seit 1931 Mitglied der KPU, Führungsmitglied der von Mai bis September 1943 agierenden Friedenspartei, unter deren Namen die Kommunisten ihren Kampf fortsetzten. Tätigkeit für das NKWD, seit 1946 Mitglied des ZK der KPU bzw. der PUW, Generalleutnant, Chef der Staatssicherheit, im Januar 1953 wegen seiner jüdischen Herkunft und angeblicher Spionage für britische und zionistische Geheimdienste auf Weisung Stalins verhaftet, 1957 zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt, 1959 amnestiert, Bibliothekar.

LAWRENTIJ BERIJA (1899-1953): 1917 Mitglied der SDAPR(B), 1934 Mitglied des ZK der KPdSU, 1938-46 als Volkskommissar für Inneres und Staatssicherheit zuständig, 1939 Kandidat

Auf die Frage, ob er seine Äußerungen auf dem ZK-Plenum im Juni 1953 bestätige ("ich leitete die Verwaltung für Staatssicherheit, mischte mich in die Führung der Angelegenheiten ein, gab Anweisungen, wer zu verhaften, wer zu schlagen und wer für wie lange zu verurteilen ist"), antwortete er, daß der Teil seiner Selbstkritik von 1953, der die Verwaltung für Staatssicherheit betraf, auf Grund eines Wunsches von Beria geäußert wurde, obwohl er (Rákosi) damit nicht einverstanden war, denn später waren auch die Führer der KPdSU selbst der Meinung, es wäre seine direkte Pflicht gewesen, sich in alles einzumischen, die wichtigsten Urteile zu fällen und sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. [...]

Als er über den Fall Rajk sprach, wälzte er konsequent die gesamte Verantwortung auf Stalin ab.

"Ich muß sagen, wenn man das nicht getan hätte, dann wäre es unangenehm gewesen, weil Stalin davon erfahren hätte. Ich hatte seinetwegen ohnehin genug zu leiden. Ich will nicht davon sprechen, wie oft man mich noch weiter stoßen wollte, aber ich gab nicht nach, und das hat nicht gefallen." [...]

Weiter sagte Rákosi in dem Bemühen, die Verantwortung von sich abzuwälzen: "Wir haben uns die Sowjetunion zum Vorbild genommen und wußten leider nicht, was das für ein Vorbild ist. Ich kannte alle sowjetischen politischen Führer, niemand hat mir etwas gesagt."

"Ich wollte schon längst Gabor Peter und Mihay Farkas absetzen. Ich sagte Stalin, daß ich mit diesen Leuten unzufrieden bin. Er machte einen großen Skandal und sagte: Sagen Sie konkret, was Sie dagegen haben. Ich hatte Einwände gegen ihre Methoden des Verhörs, ich sagte, daß sie nicht genügend ernste Initiative zeigen, besonders auf dem Gebiet der Abwehr. Er antwortete: Ich empfehle Ihnen, solche Menschen wie Gabor Peter und Farkas gut zu hüten, enthalten Sie sich solcher Vorschläge. Und dann beschimpfte er mich mit den schlimmsten Worten. Danach konnte ich natürlich Peter und Farkas nicht absetzen. Jetzt kann man natürlich sagen, warum hast du nicht mit Stalin gestritten, aber damals waren drei Mitglieder des heutigen sowjetischen ZK anwesend."

"Obwohl ich Stalin erst seit 1920 kannte, konnte ich mit ihm anders sprechen als andere; ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu ihm, ich konnte ruhig mit ihm sprechen, konnte ihm sogar sagen, daß er gut aussieht; andere wagten in seiner Gegenwart nicht, private Themen zu berühren."

"Ich bin einverstanden, daß wir unsere Sache nicht zum Besten gemacht haben, aber haben etwa die Tschechoslowaken, die Bulgaren oder die Polen sie besser gemacht? Ich übernahm die Arbeit der Verwaltung der Staatssicherheit erst 1948, als Farkas Verteidigungsminister wurde. Schon damals bestanden die Schlägertruppen und all das andere,

selbst die Berater beteiligten sich am Schlagen, auch in der Sowjetunion hat man geschlagen, das ist ein Bestandteil der Staatssicherheit. Nicht nur bei uns, sondern auch anderswo. Jetzt billige ich das nicht, damals billigte ich es."

"Ich begann Rajk zu verdächtigen, da sich herausstellte, daß er bereits einmal aus der Partei ausgeschlossen worden war, noch dazu wegen der Geschichte in Sopronkechida. Ich verstand nicht, warum er so mager war, und sagte einmal zu ihm, als wir auf der Jagd waren und er die Nase hängen ließ: Ich weiß nicht, was mit dir los ist. Alles, wofür du gekämpft hast, hast du erreicht. Du bist ein führender Funktionär, bist Mitglied des Politbüros, aber du bist immer bedrückt, wie kann man dir helfen? Damals sagte ich ihm, daß magere Menschen verdächtig sind. Ich hatte viel Unannehmlichkeiten, sowohl mit Rajk als auch mit Söld(?). Zum Beispiel Rajk: Ich komme aus Moskau zurück und erfahre, daß zwei Hinrichtungen vollzogen wurden, die viel Staub aufgewirbelt haben, es waren irgendwelche Brandstifter hingerichtet worden. Ich sagte zu Rajk: ja versteh doch um Gotteswillen, daß du die Macht nicht dazu hast, um je nach Laune Leute aufhängen zu lassen. Ich wollte Rajk nicht zum Tode verurteilen. Ich war der Meinung, daß im Fall Rajk keine Todesurteile gefällt werden sollten, denn was immer sie auch getan haben, sie wurden doch entlarvt. Anfangs war Stalin damit einverstanden, aber das war keine ungarische Angelegenheit. Dann ließ Stalin mir mitteilen, daß, wenn solche schweren Verbrechen begangen wurden, das Volk es nicht verstehen werde, weshalb man Rajk nicht zum Tode verurteilt."

"Daß ich die Todesurteile für Rajk und die anderen aus der Brieftasche zog, hat keinerlei Bedeutung. Was wollen Sie damit beweisen?"

"In bezug auf György Palfi, Laszlo Soyoma und die anderen Militärs bemerkte Rakosi, es habe eine ganze Anzahl verdächtiger Momente gegeben, die ihn bewegten, der Anklage Glauben zu schenken. Beispielsweise habe er erfahren, daß sie vor der Befreiung des Landes als Offiziere im Generalstab der Horthy-Armee tätig waren. Nach ihrer Demobilisierung seien sie in den Betrieb Edesült Isso arbeiten gegangen, der einer englischen Firma gehörte, er aber wisse, wofür solche Firmen gewöhnlich benutzt werden. (Als wir ihm sagten, daß einer dieser Genossen Mitglied der illegalen Partei war und andere mit der Partei zusammenarbeiteten, während die von ihm erwähnten Angaben, die als Ursache der Verdächtigung dienten, allgemein bekannt und in ihren Lebensläufen enthalten waren, erklärte er mir, er habe von diesen Angaben nichts gewußt.)

Im Zusammenhang mit dem Selbstmord des Genossen Sandor Söld bemerkte Rakosi, das sei ihm auch heute noch unbegreiflich, denn er habe unmittelbar vor dem Selbstmord

und 1946 Mitglied des Politbüros (bzw. seit 1952 Präsidium) des ZK der KPdSU, 1941-45 Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees und Oberbefehlshaber der NKWD-Truppen. Seit 1946 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, nach dem Tod Stalins im März 1953 Minister für Inneres und Staatssicherheit, im Juni 1953 verhaftet und hingerichtet, im nachhinein im Dezember 1953 verurteilt.

SOPRONKECHIDA: Sitz des Militärgerichts, vor dem Rajk im März 1945 stand.

MIHÁLY FARKAS (1903-1965): seit 1921 Mitglied der KPU, 1925 verhaftet und verurteilt, 1929 Emigration in die UdSSR, in der Kommunistischen Jugendinternationale tätig, Führungsmitglied der Exilgruppe der KPU in Moskau. Seit Oktober 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der KPU bzw. der PWU, Stellvertreter des Generalsekretärs, 1948-53 Verteidigungsminister, 1955 von den Ämtern als Sekretär des ZK und Mitglied des Politbüros entbunden, 1956 inhaftiert und vor ein Gericht gestellt, 1959 amnestiert, Verlagslektor.

»Das MGB hatte jedoch nach wie vor alle Fäden in der Hand. General Fjodor Bjelkin, der sowjetische Chefberater für die Staaten Südosteuropas, entsandte die MGB-Generäle Lichatschow und Makarow nach Budapest, wo sie die Vorbereitungen für die Verhaftungen und den Schauprozess überwachen sollten. Die Gruppe der MGB-Berater bestand am Ende aus ungefähr vierzig Mitarbeitern.«  
Christopher Andrew, Oleg

Gordiewsky: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 532.

SANDOR SÖLD: Staatssekretär für Innere Angelegenheiten. Seines Postens enthoben.

GYÖRGY PALFFY (1904-1949): Berufsoffizier, Oberleutnant in der Horthy-Armee, mußte wegen der jüdischen Abstammung seiner Frau die Armee verlassen, in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges als antideutscher Offizier in der Widerstandsbewegung. Nach 1945 Leiter der Militärpolitischen Abteilung (Spionageabwehr) des Verteidigungsministeriums, 1946 General, Stellvertreter des Verteidigungsministers, Oberbefehlshaber der Grenztruppen, 1949 im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozeß verhaftet, in einem abgetrennten Verfahren vor einem Militärgericht zum Tode verurteilt, hingerichtet.

LÁSZLÓ SOYOMA: keine Angaben zu ermitteln.

JÁNOS KÁDÁR (1912-1989): 1931 Mitglied der KPU, 1942 Mitglied des ZK der KPU, 1943 Mitbegründer der Friedenspartei. Seit 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der KPU bzw. der PUW, Stellvertreter des Generalsekretärs, 1948-1950 Innenminister und in dieser Funktion im Glauben an ein Versprechen der Staatssicherheit, einen geständigen Rajk freizulassen, 1949 auf Rajk eingewirkt, 1951 selbst festgenommen und verurteilt, 1954 Freilassung, 1. Sekretär einer Stadtbezirksleitung in Budapest und Sekretär einer Bezirksleitung, Juli 1956 Mitglied des

Sölds persönlich mit diesem gesprochen und ihn beruhigt; er habe gesagt, daß es schon einmal einen Fall gegeben hat, da der Staatssekretär für Innere Angelegenheiten seines Postens enthoben wurde; er, Rakosi, habe diesem versprochen, daß er erneut Karriere machen könne. Auch jetzt gebe er ihm die Möglichkeit, wieder vorwärtszukommen. Er könne sich nicht vorstellen, warum Söld nach alledem Selbstmord beging.

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Genossen Kadar erzählte er, daß der Beschluß in dieser Sache tatsächlich von dem "Vierergespann" (Rakosi, Gerö, Farkas und Revay) gefaßt wurde, er könne sich jedoch nicht mehr erinnern, wer unmittelbar die Verhaftung angeordnet hat. Er erklärte, die Auflösung der Partei im Jahre 1943 sei eine ernste Angelegenheit gewesen, man habe ihm nicht gesagt, warum die Partei aufgelöst wird und daß eine Partei des Friedens organisiert werden sollte. Er behauptet, er habe erst jetzt mit großem Erstaunen aus dem Buch des Genossen Deszö Nemes davon erfahren. "Sie konnten nicht erklären, weshalb sich die Meinung gebildet hatte, die Partei sei auf Befehl der Polizei und Szakasicz' aufgelöst worden." "Es wäre richtiger, wenn Sie sich mit solchen wichtigeren Dingen und nicht mit meinen kleinen Angelegenheiten beschäftigt hätten."

Zum Prozeß gegen die ehemaligen Sozialdemokraten erklärte Rakosi, er habe gegen die Vereinigung der beiden Parteien Einwände erhoben. Er habe auf dem Standpunkt gestanden, die Sozialdemokratische Partei müsse zerschlagen werden. Die Partei hätte so vereinigt werden müssen, wie das die Rumänen gemacht haben, die keinen einzigen Sozialdemokraten in das Politbüro aufnehmen. Schließlich hat doch die sozialdemokratische Partei, erklärte er, bis zur letzten Möglichkeit gegen uns gekämpft, und als sich ihre Massen von ihr abkehrten, hat sie sich uns angeschlossen, aber nicht als geschlagenes Heer, sondern als gleichberechtigte Partei; diejenigen, die noch zwei, drei Monate zuvor den Kampf auf Leben und Tod gegen uns führten, wurden nun Minister und Mitglieder des Politbüros. Die linken Sozialdemokraten haben nicht mitgeholfen, die Massen auf diese Seite zu ziehen.

"Ich weiß schließlich, wer die Sozialdemokraten waren, ich hatte genug unter ihnen zu leiden." [...]

Und weiter: "In jener Zeit war es allgemein üblich, auch die Ehefrauen zu verhaften. Ich weiß nicht, ob ich oder die Berater vorgeschlagen haben, Rajks Frau zu verhaften, jedenfalls wurde so verfahren."

Rakosi bemerkte, er habe es für eine Pflicht des proletarischen Internationalismus gehalten, den Bruderparteien die Aussagen zuzustellen, die die Führer und einzelnen Mitglieder betrafen. Auf die Frage, ob er sie auch informiert habe, daß diese Aussagen durch Folterungen erpreßt wurden, antwortete er "Das sind doch auch er-



wachsene Menschen, sie wissen doch, wie solche Aussagen zustande kommen.“ "Unabhängig davon ob geschlagen wurde oder nicht, konnte man diese Aussagen annehmen. Im Westen schlägt man doch auch, die Franzosen schlagen und auch andere. Natürlich gibt es einen Unterschied, denn die Horthy-Leute haben ebenso wie die im Westen ihre eigenen Leute oder die demokratischen Christen nicht ins Gefängnis gesperrt.“

"Ich wußte, daß die Menschen geprügelt werden, da das ein Bestandteil der Arbeit der Staatssicherheit ist. Ich war empört, als ich erfuhr, daß den Menschen während der Verhöre die Finger mit Zangen abgekniffen werden.“

"Ich wußte, daß die Gebrüder Szujcz (?) zu Tode geprügelt wurden, aber Peter hat das deshalb veranlaßt, weil er fürchtete, daß sie seine Geheimnisse ausplaudern könnten. Das war meine Meinung.“

"Die Verhaftung von Gabor Peter erfolgte folgendermaßen. Etwa anderthalb Jahre nachdem Stalin gesagt hatte: freuen Sie sich, daß Sie so gute Mitarbeiter haben, erschien am 2. Januar 1953 ein Mann, wies sich aus und teilte mit, er habe eine Anweisung von Stalin zu übergeben. Diese Anweisung bestand darin, daß Peter unverzüglich zu verhaften sei.“

"Ich war so wütend auf Gabor Peter, daß ich ihn mit größtem Vergnügen mit seinem eigenen Taschenmesser kastriert hätte. Ich gab Anweisung, ihn genauso zu behandeln, wie er die Verhafteten behandelt hatte, sollte er ruhig wissen, wie das ist.“

Zu den gegen ihn gerichteten Aussagen von Farkas, Gabor Peter und anderer, von denen wir ihm einige zeigten, äußerte Rakosi folgende Meinung: "Ich weiß nicht, unter welcher Bedrohung sie das ausgesagt haben, als sie im Schatten des Todes standen; und überhaupt versucht jeder, sich hinter meinem breiten Rücken zu verstecken.“

"Unser Unglück bestand darin, daß wir den Protokollen eine zu große Bedeutung beimaßen, jetzt verspüre ich zu meinem Bedauern an mir selbst, daß Sie alles, was in den Protokollen enthalten ist, für bare Münze nehmen.“

"Das alles sind sehr schwerwiegende Dinge. Es ist eine schwere Niederlage, aber sich vor ihr zu retten, indem man alles mir zuschreibt, das ist ein großer Schaden für die Partei. Ich warte bereits ruhig seit sechs Jahren. Ich kann auch Briefe schreiben, ich habe auch Freunde. Ich warte ruhig, denn ich werde diese ganze Angelegenheit kaum aus dem Rahmen der Partei hinaustragen, das würde zu sehr großen Unannehmlichkeiten führen.“

"Vielleicht habe ich Fehler gemacht, aber bei Lenin gibt es einen Ausspruch: Klug ist nicht der, der keine Fehler macht, weil es solche nicht gibt und nicht geben kann. Nicht ich habe die Prozesse ausgedacht, denn große Prozesse gab es schon, als ich aus dem Gefängnis herauskam, und wundern Sie sich nicht, wenn das bei mir seinen

Politbüros und Sekretär des ZK, 25. Oktober 1956 Erster Sekretär des ZK, Oktober 1956 Mitglied der Regierung Nagy, Vorsitzender des neuen Präsidiums der Partei ab 28. Oktober bzw. des Revolutionären Zentrums ab 1./2. November 1956, 3. November 1956 Vorsitzender der neuen Arbeiter-und-Bauern-Regierung, 1956-88 Erster Sekretär der USAP, 1956-58 und 1961-65 Ministerpräsident.

JÓZSEF REVAI (1898-1959): Gründungsmitglied der KPU, nach der Nieder-schlagung der Räterepublik Mitglied im Exil-ZK in der CSR, 1930 wieder in Ungarn, Festnahme und nach dreijähriger Haft Emigration in die UdSSR, Mitglied des Exekutiv- komitees der Komintern. Seit 1946 Mitglied des Politbüros, Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, 1953 aus dem Politbüro des ZK verdrängt, ab Juli 1956 wieder Mitglied des Politbüros.

DESZÖ NEMES: nicht eindeutig bestimmbar. Möglicherweise László Németh, der Schriftsteller, oder Dezső Németh, ein früherer Angehöriger der Horthy-Armee, der im Herbst 1946 zum Generalstabschef der Grenzwaache befördert wurde. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1948 Militärattaché in Moskau. Wurde im Prozeß gegen Rajk als Zeuge vernommen und der Spionage für Jugoslawien beschuldigt.

ÁRPÁD SZAKASITS (1888-1965): 1903 Mitglied der SPU, Mitakteur bei der Räterepublik, 1920-1922 wiederholt in Haft, seit 1938 Generalsekretär der SPU, 1944 Mitbegründer der Antifaschistischen Unab-

hängigkeitsfront. 1945 Vorsitzender der Stadtvertretung Budapest der SPU und erneute Bestätigung als Generalsekretär der SPU, ab Herbst 1945 Minister bzw. Stellvertreter des Ministerpräsidenten, nach der Vereinigung von KPU und SPU 1948 auch Vorsitzender der PWU, 1949 Staatspräsident, 1950 inhaftiert und verurteilt, 1956 rehabilitiert, nach den Oktoberereignissen 1956 Vorsitzender des Journalistenverbandes.

ERNŐ SZÜCS: vor 1945 Emigrant in der UdSSR. Nach 1945 Oberst, Stellvertreter von Gabor Peter in der ungarischen Staatssicherheit, im Januar 1953 verhaftet.

MIKLÓS SZÜCS: Bruder von Ernő, während der Okkupationszeit im Exil in England. Nach 1945 Londoner Korrespondent des Zentralorgans der KPU, Leiter des Londoner Informationsbüros beim ungarischen Außenministerium, Abgeordneter der Bauernpartei, 1949 aus London zurückbeordert und bald darauf als sogenannter britischer Spion verhaftet. Sollte seinen Bruder als Agent belasten.

BÉLA KUN (1886-1937): Veteran der Oktoberrevolution, Mitbegründer der KPU, treibende Kraft der Räterepublik 1919, vertrat in deren Regierung das Volkskommissariat des Äußeren, danach Flucht nach Österreich und dann in die UdSSR, Mitglied des Präsidiums und des Exekutivkomitees der Komintern, 1937 verhaftet, im August 1938 (1939?) hingerichtet. 1956 postum rehabilitiert.

XX. Parteitag der KPdSU: Febr. 1956; XXII. Parteitag

Eindruck hinterlassen hat. (Es gab eine Zeit, da Berija auch mich verdächtigte, und wenn Berija jemand verdächtigte, konnte man eine Gänsehaut bekommen.)

Ich hatte auch in der Sowjetunion Unannehmlichkeiten, weil ich mich gleich nach der Ankunft für die Angelegenheiten der verurteilten Ungarn zu interessieren begann."

(Rakosi erzählte wortreich und wiederholt, wie er sich in der Angelegenheit der Genossen Bela Kun, Rudas und anderer eingesetzt hat.)

"Ich kann ruhig sagen, daß ich mich niemals von irgend etwas anderem leiten ließ als von den Interessen der Partei, selbst dann, wenn ich Fehler beging. Und welche Anweisungen ich gegeben habe, und auch die Gesetzeswidrigkeiten - ist das etwa interessant? Nicht das ist der Inhalt meines Lebens, der Inhalt meiner politischen Tätigkeit."

"Ich kann hier nicht ungezwungen antworten, weil davon, was Sie berichten werden, abhängt, ob ich nach Hause zurückkehre oder hier sterbe. Alles in allem ist es ziemlich kompliziert. Merken Sie nicht, daß eine Entstellung herausgekommen ist? Sie verfallen in den gleichen Fehler, den ich auch gemacht habe. Einer der Hauptfaktoren der Entwicklung des Personenkults ist der Konformismus, der Herdeninstinkt. Die Menschen lieben es, einmütig in einem Lager zu stehen, einmütig irgend etwas zu billigen. Es gibt eine Psychose, wie z.B. des Falles Rajk. Jetzt verspüre ich das an mir selbst. Damals war ich oben, man machte einen Gott aus mir, und als ich abrutschte, bekam ich Gott weiß was zu verspüren. Es gibt eine solche Hysterie. Meine Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Geben Sie mir die Möglichkeit, mutig in dieser Frage aufzutreten, gemäß dem Parteistatut; das, was mit mir geschah, ist außerordentlich übertrieben. In jedem Land gab es Personenkult, gab es Gesetzeswidrigkeiten. Das, was ich 1953 sagte, haben die anderen Ersten Sekretäre 1956 gesagt. Ich bin nicht einverstanden mit der Erklärung des Genossen Kadar, er begrüßte die Beschlüsse des XX. und des XXII. Parteitags auch deshalb, weil er ohne sie bereits nicht mehr am Leben wäre. Er wäre in jedem Falle davongekommen, er wäre auch ohne den Tod Stalins nicht gestorben, da diese Dinge 1951 aufhörten. Als sie überall aufhörten, hörten sie auch bei uns auf."

"Es ist unser Unglück, daß wir selbst die Sache so darstellen, als sei das alles lediglich in Ungarn geschehen. Es ist allgemein bekannt, daß es das überall gab, die Ursachen dafür sind ebenfalls allgemein bekannt, und je mehr Sie meine Verantwortung hervorheben, um so mehr weichen Sie dem Wesen der Sache aus und bereiten ein neues Unglück vor. Ich möchte das verhindern. Betrachten Sie die Situation insgesamt. Damals waren alle diese Dinge die allernatürlichste Sache. Auf mir liegt die gleiche Verantwortung wie auf den anderen Ersten Se-

kretären, ich habe genau dasselbe gemacht - manchmal schlechter, manchmal besser; eine Zeitlang genoß die ungarische Partei einen sehr guten Ruf, man kam, um bei uns zu lernen."

"Wenn irgend jemand vor dem Gericht erklärt hätte, daß er geschlagen wurde - selbst in dem Falle, wenn er verurteilt worden wäre - dann wäre mir das in drei Tagen zu Ohren gekommen, und ich hätte Maßnahmen ergriffen. Man kann die Frage nicht so lösen, daß alles auf mich abgewälzt wird, weil das der Partei den größten Schaden zufügt, dabei kommt nichts heraus, die Wahrheit wird sich sowieso herausstellen. Bei uns war die Lage noch besser als in anderen Parteien. Ich war dabei, als Stalin Molotow einen Teil der rumänischen Verfassung umdiktierte. Wir haben unsere Verfassung selbst gemacht. Gesetze wurden auch in der Tschechoslowakei verletzt, und es gab keine Konterrevolution; verletzt wurden sie auch in Bulgarien, und es gab keine Konterrevolution, und in Rumänien usw., usw. Ich bin deshalb böse, weil gerade wir als erste begonnen haben, das alles zu beseitigen. Die Frage nach meinem Gewissen kann nicht zum Gegenstand der Anklage gemacht werden. Ich bin Angeklagter, und deshalb verlange ich ständig, daß meine Angelegenheit parteimäßig untersucht wird. Damals war das alles ganz natürlich. Ich sprach einmal mit Stalin, daß einer der führenden Berater abberufen werden sollte, da er sich nicht bewährt hatte; danach richtete es Berija so ein, daß dieses Subjekt als Chefberater in die Tschechoslowakei entsandt wurde, und gerade er führte alle tschechoslowakischen Angelegenheiten durch. Unser Unglück bestand darin, daß wir in der Selbstkritik allen Parteien weit vorauseilten, wodurch der Eindruck entstand, daß es das alles nur in Ungarn gäbe; wir haben den Eindruck erweckt, als sei ich Schuld, aber ich habe doch schon damals gewußt, daß es in den übrigen Ländern dasselbe war, nur wollte man davon nicht sprechen." [...]

"Es stimmt nicht, daß die vor 1958 gebildeten Genossenschaften auf Sand gebaut waren. Diese gewaltsame Organisation wurde sehr gut durchgeführt, und heute noch wird die Genossenschaftsbewegung von jenen geleitet, die an der Spitze der angeblich auf Sand gebauten Genossenschaften standen. Nach der Konterrevolution blieben mehr als 30 Genossenschaften erhalten. Die Böden wurden auf der Suche nach Getreide restlos ausgefegt. Das war natürlich. Es gab Fröste und Trockenheit, und es gab keinerlei Hilfe. An der Macht waren zwei Klassen, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft. Natürlich kam es darauf an, die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln mit allen Kräften zu sichern, denn wenn es Unstimmigkeiten mit der Bauernschaft gibt, dann wird das Bündnis geschwächt, gibt es aber Unstimmigkeiten mit den Arbeitern, dann ist das ein viel größeres Unglück. Ich kann gleich

der KPdSU: Okt. 1961.

In Bulgarien wird von ca. 100.000 Opfern innerhalb der ersten Nachkriegsjahre gesprochen, für Ungarn werden für die Zeit von 1950-1953 387.000 aus politischen Gründen Verhaftete angegeben (Miroslav Siska: »Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...«, Berlin 1991, S. 8.). Die bekannten, seit 1949 in Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei durchgeführten Schauprozesse wurden allesamt von mehreren geheimen politischen Prozessen begleitet. In der DDR richtete sich die gegen sogenannte Field-Agenten anrollende Prozeßorgie vor allem gegen ehemalige Emigranten im westlichen Exil, die vor dem SMT bzw. in Geheimprozessen vor DDR-Gerichten abgeurteilt wurden.

WJATSCHESLAW MOLOTOW (1890-1986): Mitarbeiter Stalins, 1926-52 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, im angesprochenen Zeitraum 1946-1949 Außenminister, 1957 als Parteifeind aller Führungsfunktionen entbunden.

Nach dem Rajk-Prozeß begaben sich die sowjetischen Generäle Lichatschew und Makarow von Budapest nach Prag.  
Andrew, Gordiewsky: KGB, a.a.O., S. 536.

IMRE NAGY (1896-1958): in der ungarischen Bauernbewegung, 1929 Emigration in die UdSSR, im Agrarwissenschaftlichen Institut tätig, 1933-41 Dienste für das NKWD, 1946 Mitglied des Politbüros der KPU, 1949 Minister für Erfassung, Ausschluß aus dem Politbüro des ZK der PUW und 1951 Wiederaufnahme, 1952-55 Stellvertreter des Ministerpräsidenten bzw. Ministerpräsident, 1955 Verlust aller Funktionen und Ausschluß aus der PUW, 1956 Wiederaufnahme in die Partei, ab 23. Okt. 1956 Ministerpräsident, mit dem zweiten Eingreifen sowjetischer Truppen ab 4. November 1956 Asyl in der jugoslawischen Botschaft, bei deren Verlassen am 22. November 1956 mit seinen Ministern vom KGB verhaftet und nach Rumänien gebracht, im Februar und Juni 1958 mit KGB-Beratung von einem ungarischen Gericht wegen »konterrevolutionärer Verschwörung« zum Tode verurteilt und hingerichtet. »Es war der letzte politische Prozeß im sowjetischen Block, dessen Opfer zum Tode verurteilt wurden.« Andrew, Gordiewsky: KGB, a.a.O., S. 562.

ANTAL APRÓ: seit 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der KPU bzw. PUW, Oktober/November 1956 Mitglied des neuen Präsidiums des ZK der PUW, des Revolutionären Zentrums und Minister in der neuen Arbeiter-und-Bauern-Regierung, 1957 Mitglied des Politbüros der USAP.

KÁROLY KISS: nach 1945 Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission der KPU, Oktober/November 1956 Mitglied des Präsidiums der PUW und des

hinzufügen, daß es bei diesem 'Ausfegen' viele Überspitzungen gab, der größte Besen war Imre Nagy."

"Die Wirtschaftspolitik war auch nicht so schrecklich; wenn man genau hinsieht, dann stellt sich heraus, daß kein einziger Betrieb, den wir in jener Zeit gebaut hatten, geschlossen werden mußte."

"Jetzt haben Sie es leicht, weil man heute die Ungarn besonders behütet; wie gut die Dinge auch stehen mögen, es kann auch Unstimmigkeiten geben, es können erneut Zweifel auftauchen. Die Wunden sind verheilt, aber sie können erneut aufbrechen, sodaß man sich der ungarischen Partei gegenüber noch lange Zeit aufmerksam und behutsam verhalten muß."

"Heute sind die Bedingungen schon anders, denn der Feind hat große Verluste erlitten; hat er doch 1956 zehntausende aktiver Faschisten verloren. Von den 180 000 Flüchtlingen waren nicht weniger als 40 000 Faschisten, und deshalb haben Sie es viel leichter."

"An der Konterrevolution sind diejenigen schuld, die sich in ein Bündnis mit Imre Nagy einließen."

Mit besonderer Wut erging sich Rakosi in Beschimpfungen an die Adresse der Genossen Apro und Kiss. "Gegenüber Kiss, Apro und Marosan und anderen sind Sie nachsichtig, nur gegen mich nicht. Es ist empörend, daß über mich nicht ein positives Wort geschrieben wird."

Im Verlauf der ganzen Aussprache forderte er immer wieder alle halbe Stunde, daß man ihm gestatten müsse, in die Heimat zurückzukehren.

"Man kann das nicht so machen. Diese Methoden wandte Stalin an. Ich möchte, daß meine Angelegenheit endgültig ins reine kommt. Ich bin erschüttert, wie beharrlich man mich und die historische Tätigkeit der Partei zu verleumden versucht. Dieselbe Lage wie bei uns gab es auch in der Sowjetunion, und zwar nicht drei oder vier Jahre, sondern länger, und doch entwickelte sich der Sozialismus. Darüber sagte man nicht solche Dinge, daß es schrecklich gewesen sei. In der Sowjetunion wurde das Zentralkomitee fünf Jahre lang nicht einberufen, bei uns tagte das Politbüro jede Woche und das Zentralkomitee alle drei Monate. Es wachsen neue Kader heran, sie stellen die Frage, wie meine Angelegenheit geregelt wurde, und Sie können nicht antworten. Sie werden sagen, ach der arme Alte." [...]

"In der neuen Parteigeschichte werden sowohl die Fehler als auch die positiven Eigenschaften Stalins beschrieben. Früher schrieb man mir auch das zu, was ich nicht begangen habe, und heute wird mir nicht einmal das zuerkannt, was ich getan habe."

"Ich will nicht drohen, aber auch ich habe Freunde. Bisher habe ich mich wie ein Kommunist verhalten. Aber die Konterrevolutionäre versuchen, mich mit ihrer Aufmerksamkeit zu umgeben - es gibt sie sogar in der So-

wjetunion -, und die anständigen Kommunisten sprechen mir Mut zu, damit ich auf meinem Standpunkt fest bleibe."

Enver Hodscha, den Rakosi verurteilt, erwähnt in seinem Brief dessen Namen. Weshalb, fragt Rakosi, macht man der Sowjetunion solche Unannehmlichkeiten, indem man ihn weiterhin dortläßt? Seit mehr als sechs Jahren befinde er sich im Exil in einer schlechteren Lage als im Horthy-Gefängnis, wo er 160 Kilo verschiedener Materialien zur Verfügung hatte, aus denen er die für die Verteidigung notwendigen Materialien auswählen konnte.

Rakosi hob mehrmals hervor, daß er die beiden Kommissionsmitglieder nicht für unparteiisch hält; den einen, weil er (Rakosi) seine Verhaftung anordnete, und den zweiten, weil er mit ihm Auseinandersetzungen hatte. Auf mehrmaliges Befragen konnte er nicht ein einziges Mitglied des Zentralkomitees nennen, dem er vertraut. Er erklärte jedoch, daß er in der Heimat bereit sei, auch vor dieser Kommission oder vor jeder anderen Kommission auf die gestellten Fragen zu antworten, wenn er genügend Zeit für die Vorbereitung, die Auswahl der Zeugen und die Zusammenstellung der Dokumente erhält. Natürlich wolle er keinen dritten Rakosi-Prozeß, er wolle keine Gerichtsverhandlung, aber vor dem Zentralkomitee wolle er das Vorgefallene und die internationalen Zusammenhänge dieser Ereignisse erklären.

Rakosi sprach auch lange darüber, daß er puritanisch lebe; für seine Familienmitglieder sei das eher unvorzteilhaft als nützlich gewesen. "[...] Ich will mich nicht damit rühmen, welche Rolle ich bei der Bildung der Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung gespielt habe, aber Sie können sich vorstellen, ich war Berater der KPdSU, ich habe eine Rolle in Kaderfragen gespielt, eine sehr große Rolle in der Frage, wer in führende Funktionen berufen wurde."

Er erklärte auch, der Personenkult sei für ihn sehr schmerzlich gewesen, er meine damit auch seine äußeren Erscheinungsformen - drei Wagen usw. Er sei glücklich gewesen, als das eingestellt wurde. [...] Die Kommunistische Partei, sagte er, wird auch noch in 20 und 30 Jahren bestehen, und dann wird die Frage auftauchen, was war mit Rakosi? Und was werden Sie darauf antworten, damit sich in Zukunft so etwas nicht wiederholt? Die Geschichte mit Albanien zeigt, daß die unerwartesten Dinge passieren. Seien Sie nicht so beruhigt. Was wird, wenn es zum Kriege kommt?

"[...] Verfahren Sie mit mir, ebenso wie mit Woroschilow. Erlauben Sie mir, die historische und gesellschaftliche Basis darzulegen, auf der bei uns und anderswo Fehler gemacht wurden; geben Sie sich keine Mühe zu behaupten, das sei nicht wahr, das habe keine gesellschaftlichen Wurzeln gehabt, sondern hätte sich aus den Fehlern Rakosis ergeben."

Revolutionären Zentrums, ab 1956 (wieder?) Mitglied des Politbüros des ZK der USAP.

GYÖRGY MAROSÁN (geb. 1908): 1943-47 Führer des linken Flügels der SPU, 1947 Stellvertreter des Generalsekretärs der SPU, 1948 Stellvertreter des Generalsekretärs der PUW, 1950 verhaftet und verurteilt, 1956 rehabilitiert, Mitglied des Politbüros des ZK der PUW und des Revolutionären Zentrums im Oktober/November 1956 sowie der neuen Arbeiter-und-Bauern-Regierung, 1957 Mitglied des Politbüros der USAP.

ENVER HOXHA (1901-1985): Generalsekretär der KP Albanien, Organisator von Schauprozessen, brach 1948 mit Jugoslawien, 1961 mit der UdSSR, 1974 mit China.

KLIMENT WOROSCHILOW (1881-1969): unterstützt nach Lenins Tod (1924) Stalin, 1926-60 Mitglied des Politbüros bzw. des Präsidiums (1952) des ZK der KPdSU sowie in hohen Staatsfunktionen, 1946-53 Stellv. des Ministerpräsidenten, 1953-60 Vors. des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1960/61 Verlust aller Ämter; 1969 rehabilitiert.

"Meine Lage ist viel schlimmer als die ihrige, d.h. derer, die in den fünfziger Jahren im Gefängnis saßen, weil das damals normal war. In allen Ländern haben Kommunisten gesessen, aber das, was heute mit mir geschieht, ist nicht normal." "Lenin wußte, was er tat, als er forderte, den Dingen auf den Grund zu gehen." [...]

Über seine gegenwärtige Tätigkeit sagte er: "Was ist das für eine ernstzunehmende Partei, die sich darum kümmert, was meine Frau in Briefen schreibt? Ich und meine Frau haben als Parteimitglieder das Recht, um Informationen und Mitteilungen über Parteiversammlungen zu bitten."

## 2. Aussprache mit Ernő Gerő

Die Kommission hat zweimal mit Ernő Gerő gesprochen. [...] Im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozeß erklärte er: "Ich will sagen, daß schon zu jener Zeit eine ganze Reihe von Momenten verdächtig war, aber ich habe mich nie im Leben unmittelbar mit Angelegenheiten der Staatssicherheit befaßt. Als ich in das Ministerium des Inneren berufen wurde, hatte ich keine Vorstellung, was dort zu tun sei. Vieles erschien mir verdächtig und merkwürdig, aber diese Dinge sind nicht von der damaligen Atmosphäre zu trennen. In politischen Fragen hörte Rakosi noch manchmal auf mich, obwohl wir auch hier ziemlich heftige Auseinandersetzungen hatten, aber in diesen Fragen handelte Rakosi wie ein Besessener. Er hatte sich schon jahrelang mit diesen Dingen beschäftigt, auf welcher Grundlage konnte ich mich da einmischen, ich hatte keine Ahnung von diesen Dingen. Ich hatte gehört, daß Menschen geprügelt werden, aber ich hatte keine präzisen Angaben. Der erste Fall, bei dem ich mich davon überzeugte, war der Tod der Gebrüder Szujcz (die 1950 in der Verwaltung für Staatssicherheit zu Tode geprügelt wurden). Auf dieser Sitzung oder auf einer anderen trat ich auf und berief mich auf Lenin; da sagte Rakosi, daß man uns auch geschlagen habe. Er hatte solche Ansichten." [...]

"Als ich Anfang 1952 von Genossen Kadar einen Brief aus dem Gefängnis erhielt, hatte ich den Eindruck, daß so etwas nur ein echter Mensch schreiben konnte, der wirklich das schreibt, was er denkt. Ich hatte den Mut, auf dem Brief zu schreiben, daß er mir aufrichtig erscheint, und das hatte in jener Zeit schon etwas zu bedeuten. Aber Farkas beschimpfte mich, ich sei naiv. Wenn ich jetzt zurückblicke, dann denke ich, daß ich damals hätte auftreten müssen, aber ich war mir nicht sicher; es war nur so, daß mir das eine oder andere nicht gefiel, daß es mir merkwürdig und verdächtig erschien, daß buchstäblich alle, daß so viele Menschen Verräter sein sollten."

Gerő erzählte, daß er den Prozeß gegen die Sozialdemokraten negativ einschätzte. "Ich bin nicht dagegen aufgetreten, weil ich das in dieser höllischen Atmosphä-

1949/50 erfolgte eine Verhaftungs- und Prozeßwelle gegen Sozialdemokraten in Ungarn. »Immer mehr Gruppen der rechten und auch der ehemaligen linken Sozialdemokraten wurden zu imperialistischen Agenten abgestempelt. Unter der derartigen falschen Anschuldigungen wurden Árpád Szakasits, György Marosán, István Ries und andere Genossen eingekerkert.« (Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962, Berlin 1983, S. 590.) In der CSR erfaßte die politische Säuberung 1948 u.a. »20.000 Sozialdemokraten«; Prozesse gegen sozialdemokratische Funktionäre fanden 1949/50 und 1953/54 statt. »Ihnen fielen viele Dutzende ehemalige Sozialdemokraten, darunter auch der letzte Parteivorsitzende Bohumil Lausmann, zum Opfer.« Wolfgang Maderthaner, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hrsg.): »Ich habe den Tod verdient«. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945-1956, Wien 1991, S. 40, 54.

re nicht in der gebührenden Weise tun konnte, und ich hatte auch nicht die Macht dazu. Wenn ich zurückblicke, dann sehe ich, daß das alles natürlich ein schwerwiegender politischer Fehler war [...]

Ernö Gerö erklärte mehrmals, er habe sich bis zu seiner Ernennung zum Minister des Innern niemals mit Angelegenheiten der Staatssicherheit befaßt, und selbst zur Zeit seines Eintritts in das MdI sei er noch ein Lehrling gewesen. Als wir ihm ein von ihm unterzeichnetes Dokument vorlegten (das war eine genaue Anweisung bezüglich der Untersuchung im Falle Gabor Peter, die Gerö im Januar 1953, d.h. mehr als anderthalb Jahre vor seiner Ernennung zum Minister des Innern, ausgearbeitet hatte), gab Gerö zu, daß er auf Anweisung von Rakosi diesen Fall geleitet habe. Er hatte die Verhaftung veranlaßt und die Offiziere der Staatssicherheit instruiert.

Auf die ihm gestellte konkrete Frage antwortete Gerö: "Ich bin zweifellos verantwortlich als Mitglied, und dazu noch als eines der verantwortlichsten Mitglieder der Leitung. Verantwortlich ist in erster Linie Rakosi, da seine Autorität nicht nur in Ungarn Geltung hatte, sondern auch im internationalen Maßstab, und in diesen Fragen war er einfach besessen. Außerdem wurde er ständig von Farkas angetrieben. Meiner Meinung nach handelte er nicht böswillig, aber er war von Machtgier, von der Gier nach Herrschaft befallen."

Von Rakosi berichtet er, dieser habe sich vor dem Horthy-Gericht "schlecht aufgeführt, weswegen ihm Genosse Dimitroff Vorwürfe machte. Ich habe auch mit Stalin darüber gesprochen. Stalin sagte: Es stimmt, er hat während der Verhöre nach seiner ersten Verhaftung mehr gesagt als nötig. Aber dann hat er sich gut verhalten."

Über Noel Field sagte Gerö, daß es bei ihm viele verdächtige Momente gegeben habe. "Ich hatte den Eindruck, daß er ein Aufklärer der sowjetischen Genossen war. Das war meine persönliche Meinung, als ich sah, daß er ständig forderte, man solle sich in seiner Angelegenheit an das ZK der KPdSU um Informationen wenden."

Hinsichtlich seiner Mitteilung an Rakosi, die von ihm handschriftlich verfaßt war und Verleumdungen gegen den Genossen Kallai enthielt (obwohl sich die Lügenhaftigkeit aller Anschuldigungen herausgestellt hatte, war Gerö in dieser Mitteilung bemüht, die Ehre des Genossen Kallai zu beflecken), gab Gerö zu, daß das ein Fehler war. "Ich bin überzeugt, daß dieser Genosse ein ehrlicher Kommunist ist."

Im Gegensatz zu Rakosi berichtete er, daß er während der Beerdigung des Genossen Dimitroff, an der er auf Anweisung Rakosis teilnahm, dem Genossen Woroschilow zur Information an das Präsidium der KPdSU mitgeteilt habe, daß Genosse Szakaszcz verhaftet werden würde (das war ein Jahr vor seiner Verhaftung).

NOEL HAVILAND FIELD (1904-1972): USA-Bürger, 1926-36 im Dienst des amerikanischen Außenministeriums, 1936-40 offiziell im Rahmen des Völkerbundes tätig, insb. zur Repatriierung der vom Spanischen Bürgerkrieg betroffenen Ausländer, 1940-47 im Unitarian Service Committee zur Rettung vom Faschismus Verfolgter aktiv, 11. Mai 1949 in Prag verhaftet und am Tag darauf nach Budapest gebracht, wo er gemeinsam vom MGB und der ungarischen Staatssicherheit verhört wurde. Als sog. imperialistischer Staragent Strohmännchen für stalinistische Schau- und geheime Nebenprozesse in Ungarn, Polen, der CSR und DDR, in keinem Prozeß als Zeuge aufgerufen, 1954 mit seiner Frau freigelassen, rehabilitiert und entschädigt. Verblieb in Ungarn.

GYULA KÁLLAI (geb. 1910): 1931 Mitglied der KPU, Journalist, 1944 in der Antifaschistischen Unabhängigkeitsfront, seit 1945 Mitglied des ZK der KPU bzw. PWU, 1949-1951 Außenminister, 1951 Festnahme und Verurteilung, 1954 rehabilitiert, Funktionär in der Kulturpolitik, November 1956 Mitglied des Revolutionären Zentrums, seit 1956 Mitglied des Politbüros des ZK der PWU bzw. der USAP.

GEORGI DIMITROFF (1882-1949): verstarb im Juli 1949.

Gerö sagte weiter, daß Stalin, "soweit ich mich erinere, keine Anweisungen unmittelbar zu den Fällen selbst gab, er gab eher politische Ratschläge zu prinzipiellen Fragen. Es kam allerdings vor, daß er sich in ungarische und nichtungarische Angelegenheiten einmischte." Er führte ein Beispiel an, daß sich irgendein Führer über irgendwen beschwert habe; daraufhin hätte Stalin gesagt, daß dieser Mann auf Grund seiner Beschwerde verhaftet werden müsse. Gleichzeitig erwähnt er eine ganze Reihe von Fällen, da er selbst und andere mit Stalin gestritten hätten, Stalin hatte sich überzeugen lassen und erklärt, "das alles müssen die ungarischen Genossen besser wissen."

Nach Meinung Gerös sei Rakosi die Macht zu Kopf gestiegen, außerdem habe er persönlich den Sozialdemokraten mißtraut. Gerö bestätigte die Äußerung Rakosis, es habe mit keinem der verhafteten Kommunisten irgendwelche ernstesten politischen Auseinandersetzungen gegeben, es sei auch nicht das Problem zur Sprache gekommen, daß sie Rakosi als Parteiführer nicht genügend geachtet hätten. "Ich kannte die Verhafteten nicht näher, aber als in der Tschechoslowakei der Fall Svermova aufgerollt wurde, mit der wir vor der Befreiung unseres Landes in Moskau auf einem Korridor wohnten, wurde mir buchstäblich schlecht. Aber ich konnte mit niemandem darüber reden, obwohl ich an die Realität dieses Prozesses keinesfalls glauben konnte."

MARIE SVERMOVÁ (geb. 1902): Gründungsmitglied der KPTsch 1921, während der faschistischen Okkupation Emigration in die UdSSR. Seit 1946 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, 1949 bis zur Verhaftung 1951 Stellvertreter des Generalsekretärs des ZK der KPTsch, Januar 1954 zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt, 1956 Freilassung, 1963 juristisch rehabilitiert.

Was die Rehabilitierungen betrifft, erklärte Gerö, er habe selbst dem Politbüro eine ganze Liste zur Beratung vorgelegt, damit Rakosi sich dem nicht widersetzen konnte, und bei der Überprüfung der Angelegenheiten der Genossen, die in großen unbegründeten Prozessen verurteilt worden waren, zur Eile gedrängt, da er sie für unschuldig hielt. Er gibt nicht zu, daß es bei der Korrektur der Fehler und bei der Rehabilitierung Verzögerungen gab. [...]

In der ersten Unterredung verneinte Gerö das Bestehen "einer Dreiergruppe" (Rakosi, Gerö, Farkas) und einer "Vierergruppe" (Rakosi, Gerö, Farkas und Revay), die Beschlüsse zu den wichtigsten Fragen faßten. Während der zweiten Aussprache, als wir ihm seine Rede vor dem Juni-Plenum des ZK vom Jahre 1953 vorlegten, in der er die Existenz dieser Gruppen zugab, erklärte Gerö: Selbst wenn sie bestanden hätten, so hätten sie doch keine Beschlüsse über Verhaftungen und andere Angelegenheiten der Staatssicherheit gefaßt.

Nach Gerös Meinung kann man bei der Einschätzung der Verantwortlichkeit Rakosis die internationalen Fragen zwar nicht unberücksichtigt lassen, aber man kann auch nicht sie allein verantwortlich machen, weil sich dieser oder jener Führer nicht auf internationale Faktoren berufen kann.



In der bereits erwähnten Instruktion vom Januar 1953 schrieb Ernő Gerő, Gabor Peter sei ein Polizeiagent, ebenso wie sein Stellvertreter Szujcz. Gerő behauptet, er habe das eine Zeitlang geglaubt. Auf die Frage: Wenn die Prozesse von Spionen und Agenten durchgeführt wurden, die unschuldige Menschen verhafteten, weshalb wurden dann diese Dinge nicht gründlicher untersucht? antwortete Gerő: Es tauchte allerdings die Frage auf, daß sie bewußte Schädlinge sind, weil es eine Fülle verdächtiger Momente gab - das sadistische Verhalten von Gabor Peter, materielle Fragen - dann aber sei er zu der Schlußfolgerung gekommen, daß Gabor Peter kein Provokateur ist.

Gerő behauptete, er hätte niemals geäußert, die Rehabilitierung müsse so durchgeführt werden, daß die Autorität von Rakosi und von ihm selbst keinen Schaden erleidet. Das war die internationale Meinung, die auf sie einen Druck ausübte. Im Gegensatz zu Rakosi erklärt er, niemand habe Rakosi die Selbstkritik auf dem Plenum von 1953 diktiert, er habe seine Rede selbst verfaßt. Seiner Meinung nach sei es nicht wahr, daß irgendein anderer Rakosi zu den Todesurteilen veranlaßt habe; es sei nicht wahr, daß Stalin die Anweisung gegeben habe, Rajk zu verhaften. Rakosi habe mit Stalin gesprochen, nachdem Genosse Laszlo Rajk bereits verhaftet war.

Besonders unwahrscheinlich scheint es Gerő, daß Rakosi irgendwelche Ratschläge erhalten habe, abgesehen vom Fall des Genossen Rajk und noch eines oder zwei führender Genossen [...]

### 3. Unterredung mit Istvan Kovacz

[...] Er gab zu, daß er Mitglied der Dreierkommission war, die vom Zentralkomitee mit der Untersuchung des Falls des Genossen Janos Kadar und der anderen, zusammen mit ihm verhafteten Genossen betraut war. Obwohl ihm Zweifel kamen, habe er in dieser Atmosphäre nicht darauf bestehen können, die verhafteten Genossen persönlich anzuhören.

Er gab zu, daß er und die anderen Kommissionsmitglieder einen in der Verwaltung für Staatssicherheit ausgearbeiteten erfundenen Bericht erhalten habe; er habe ihn unterschrieben, ohne irgendwelche Untersuchungen vorzunehmen. "Ich muß sagen, daß ich es für einen Fehler halte [...] Aber immerhin muß man die damalige Atmosphäre berücksichtigen, sie war erdrückend. Erst später, als ich sah, daß alte Parteimitglieder einer nach dem anderen festgenommen wurden und daß auch ich beobachtet werde, begann ich besser zu verstehen, daß die alten Kommunisten schuldlos verhaftet werden."

Kovacz erzählte, Wladimir Farkas habe 1952 bemerkt, daß es keine Beweise gegen Genossen Kadar gebe. Er sei erstaunt gewesen und habe gesagt: "Aber Sie haben doch

»Einer kniete auf meinem Rücken, ein anderer setzte sich rittlings auf meinen Rücken, zwei hielten meine Füße hoch, und der Gummi-knüppel sauste nieder. Nach zweimal fünfundzwanzig Schlägen rollten sie mich aus dem Teppich und zwangen mich mit Tritten, Faustschlägen und Hieben in den Nacken, im Kreis zu laufen. Inzwischen war der fünfte Mann verschwunden, aber als die anderen mich von neuem in den Teppich gerollt hatten, erschien er wieder mit einem Löffel voll Salz. Mit einem Taschenmesser zwangen sie meine zusammengebissenen Zähne auseinander und stopften mir das Salz in den Mund.«  
Szász: Freiwillige für den Galgen, a.a.O., S. 30/31.

WLADIMIR FARKAS: Sohn von Mihály Farkas, führte die Untersuchung gegen Kadar.  
»Oberst Szűcs empfang

mich. Er bot mir einen Stuhl vor seinem Schreibtisch an, setzte sich selbst auf den Tisch und ließ seine Beine baumeln. ... »Aber die Partei will Ihnen Gelegenheit geben, diese Fehler alle wieder gutzumachen und der Sache der internationalen Arbeiterklasse einen Dienst zu erweisen. Die Partei bittet Sie sogar darum. Begreifen Sie, was das heißt? Die Partei bittet Sie! Ist es üblich, daß die Partei bittet? ... Die Partei fordert sie auf, die Lage zu begreifen ... Wir müssen das Protokoll der Gegenüberstellung mit Rajk dann noch erweitern. Wissen Sie, wir müssen es politisieren. Das muß politisch mehr hinwachsen, wir müssen es kompromittierender machen. Ich kann sie beruhigen: Rajk wird alles zugeben.« Szász: Freiwillige für den Galgen, a.a.O., S. 210ff.

»Der Prozeß enthüllte ein weitverzweigtes Spionagenetz, dessen Fäden zu dem Verräter Tito und seinem Gestapochef Rankowitsch und darüber hinaus zu den Geheimdiensten des amerikanischen und englischen Imperialismus führten. Aus den Aussagen der Angeklagten ergab sich ein ungeheuerliches Komplott der amerikanischen Kriegshetzer und ihrer Marionetten in Belgrad

selbst die Untersuchung geleitet.« Obwohl er davon wußte, habe er nichts dagegen getan. »Ich habe nichts getan, weil, wenn ich irgend etwas gesagt hätte, er das sicher zehn Minuten später weitergegeben hätte.«

»Im Januar 1953 hatte ich den Auftrag, an der Vernehmung Gabor Peters und seiner Mittäter teilzunehmen. Drei Tage lang nahm ich teil, und dann wurde mir schlecht, als ich hörte, welche Anweisungen gegeben wurden: wie die Leute geschlagen werden müssen, und als ich sah, mit welchen Methoden sie arbeiten. Da empörte ich mich und sagte, ich werde nicht mehr teilnehmen, und dann wurde ich abgelöst.« [...]

Weiter sagte er: »Ich habe am XX. Parteitag teilgenommen. Ich kehrte am Tage des März-Plenums (März 1956) mit einem Sonderflugzeug nach Hause zurück und hörte auf dem Plenum mit Erstaunen, daß der Bericht ganz anders war, als wir es abgesprochen hatten. Ich habe nichts gesagt, und auch die anderen Mitglieder des Politbüros schwiegen - so war die Atmosphäre.

Über seine Tätigkeit als Vorsitzender der Kommission, die mit der Untersuchung der von Mihay Farkas begangenen Gesetzesverletzungen betraut war, berichtet Kovacz: »Ich war Vorsitzender der Kommission und war bemüht, die Angelegenheit ehrlich und gewissenhaft zu untersuchen, wir waren jedoch der Meinung, daß die Frage der Verantwortlichkeit Rakosis gar nicht aufgeworfen werden darf. Das hatte man uns auch geraten.«

»Die Fehler begannen nicht 1948, sondern viel früher. Im Februar 1945 stand auf dem Parteiaktiv die Frage der Teilnehmer an der Revolution von 1919, und obwohl es nötig war, das Sektierertum zu bekämpfen, haben wir in Wirklichkeit den Schlag gegen die Veteranen geführt und sie allmählich überall hinausgedrängt.«

»Auf den Sitzungen des Politbüros oder des Sekretariats haben wir kein einziges Mal die Verhaftung dieses oder jenes Genossen behandelt, das ging immer so vor sich: ein Mensch wurde verhaftet, dann wurde ein Protokoll fabriziert, und dann machte man uns schwere Vorwürfe, daß wir früher nichts bemerkt hätten.«

»Wie sehr ich mich schuldig fühle? Als der Fall Rajk begann, der mein Freund war, war ich erschüttert, und das währte so lange an, bis sie vor Gericht selbst frei ihre Schuld zugaben. Ich fühle mich insofern schuldig, als ich keine persönliche Vernehmung der Genossen forderte, weil, wenn sie vor dem Politbüro ausgesagt hätten, ihr Leben zu retten gewesen wäre, wir wären dann nicht so weit gegangen.«

»Die Dreiergruppe faßte Beschlüsse, einzelne Führer litten an Verfolgungswahn, niemandem schenkte man Vertrauen.«

Über Rakosi sagte Kovacz ferner, dieser habe sich eine zeitlang wie ein Wahnsinniger gebärdet, selbst seine

nächsten Vertrauten, auch ihn, Kovacz, habe er mit einer Pistole in der Tasche und einem Revolver auf dem Tisch empfangen.

Kovacz sagt, Rakosi und seine Umgebung hätten in der Partei eine "Salami-Taktik" eingeführt.

"[...] Ich habe einen Fehler gemacht, als ich nicht im Zentralkomitee auftrat, nachdem ich sah, daß der Standpunkt des Politbüros falsch ist, und nicht gesagt habe: So und so, Genossen, das ist ein Fehler, hören wir damit auf! Ich dachte, wir würden die Einheit untergraben oder es kommen Unstimmigkeiten im Politbüro zur Sprache. Denn 1955-56 haben mir alte Genossen, ehemalige Illegale, mehr als einmal gesagt, daß ich blind geworden sei, ob ich denn nicht sehe, wohin wir gehen. Ich habe die Einheit der Partei schlecht verteidigt. Es gab bei uns eine falsche, eine Pseudo-Einheit." [...]

#### Zusammenfassung

In allen drei Fällen, besonders aber bei Rakosi und Gerö, ist klar, daß sie ihre Verantwortung für die Verletzung der Gesetzlichkeit nur formal anerkennen.

Ebenso wie Gabor Peter und Wladimir Farkas in schriftlichen Aussagen und Dokumenten die ganze Verantwortung für ihre konkreten Handlungen auf Rakosi, Gerö und Farkas - die Mitglieder der "Dreiergruppe" abwälzen, machen einzelne Mitglieder der "Dreiergruppe" (Gerö und Farkas) Rakosi für alles verantwortlich; und Rakosi wälzte in der Unterredung, die ständig von Wutausbrüchen unterbrochen wurde, neben einem formalen Eingeständnis seiner Verantwortung, alles auf Stalin ab. Voller Empörung weist Rakosi selbst den Gedanken daran zurück, daß es für ihn überhaupt irgendwelche Gewissensprobleme mit den unermeßlichen Leiden geben könne, die er dem ungarischen Volk zugefügt hat. [...]

Budapest, 15. August 1962

gez. György Acel

Sandor Nogrady

gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Das Ziel dieses Komplotts war der Sturz der volksdemokratischen Ordnung nicht nur in Ungarn, sondern auch in den anderen volksdemokratischen Ländern, sowie die Vorbereitung des imperialistischen Überfalls auf die sozialistische Sowjetunion.« Kurt Hager: Vorwort (29. Okt. 1949), in: László Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht, Berlin 1950, S. 3.

GYÖRGY ACZÉL (geb. 1917): 1935 Mitglied der KPU. Nach 1945 Provinzsekretär der KPU. 1949 inhaftiert und verurteilt, 1954 rehabilitiert, nach 1956 Mitglied des Politbüros des ZK der US-AP, enger Mitarbeiter Kádárs, Vertreter einer liberalen Kulturpolitik.

SANDOR NOGRADY: keine Angaben zu ermitteln.

# INGRID MATTERN, HENNING BÖSHERZ

## Eine sozialistische Verkehrspolitik für Sachsen

Analysen, Folgerungen, Vorschläge

In den westlichen Industrieländern sind der Verkehr und seine Auswirkungen längst zu einer Bedrohung für Mensch und Natur geworden. An dieser Entwicklung hat insbesondere und für jeden am deutlichsten sichtbar die Ausweitung des Straßenverkehrs ihren Anteil. In Sachsen wie in den anderen neuen Bundesländern führte die seit 1990 ungehemmte Motorisierung zu absolut untragbaren Zuständen, was z.B. die Lebensqualität in den Städten und Ortschaften entlang der Bundesfernstraßen und die Luftqualität im Dresdener Talkessel betrifft. Die von Bund und Freistaat favorisierten Konzepte laufen auf den untauglichen Versuch hinaus, die steigende Motorisierung durch einen entsprechenden Ausbau der Infrastruktur zu bewältigen. Demgegenüber zeigen die inzwischen jahrzehntelangen Erfahrungen aus den alten Bundesländern, daß extensiver Straßenausbau nur noch mehr Autoverkehr hervorruft.<sup>1</sup>

Ingrid Mattern – Jg. 1964;  
Elektromontierer, Studentin  
der Germanistik,  
Mitglied des Sächsischen  
Landtages, verkehrspoliti-  
sche Sprecherin der PDS-  
Fraktion.

Das vor allem in Städten nach wie vor anwachsende Straßenverkehrsaufkommen, die bereits eingetretene und prognostizierte überproportionale Zunahme des Straßengüterverkehrs sowie die kommende Regionalisierung der Nebenstrecken der Deutschen Bahn AG mit all ihren Konsequenzen – wie z.B. die Verabschiedung von Landesgesetzen über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – machen eine grundsätzliche Neuorientierung in der Verkehrspolitik erforderlich.

Erste Festlegungen dazu sind bereits im gültigen Landesentwicklungsplan für den Freistaat Sachsen getroffen. Hier finden sich wohlklingende Aussagen zur Förderung von Schienenpersonenahverkehr (SPNV), ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sowie Bekenntnisse zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Er enthält indes auch Maßnahmen, die den weiteren Ausbau umweltschädlicher Verkehrsformen zulassen. Trotz der positiven Aussagen bleibt der Plan daher hinter den Erfordernissen zurück, ist alles in allem unkonkret und inkonsequent.

Um dies zu ändern, muß der Verkehr und seine zukünftige Entwicklung aufhören, Gegenstand vor allem betriebswirtschaftlicher Überlegungen zu sein. Es geht darum, ihn unter volkswirtschaftlichen, sozialen, ethischen, psychologischen und nicht zuletzt ökologischen Aspekten zu sehen und seine Rolle und Folgen umfassend einzuschätzen. Die PDS hat deshalb einen Antrag zu Grundsätzen künftiger Verkehrspolitik in Sachsen erarbeitet und der Öffentlichkeit zugeleitet, in dem versucht wird, diesen Forderungen gerecht zu werden.

### *Neokonservative Verkehrspolitik ohne Zukunft*

Der Begriff »konservative Verkehrspolitik« bezeichnet ein politisches Konzept, das bis etwa Anfang der achtziger Jahre in der Alt-BRD mit der fast ausschließlichen Förderung des Straßen- und Luftverkehrs verfolgt wurde.<sup>2</sup> Die »neokonservative Politikvariante« hat es – vor allem unter dem Druck der ökologischen Bewegung – vermocht, den Eindruck zu erwecken, man habe die Zeichen der Zeit erkannt und setze nun auf eine Umkehr zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsformen. Ihre Entsprechung findet diese Konzeption in der Programmatik der regierenden Parteien, die vor allem zu passenden Anlässen wie vor Wahlen usw. herausgestellt werden. Die praktische Politik (insbesondere auf Bundes- und Landesebene) bleibt jedoch weit hinter derartigen Sonntagsreden zurück – an der Bevorzugung des Straßen- und Luftverkehrs hat sich nichts geändert.<sup>3</sup>

Die gegenwärtig einzig verfügbare Planungsgrundlage für Sachsen ist der Landesentwicklungsplan (LEP). Der seit Jahren angekündigte Landesverkehrsplan steht noch aus. In seiner Gesamtheit betrachtet – d.h. nicht nur beschränkt auf unmittelbare Aussagen zum Verkehr (Kapitel VII) – sind die verkehrspolitisch relevanten Aussagen des LEP voller Unkonkretheiten, Unausgewogenheiten, Hintertüren und Kniefälle vor der alles dominierenden »wirtschaftlichen Effizienz«. So wird beispielsweise eine Siedlungspolitik postuliert, die Splittersiedlungen verhindern soll, ohne verbindliche Formulierungen und (bisher) ohne den erforderlichen Rechts- und Planungsrahmen. Die Aussagen über großflächige Einkaufszentren (über 700 m<sup>2</sup>) außerhalb der Stadtzentren sind so unverbindlich, daß deren Errichtung faktisch überhaupt nicht wirksam reguliert wird.

Es fehlen Aussagen zu den verschiedenen Zweigen der verarbeitenden Landwirtschaft, die zwar stark zurückgegangen ist, in der aber die meisten Arbeitsplätze im ländlichen Raum bestehen und die natürlich auch kurze Transportwege ermöglicht. (Die heute übrig gebliebenen großflächigen Ackerbaubetriebe in Sachsen arbeiten – mit hohem Mechanisierungsgrad – hocheffizient, setzen aber in Produktion und Absatz weiträumige Transporte voraus.)

Allein an diesen Beispielen – Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft – wird deutlich, daß es der CDU mit ihrer neokonservativen Politik nicht gelungen ist, ein Konzept zur nachhaltigen Entwicklung der Regionen zu erstellen, das den akuten Problemen gerecht wird.

### *Ausgangspunkte ...*

Die von der PDS vorgestellten verkehrspolitischen Grundsätze begreifen dagegen Verkehr als in beinahe jeden Bereich von Gesellschaft und Produktion hineinreichenden Faktor, der sowohl Folge dortiger Strukturen ist, aber auch zur Ursache von Problemen werden kann. Sie bekennen sich ausdrücklich zur Rolle der Politik, die Rahmen setzen und gestaltend wirken soll.

Solche Ansätze werden, zumal wenn sie von der PDS geäußert werden, oft als »Dirigismus« abgetan, obwohl doch der regierende bürokratische Dirigismus mit seinen undurchschaubaren Regelun-

Henning Bösherz – Jg. 1968; Dipl.-Ing. des Verkehrswesen; Verkehrspolitischer Berater der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen, Sprecher der ADELE – Ökologische Plattform bei der PDS Sachsen.

»Der ÖPNV ist als Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) und als Element sozial integrierender Daseinsfürsorge für alle Menschen auszubauen und zu fördern. Das heißt, der ÖPNV ist kein Verkehrsmittel für Randgruppen, sondern als vollwertiges Verkehrsangebot anzusehen...«

Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

gen in Justiz, Steuer-, Verwaltungs- und Planungsverfahren heute jegliche zukunftsweisenden Handlungen hemmt. Für den Verkehrsbereich sei nur an das Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren und die Umweltverträglichkeitsprüfung erinnert.

Ausgehend von den obengenannten Prämissen beruhen die Grundsätze auf dem Konzept regionaler Wirtschaftskreisläufe und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Dies erfordert die Durchsetzung eines qualitativ neuen Wachstums- und Wohlstandsmodells, in dem die Pro-Kopf-Verbräuche der Industrieländer bei Schlüsselressourcen – wie z.B. fossilen Energieträgern – drastisch reduziert werden (müssen). Wesentliche Schritte auf diesem Weg könnten erstens durch die Korrektur und Erweiterung bestehender ökonomischer Regelungen, z.B. zur Internalisierung von Umweltkosten in die Produktionskosten, und zweitens über eine ökologische Steuerreform gegangen werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wären drittens aber auch eine Umorientierung im Konsum (weg von energie- und verschmutzungsintensiven hin zu langlebigen, qualitativ hochwertigen Produkten) und viertens eine verstärkte Umweltbildung, die die Motivation zu umweltbewußtem Handeln fördert.<sup>4</sup>

Diese Schritte sind notwendige Bedingungen auf dem Wege in eine neue Gesellschaft. Sie lassen sich durchaus system- (also kapitalismus-)konform umsetzen und sind insofern für den neuen Gesellschaftstyp des demokratischen Sozialismus noch nicht hinreichend. Dies ist keine Schwäche des Konzepts, sondern fußt auf der Erkenntnis, daß der Ausgangspunkt aller Veränderungen das hier und jetzt ist und nicht irgendeine ferne Utopie. Die verkehrspolitischen Grundsätze sind daher nichts anderes als die Umsetzung der sozial-ökologischen Programmatik der PDS auf dem Verkehrssektor für den Freistaat Sachsen.

... *Inhalte* ...

*Erstens* geht es darum, Verkehr zu vermeiden. Um eine fortschreitende, durch den Verkehr hervorgerufene Umweltzerstörung zu verhindern, muß eine komplexe und abgestimmte Wirtschafts-, Siedlungs- und Infrastrukturplanung durchgesetzt werden. In diesem Konzept kommt der Region als wirtschaftlichem Funktions- und sozialem Lebensraum zentrale Bedeutung zu. («Region« bezeichnet dabei einen Wirtschaftsraum, in dem die Entfernung der erforderlichen Transporte 50 km möglichst nicht überschreitet.) Steuer- und abgabenpolitische Instrumente sind so einzusetzen, daß insbesondere der Güterfernverkehr unattraktiv wird und statt dessen regionale Anbieter begünstigt werden. Die Funktionen einer Stadt – Wohnen, Arbeiten, Lernen, Versorgen, Erholen – müssen zusammengeführt werden. Weiträumiger Siedlungsbau außerhalb urbanisierter Verdichtungsräume, Einkaufszentren außerhalb zentraler Orte sowie die Neuerschließung von Gewerbegebieten außerhalb von Ortschaften trotz vorhandener Altstandorte sind nicht zuzulassen.

Es liegt auf der Hand, daß solche Forderungen einen erheblichen Regelungsbedarf nach sich ziehen und sich teilweise nicht mehr systemkonform verwirklichen lassen. So spricht sicherlich die

»Funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe und Sozialstrukturen sind geeignet, massenhaften Fernberufs- und Güterfernverkehr gar nicht erst aufkommen zu lassen. Güter des täglichen Bedarfs, vor allem Nahrungsmittel, sollen in einer Region produziert, verarbeitet und auch verbraucht werden.«  
Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

Nichtzulassung von neuen Gewerbegebieten bei vorhandenen, aber zu sanierenden Altstandorten jeder betriebswirtschaftlichen Rechnung Hohn. Helfen könnte hier eine Art »ökologische Bodensteuer«: Gewerbestandorte auf bisher anders genutzten Flächen (Feld, Wald, naturnahe Räume, Brachen) werden nicht prinzipiell verboten, in Abhängigkeit ihres bisherigen Zustandes aber stark besteuert, so daß z.B. für bisherige landwirtschaftliche Nutzflächen Abgaben in einer solchen Höhe entrichtet werden müssen, daß damit die Sanierung eines vorhandenen Standorts möglich wäre.

Zweitens geht es darum, umweltverträgliche Verkehrsformen zu fördern. Dabei werden unter umweltverträglichen Verkehrsformen jene gefaßt, die bezüglich Flächen- und Energieverbrauch sowie Schadstoffausstoß – bei vergleichbaren Transportmengen und -weiten – deutlich günstiger sind. Als solche Verkehrsformen können der Fuß- und Fahrradverkehr, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Eisenbahnverkehr, beim Güterverkehr auch die Binnenschifffahrt gelten, während Straßengüterfernverkehr, motorisierter Individualverkehr (MIV) und Flugverkehr den umwelt-schädlichen Verkehren zugeordnet werden müssen.<sup>5</sup>

In Städten und Verdichtungsräumen, wo die Verkehrsprobleme besonders aus dem massenhaften MIV erwachsen und am dringendsten einer Lösung bedürfen, steht ein Maßnahmenbündel im Vordergrund, das vor allem in den Innenstädten auf zusammenhängende Fußgängernetze und -zonen orientiert. Außerhalb dieser Bereiche sind die Fußwege ausreichend breit und frei von Barrieren jeglicher Art zu gestalten. Ähnliches gilt für den Fahrradverkehr, für den ein zusammenhängendes Wegenetz geschaffen werden muß. Dabei geht es nicht in jedem Fall um separate Radwege, für die weitere Flächen versiegelt werden müßten, sondern darum, in den Innenstädten auf allen Straßen die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen; das Straßennebennetz ist zudem so umzugestalten, daß möglichst keine Durchgangsstraßen verbleiben. Dies kann z.B. durch ein Einbahnstraßensystem, mit Barrieren (z.B. Pollern) in Kreuzungsbereichen, geschehen. Da die Barrieren auf Kreuzungen einen solchen Abstand hätten, daß Radfahrer hindurchfahren könnten, wären die Einbahnstraßen für Radfahrer in beiden Richtungen frei. Durch die allgemeine Geschwindigkeitsabsenkung würde zudem die Sicherheit für Radfahrer erhöht.<sup>6</sup>

Bei der Ausgestaltung der Fußgängerbereiche ist auf die Belange von Menschen mit Behinderungen besonderes Augenmerk zu legen. Da Fuß- und Radverkehr die in der Regel kurzen Entfernungen in den Innenstädten<sup>7</sup> bequem bewältigen können, haben diese beiden ausgesprochen ressourcenökonomischen Verkehrsarten absolute Priorität.

Viele dieser Ideen sind übrigens in holländischen Städten seit Jahren Realität. Auch in Städten der Schweiz – von Zürich über Schaffhausen bis hin zur Kleinstadt Frauenfeld – wurden positive Erfahrungen mit der Umgestaltung des Straßennebennetzes gemacht, die u.a. dazu geführt haben, daß die Anzahl der neu zugelassenen Privat-Pkw in den letzten Jahren merklich zurückging.<sup>8</sup> Auch konnte die Befürchtung, durch solche Maßnahmen nähme der Handel in den Innenstädten Schaden, nicht belegt werden.

»Das Zu-Fuß-Gehen ist als umwelt- und sozialverträglichste Verkehrsart in den Städten zur vorrangigen Art der Fortbewegung zu entwickeln. Die Stadtstrukturen sind so zu entwickeln, daß die Mehrzahl der Wege zu Fuß durchgeführt werden kann.«  
Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

»In den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau und Görlitz sind die Straßenbahnnetze zu erhalten und auszubauen.«

Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

»Für die Verbindungen sowohl im ländlichen als auch im verdichteten Raum sind vom Land Mindeststandards festzulegen. Diese müssen sowohl Mindestanforderungen an die Häufigkeit der Verkehrsbedienung als auch Erreichbarkeitsanforderungen enthalten.«

Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

Wenn der MIV deutlich zurückgehen soll, dann ist ein dichter, schneller und preislich attraktiver ÖPNV unverzichtbar. Die Netze des ÖPNV, insbesondere die der Straßenbahnen, müssen erhalten und ausgebaut werden. Vor allem aber muß der ÖPNV als Element sozial integrierender Daseinsfürsorge begriffen werden! Er ist kein Verkehrsmittel für Randgruppen, sondern ein vollwertiges Verkehrsangebot. Soziale Integration meint dabei insbesondere, daß auf den ÖPNV angewiesene Bürgerinnen und Bürger nicht benachteiligt und umgekehrt MIV-Nutzer nicht bessergestellt werden dürfen. Der ÖPNV stellt also eine politische Pflichtaufgabe von hoher Brisanz dar und kann nicht länger ausschließlich betriebswirtschaftlichem Kalkül unterworfen bleiben.<sup>9</sup>

Neben Straßenbahnen, die das Rückgrat des städtischen ÖPNV bilden sollten, könnten Buslinien diesen weiter verdichten und ergänzen und vor allem Verbindungen in die Außenbezirke herstellen. In den Großstädten Sachsens wären zudem S-Bahnen oder adäquate Angebote aufzubauen, wobei die Einrichtung von Verkehrs- und Tarifverbänden geeignet wäre, für die Fahrgäste Übersichtlichkeit und Praktikabilität zu erhöhen.

Für den Verkehr im Umland der Städte sowie im ländlichen Raum bieten sich vor allem Buslinien an, die alle Gemeinden und Ortsteile an das öffentliche Verkehrsnetz anbinden. Im Einzugsbereich von Schienenstrecken ist die Hauptlast des Vorort- und Regionalverkehrs auf diese zu verlagern. Der Regionalverkehr müßte dann auf die zentralen Orte ausgerichtet werden und wäre optimal mit den anderen Verkehrsträgern zu verknüpfen, was vor allem kurze Übergangswege an den Schnittstellen ÖPNV/ÖPNV sowie Bike & Ride-, in bestimmten Maße auch Park & Ride-Anlagen voraussetzt. In siedlungsschwachen Räumen sind flexible Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxis und Bürgerbusse schrittweise einzuführen und in das Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs zu integrieren. Dies setzt eine entsprechende Koordination der Verkehrswünsche und der verfügbaren Fahrzeuge einerseits wie auch eine ausgebaute Kommunikationsinfrastruktur andererseits voraus. Als Ersatz bestehender Buslinien werden sie abgelehnt, solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Aus den spezifischen Gegebenheiten in Sachsen resultiert das besondere Gewicht des Eisenbahnregionalverkehrs. Sachsen hat das dichteste Eisenbahnnetz aller deutschen Bundesländer, wozu viele noch vorhandene Nebenbahnen beitragen. Nun ist oft zu hören, daß gerade diese Nebenbahnen »sich nicht rechnen«, zu langsam und technisch veraltet sind und in der Linienführung wie auch in der Lage der Bahnhöfe zu den Ortschaften nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Jedes dieser Argumente scheint, für sich genommen, nachvollziehbar und somit richtig, läßt aber einige Überlegungen außer acht. Der heutige mangelhafte Zustand dieser Strecken ist allerdings direkte Folge verfehlter Politik in der DDR wie auch in der Alt-BRD. Während in der Vergangenheit immer mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wurden, wurden die Nebenstrecken nur unzureichend erhalten. Sie wurden »auf Verschleiß« gefahren, so daß sie eines Tages zwangsläufig für die Fahrgäste hinsichtlich Komfort und Reisezeit unzu-



mutbar werden mußten. Stilllegungen in Ost wie in West waren die Folge.<sup>10</sup>

In der Schweiz wurden dagegen andere Wege eingeschlagen. Eine Vielzahl von Kantonal- und Privatbahnen waren ob ihrer Größe und der relativ genauen Kenntnis der Beförderungswünsche sehr wohl in der Lage, Nahverkehr zu wirtschaftlichen Bedingungen auf akzeptablem Niveau anzubieten. Zudem verhindert der in der Schweiz verwurzelte Mechanismus der Volksabstimmungen, daß Nebenbahnen »von Amts wegen« stillgelegt werden können. Dieses Beispiel kann (und wird hoffentlich) Schule machen bei der Regionalisierung der Nebenbahnen in Deutschland: Kleine, überschaubare Eisenbahnunternehmen könnten in Zusammenarbeit mit den Landkreisen oder den Ländern attraktive und preiswerte Nahverkehrsleistungen auf der Schiene anbieten.

In diesem Zusammenhang muß jedoch insbesondere auf das – auch in Sachsen vielgepriesene – »Park and Ride«-Modell (P&R) kritisch Bezug genommen werden. Bei diesem handelt es sich um eine Scheinlösung: durch Zugeständnisse an die Autofahrer sollen neue Fahrgäste für den öffentlichen Verkehr gewonnen werden. Sie fahren vor bis an den nächsten Bahnhof (oder an einen anderen ÖPNV-Zugang) und steigen dann um. Tatsächlich aber zeigt sich, daß nach der Einrichtung von P&R-Plätzen Fahrgäste, die bisher zu Fuß oder mit dem Bus zur nächsten Bahnstation gelangten, auf das Auto umstiegen. Außerdem ist P&R ineffektiv; wenn die Parkplätze für etwa 100 Pkw ausgelegt werden, kann damit lediglich der Zuwachs des Autoverkehrs von wenigen Monaten auf die Bahn verlagert werden. Andernfalls wären Parkplätze in der Größe mehrerer Dutzend Fußballfelder erforderlich.<sup>11</sup>

Für den Fernreiseverkehr ist der Ausbau vorhandener Strecken, sind maßvolle Korrekturen und Ergänzungen oft sinnvoller als der Neubau von Hochgeschwindigkeitsstrecken. Die Verbindungen zwischen den Großstädten innerhalb und außerhalb Sachsens sind dabei vorrangig auszubauen und zu fördern, da sie Bestandteile des europäischen und deutschen Fernverkehrs bilden. Der Einsatz von Neigetechnik- und Wendezügen könnte auf den Ausbaustrecken Fahrzeitverkürzungen ermöglichen. Aus sächsischer, aber auch ostthüringer Sicht ist die Neubaustrecke Erfurt – Lichtenfels zu verwerfen. Stattdessen sollen die vorhandenen Strecken Halle/Leipzig – Zeitz – Gera – Mehltheuer, – Gera – Elstertal – Plauen – Bad Brambach sowie Leipzig/Dresden – Plauen – Hof ausgebaut (möglichst durchgehend zweigleisig), elektrifiziert und mit moderner Sicherungstechnik ausgerüstet werden. Nicht nur für den Fernreiseverkehr, sondern auch für den Schienengüterverkehr wären dann mehrere Nord-Süd-Verbindungen vorhanden. Zudem werden mehrere Verbindungen statt nur einer »Hochleistungsstrasse« auch der Forderung nach Engmaschigkeit des Schienennetzes gerecht. Als konkrete Folgerung aus diesem Teil der verkehrspolitischen Grundsätze wird von der PDS gegenwärtig ein Konzept für die RegionalExpress-(RE-)Züge in Sachsen erarbeitet. Bei der Beachtung von Sachsens Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur – Polyzentralität, überdurchschnittlich viele Städte kleiner und mittlerer Größe – und der Dichte seines Eisenbahnnetzes ist die Erschließung mit nur fünf

»Der Eisenbahnfernverkehr hat Priorität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr und dem Flugverkehr und ist dementsprechend auszubauen und zu fördern. Übergänge zum ÖPNV und zum Regionalverkehr sind zu berücksichtigen. Die Angebote des Eisenbahnfernverkehrs und des Schienenpersonen-nahverkehrs sind zum »Integralen Taktfahrplan« zu verknüpfen.«  
Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

vertakteten RE-Linien den Möglichkeiten, die die Infrastruktur bietet und den Wünschen nach direkter Durchbindung mehrerer Ortschaften zum Regionalzentrum nicht angemessen.

Auch für den Güterverkehr gilt es, einen Mix aus verschiedenen Transportformen anzustreben. Der Güterkraftverkehr soll vorrangig der Sammlung und Verteilung im Nahbereich vorbehalten bleiben. Damit die Schiene künftig wieder flächendeckend präsent sein kann, sind noch vorhandene bzw. schon geschlossene Gütertarifpunkte zu erhalten. Das betrifft sowohl Gleisanlagen als auch die Güterhallen. Zudem wäre die auch mit der Bahnreform noch immer nicht beseitigte Benachteiligung der Schiene, die nach wie vor als einziger Verkehrsträger für alle Kosten selbst aufkommen muß, zu beseitigen durch die Verteuerung des Straßengüterschwerverkehrs durch Steuern (oder noch besser: zweckgebundene Abgaben). Technologien des kombinierten Ladungsverkehrs (KLV) wie Containertransport, die »Rollende Landstraße« (RoLa) oder Roadrailer (spezielle Sattelaufleger, die für den Bahntransport durch besondere Drehgestelle verbunden werden) wie auch die dazugehörigen Terminals sind mehr als bisher zu entwickeln und zu fördern.

Dabei dürfen aber auch die Probleme nicht übersehen werden. Auch die Ideen des KLV gehen von der Bewältigung von Verkehrsströmen aus und laufen insofern dem Prinzip der Verkehrsvermeidung zuwider. So wurde z.B. die RoLa meist dort eingeführt, wo es (vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr) auf der Straße zu akuten Engpässen kam bzw. wo Straßen für den Schwerverkehr gesperrt wurden (wie im Falle der Brenner-Autobahn vor wenigen Jahren). Auch wird bei Straße-Schiene-Kombinationen im Vergleich mit dem »richtigen« Schienengüterverkehr zuviel Totmasse befördert. Dazu kommt, daß die KLV-Terminals derzeit größtmäßig ausufern. Anlagen wie in Hamburg-Billwerder oder auch die für Sachsen geplanten drei Standorte bei Leipzig, Dresden und Chemnitz/Zwickau haben nicht nur ihrer Größe und Kapazität wegen, sondern auch ihrer weiten Entfernung untereinander eine hohe Konzentration von Lkw-Verkehr zur Folge.

Demgegenüber setzt das Konzept der PDS auf viele kleine Terminals und darauf, daß solche Technologien wie RoLa oder Roadrailer nur eine untergeordnete Rolle im gesamten Eisenbahngüterverkehr spielen. Vielmehr sollen der Ladungs- und Stückgutverkehr neben dem Transport von Schüttgütern und dergleichen wieder verstärkt zum Zuge kommen, natürlich vor allem über weite Strecken. Kurz, die Eisenbahn soll wieder zum Rückgrat des Gütertransports werden und nicht »Bediener« des Straßengüterverkehrs sein.

Große Bedeutung für den Gütertransport kommt auch der Binnenschifffahrt auf der Elbe zu. Dies betrifft insbesondere Bau- und Brennstofftransporte aus der Tschechischen Republik. Die Elbehäfen in Torgau, Riesa und Dresden wären deshalb ebenfalls zu modernen Terminals auszubauen, wobei ein Ausbau der Elbe, insbesondere die Anlage von Staustufen, für die PDS nicht in Frage kommt. Das verkehrspolitische Konzept orientiert vielmehr auf Schiffsgrößen, die ein Befahren der Elbe bis hin zu einem niedrigen Wasserstand ermöglichen.

Über den sächsischen Raum hinaus reichen einige spezielle Probleme des modernen Güterverkehrs, die hier nur kurz umrissen werden können. Insbesondere geht es dabei um den Einsatz von sogenannten Logistik- oder »just in time«-Zügen und das von Großkonzernen praktizierte »global sourcing«. In beiden Fällen handelt es sich um die effektivitätssteigernde Verknüpfung von räumlich weit auseinanderliegenden Produktionsketten. Einerseits soll über die deutliche Senkung der Lagerhaltungskosten und andererseits über die Ausnutzung niedriger Lohnniveaus in anderen Weltregionen der Produktionsprozeß effektiviert und vor allem die Kostensituation verbessert werden. Dies kann mit transportintensiven Strategien jedoch nur solange tatsächlich erreicht werden, wie die Verkehrskosten nicht maßgeblich ins Gewicht fallen.

Weitere drängende Probleme resultieren aus dem sogenannten Güterstruktureffekt. Damit ist gemeint, daß Industriegüter zwar tendenziell kleiner werden, jedoch (da sie zunehmend mit Elektronik- und High-Tech-Komponenten ausgestattet sind) äußerst empfindlich und sehr teuer sind. Daher kommen sie ladungstechnisch für einen Bahntransport immer weniger in Frage.

Obwohl es sich bei den zuletzt aufgeworfenen Fragen um Probleme handelt, die weit über die Reichweite sächsischer Verkehrspolitik hinausgehen und die z.T. eher im wissenschaftlich-technischen Bereich angesiedelt sind, ist es auch Aufgabe der Landespolitik, Rahmenbedingungen zu setzen. Werden z.B. keine Anreize für Innovationen im Bereich intelligenter Verladungstechnologien für den Bahnverkehr geschaffen, dann bleibt der ökologisch sinnvolle Bahntransport weit hinter den Möglichkeiten und vor allem den Erfordernissen der Zeit zurück.

*Drittens* geht es darum, umweltschädliche Verkehre einzuschränken. Selbst wenn alle Möglichkeiten zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung ausgenutzt und umgesetzt würden, können bestimmte Transport- und Beförderungsaufgaben nur per Lkw, Pkw oder Flugzeug sinnvoll bewältigt werden. Das eigentliche Problem liegt hier keineswegs bei den Ver- und Entsorgungstransporten in Städten und Gemeinden oder bei Sonderverkehren, wie Fahrdienste für Menschen mit Behinderungen, Notarztwagen, Feuerwehren und dergleichen – im Gegenteil: Gerade weil diese ungehindert fahren sollen, muß der individuelle Pkw-Verkehr zurückgedrängt werden. Die Einschränkung der umweltschädlichen Verkehre steht im Zusammenhang mit dem Prinzip der Verkehrsvermeidung, also der Reduzierung der absoluten Transport- und Beförderungsleistung, und der Verbesserung der Bedingungen für umweltverträgliche Verkehrsformen.

Im Bereich des Straßenverkehrs ist der Bau neuer und die Erweiterung bestehender Fernstraßen (mehr Fahrspuren, höhere Tonnage) ein verfehlter Ansatz. Die dafür vorgesehenen Mittel wären wesentlich sinnvoller für die Förderung umweltverträglicher Verkehrsformen sowie den Erhalt des bestehenden Straßennetzes zu verwenden.<sup>12</sup> Für Autobahnen und für Landstraßen sind Höchstgeschwindigkeiten festzulegen, die sich nach Anlage, Zustand und Übersichtlichkeit der betreffenden Straße richten; sie sollten aber auf Autobahnen 100 km/h und auf Landstraßen 80 km/h nicht über-

»Der motorisierte Straßenverkehr ist als umwelt- und gesundheitsschädlicher, landschafts- und städtezerstörender Verkehr auf ein absolut notwendiges Maß zu reduzieren. (...) Die Tendenz zu immer größeren und immer schwereren LKW ist zu stoppen und umzukehren. Es sollten Obergrenzen für zulässige Gesamtmasse und Achslasten sowie Leistung, Hubraum und Höchstgeschwindigkeit festgelegt werden...«  
Aus: Verkehrspolitische Grundsätze für den Freistaat Sachsen; Antrag der PDS-Fraktion an den Sächsischen Landtag.

schreiten. Sinnvoll wäre es auch, eine progressive Schwerverkehrsabgabe einzuführen. Die damit erzielten Einnahmen sollten vor allem in den Schienengüterverkehr (Infrastruktur und Fahrzeuge, innovative Verladetechnologien) fließen.

Der motorisierte Individualverkehr ist besonders in den mittleren und großen Städten zurückzudrängen. Die Städte sind, wie oben beschrieben, umzugestalten; hinzu sollen begleitende Maßnahmen wie Anwohnerparken, progressive Parkraumbewirtschaftung und die Sperrung von Innenstadtbereichen für den allgemeinen MIV zur Ausführung kommen. Da Städte vor allem eine Wohn- und Aufenthaltsfunktion haben und nicht in erster Linie Verkehrsaufgaben genügen müssen, hat sich der Verkehr unterzuordnen, was insbesondere bedeutet, daß in Ortschaften im allgemeinen, in Siedlungsgebieten jedoch generell 30 km/h als Höchstgeschwindigkeit durchgesetzt werden müssen. Regionaler MIV sollte vor den Städten mittels Park & Ride abgefangen werden – allerdings auf kleinen Parkplätzen an den Ausfallstraßen und nicht erst unmittelbar am Innenstadtrand in großen Parkhäusern.

Für den Flugverkehr gilt, daß Flüge unterhalb einer bestimmten Entfernung (ca. 500 km) durch die Bahn substituierbar sind und daher einzustellen wären. Dies bedeutet, daß die Regionalflughäfen für den Flugbetrieb einer sehr kleinen, finanzkräftigen Klientel zu schließen sind. Dieser Luxus könnte, wenn er weiter betrieben würde, auch zu einer Verlagerung des MIV-Chaos in die Luft führen, während die breite Allgemeinheit von dieser Art Fortbewegung ausgeschlossen bleibt. Unbedingt zu vermeiden wäre, daß die durch Kurzstreckenflüge freigewordenen Slots in den Flughäfen durch Weitreckenflüge ersetzt werden, die in großen Höhen stattfinden. Diese tragen maßgeblich zur Zerstörung der Ozonschicht bei. Daraus resultiert auch die Forderung, die zwei für Sachsen verbleibenden Flughäfen Halle/Leipzig und Dresden-Klotzsche zwar technologisch (z.B. für den Blindflugbetrieb), nicht aber für eine größere Kapazität auszubauen.

#### *... und Umsetzungsschritte einer alternativen Verkehrspolitik*

Für die Umsetzung der vorgestellten Leitlinien ist ein Stufenmodell angedacht, das sich grob in kurz-, mittel- und langfristige Schritte unterteilen läßt. Da die Realisierbarkeit eines solchen Modells immer auch eine Frage seiner Finanzierbarkeit ist, muß im Folgenden dieser Aspekt jeweils mitgedacht werden. Kurzfristig realisierbar wäre eine Reihe von administrativen Maßnahmen, wie z.B. ein landesweites Tempo-30-Programm für alle Ortschaften, Erhöhung der Parkgebühren, Nacht- und Wochenendfahrverbote für Lkw, die Durchsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen für Überlandstraßen und die Abstimmung der Fahrpläne aller öffentlichen Verkehrsmittel. Mittelfristig – d.h. in einem Zeitraum von etwa fünf bis zehn Jahren – sind ein umfassender Ausbau der Schienenwege, die generelle Anwendung des Anwohnerparkens sowie eine fußgänger- und fahrradfreundliche Umgestaltung der Städte, insbesondere autofreie Innenstädte sowie landesweit verknüpfte und operierende Verkehrsverbände realisierbar. Zudem kann schon in dieser Phase eine Erhöhung der Kraftstoffpreise

erwartet werden. Langfristig in Angriff genommen werden muß eine soziale und ökologische Steuerreform mit einer wesentlichen Entlastung der Arbeitskosten und einer stärkeren Belastung des Ressourcenverbrauchs. Für den Verkehr bedeutet das konkret u.a. eine Erhöhung der Mineralölsteuer, was zu einem Kraftstoffpreis von fünf bis sechs DM je Liter beim allgemeinen Verkauf führen würde. Im Gegenzug könnten alle Steuern auf Kraftstoffe für öffentliche Verkehrsmittel erlassen werden; eine Besteuerung des Flugbenzins würde zusätzlich günstige Umorientierungen fördern. Gleichzeitig wären die direkten Steuern auf den Arbeitslohn sowie die Lohnnebenkosten zu senken, so daß Anreize für den verstärkten Einsatz von Arbeitskräften geschaffen würden; insbesondere könnten unter diesen Umständen die Bahnen und andere öffentliche Verkehrsträger dann Arbeitsplätze in beträchtlichem Umfang sichern. Mit einer solchen Steuerreform, die die PDS nachdrücklich fordert, könnte sowohl die strukturelle Dauerarbeitslosigkeit deutlich verringert als auch den Belangen der Umwelt wesentlich besser Rechnung getragen werden.

### *Ein Fazit*

Die PDS in Sachsen geht davon aus, daß die von ihr vorgelegten »Grundsätze zur Verkehrspolitik in Sachsen« ein Konzept darstellen, das Lösungen jenseits neokonservativer Sackgassen anbietet und das stufenweise realisierbar ist. Es orientiert sich nicht an kurzfristiger wirtschaftlicher Effizienz, sondern es erwächst aus Sorge um die zerstörende Wirkung des Verkehrs auf die Umwelt und die Natur. Es hat dennoch den Anspruch, den berechtigten Wünschen nach Mobilität wie auch den Interessen einer funktionierenden Produktion und Warenzirkulation Rechnung zu tragen. Es dient als Grundlage für die Arbeit der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. Für die konkrete Umsetzung sind erste Projekte in Arbeit.

- 1 Vgl. dazu u.a. Dieter Seifried: Gute Argumente Verkehr, München 1990, S. 22f.; Heiner Monheim, Rita Monheim-Dandorfer: Straßen für alle, Hamburg 1990, S. 149ff.
- 2 Vgl. ebenda, S. 66 - 68.
- 3 Vgl. Landesentwicklungsplan (LEP) Sachsen, Verordnung der Staatsregierung über den LEP vom 16.08.1994, Landeshauptstadt Dresden, Kap.III.7 und den Regierungsbeschuß über den Bundeshaushalt 1995.
- 4 Vgl. Helmar Hegewald u.a.: Die PDS und der ökologische Umbau der Gesellschaft bis 2005, Dresden 1995, S. 2.
- 5 Vgl. Dieter Seifried: Gute Argumente..., a.a.O., S. 15, 53 - 56.
- 6 Vgl. Heiner Monheim, Rita Monheim-Dandorfer: Straßen..., a.a.O., S. 291.
- 7 Vgl. Socialdata München GmbH (Hrsg.): Mobilität in Dresden, Heft 1/1993, S. 15.
- 8 Nach Aussagen von Professor Heierli, Zürich, auf einer Veranstaltung des Entwicklungsforsums Dresden, im Mai 1992.
- 9 Vgl. Socialdata München GmbH (Hrsg.): Mobilität in Dresden, a.a.O., S. 15.
- 10 Vgl. Heiner Monheim: Regionalisierung kommt – Bahn geht?, in: bessere bahn, Köln 1994, S. 34ff.
- 11 Vgl. Umwelt- und Prognoseinstitut Heidelberg (Hrsg.): Scheinlösungen im Verkehr, Bericht Nr. 23, S. 18.
- 12 Vorschläge hierzu hat bereits die Bundestagsgruppe der PDS in der 12. Wahlperiode gemacht. Vgl. Dagmar Enkelmann u.a.: Entwurf für ein ökologisch orientiertes Gesamverkehrskonzept für die BR-Deutschland, PDS-Gruppe im Bundestag, Bonn 1992, S. 52ff.

# KLAUS-DIETER SPRÖSSEL

## Verödung der Innenstädte – Einzelhandel, quo vadis?

Wer kennt sie nicht inzwischen, die Zentren der ostdeutschen Klein- und Mittelstädte der neunziger Jahre? Schmucke Häuschen, liebevoll und mit schwerlastenden Krediten saniert, gaukeln auf »alt« getrimmte Cities vor. Kleine Geschäfte, zumeist vollgepfropft mit Klamotten, Schuhen oder Tand, und ein paar Lebensmittelläden à la »Tante Emma« sollen von den überdimensionierten und übermächtigen Einkaufszentren an den Stadträndern zurück in die Innenstädte locken. Doch hierher verirren sich außer einigen Touristen – die kommen, um zu sehen, nicht um zu kaufen – nur »Nostalgiker«, die das künstliche Kleinstadtfleur suchen.

Vor kundenentwöhnten Läden stehen deren Inhaber und spähen sehnsüchtig nach Käufern. Im Inneren der nach einem uniformen Modernitätsklischee aufgepeppten Geschäfte räkeln sich verstohlen, die Langeweile vertreibend, eine oder in Ausnahmefällen auch einige Verkäuferinnen. Früher lag in solchen Städten meist der Bürgermeister auf der Bekanntheitskala vorn; heute laufen ihm andere zunehmend diesen Rang ab: der »Gerichtsvollzieher« und der »Vollstreckungsbeamte«. Wie sie sich auch immer vorstellen mögen, letztlich unterscheiden sie sich nur durch die Behörden, die ihnen das Gehalt für ihren – wenn auch nicht gerade imagefördernden, so doch krisensicheren – Job zahlen. Vollzugsbescheide, Vollstreckungsbescheide – ihre Überbringer tragen stets tiefes Leid in die ohnehin arg gebeutelte Innenstadt, zu Menschen, die versucht haben, ihr »klein Häuschen« in der City durch Kredite ein wenig attraktiver zu gestalten.

Die Zwangsversteigerungen haben im Vergleichszeitraum von 1991 zu 1995 um 245 Prozent zugenommen und bedrohen heute rund 20 Prozent der Hauseigentümer und Geschäftsleute in den kleinstädtischen Zentren. Die Tätigkeit des »Zwangsanwenders zugunsten der Regulierung von Geldforderungen« wird dort mehr und mehr Normalität.

Doch wird es dunkel über der kleinen Stadt, ist die Ruhe dahin. Besonders an den Wochenenden erschüttern dröhnend hochfrisierte Pferdestärken die Idylle des stinknormalen bürgerlichen Kleinstadtklientels. Dann ergreift die aufmüpfige Jugend, ob als buntschillernder Punk, als Rocker oder Skinhead, Besitz von den Innenstädten und erfüllt sie auf ihre Art mit Leben. Jugendliche hocken »saulend, gröhend, provokant pöbelnd« auf ehrwürdigen Marktplätzen und auf eigentlich nur von edlen Stiefeln zu tretenden Freitreppen historischer Rathäuser. Sie campieren dort, wo ste-

Klaus-Dieter Sprössel -  
Jg. 1942; studierte 1972-  
1974 an der Akademie für  
Staat und Recht Potsdam-  
Babelsberg, anschließend  
Aspirant, Promotion 1978,  
Assistent an der Techni-  
schen Universität Magde-  
burg, 1986-1989 Aspirant  
(B) an der Karl-Marx-Uni-  
versität Leipzig, seit 1990  
Kleinunternehmer.

riles sauberes, gutbürgerliches Leben pulsieren sollte. Sie erfüllen ihre Umgebung mit Unrat, Gestank und leeren Bierdosen, und sie greifen jeden an, der sich ihnen nähert, um sie mit klugen Sprüchen oder Machtgehabe von den Plätzen zu vertreiben.

Es sind inzwischen immer die gleichen Impressionen, die Beobachter des Lebens in den Innenstädten der »neuen« Bundesländer wahrnehmen können: Die Innenstädte veröden. Das Leben zieht sich aus ihnen zurück. Die Mehrzahl der lebenswichtigen Prozesse läuft schon heute in den unterdessen an der Peripherie entstandenen Satellitenzentren ab. Dieses Phänomen wird mit dem klassischen Vokabular der bürgerlichen Sozialwissenschaften immer weniger erklärbar.

Die Bilder der Verödung der Innenstädte sind vielfältig. Leere Straßen, unbewohnte Häuser, oft dem unmittelbaren Verfall preisgegeben – das sind die ersten Symptome eines in der jüngeren Geschichte beispiellosen Verödungsprozesses, der seinerseits lediglich Erscheinungsform grundlegender gesellschaftlicher Verwerfungen in den Kommunen ist. Über das Phänomen »Innenstadtverödung« wird selbst in den kleinsten territorialen Lebensbereichen die Komplexität sozialer, ökonomischer und politischer Deformationen bewußt.

#### *Wenn in der City der Handel stirbt*

Von den als Zukunftsinseln offerierten Gewerbe-, Industrie- und Wohnparks gingen nicht die von den Menschen erwarteten Impulse für die Verbesserung der Lebensqualität in den Kommunen aus. Die »Parks« wurden zur unerbittlichen und vernichtenden Konkurrenz für die Zentren der kleinen und mittleren Städte. Innerhalb von fünf Jahren kam es in den Klein- und Mittelstädten zu Disproportionen, die den Untergang klassischer Lebensprozesse in den Zentren einläuteten. Allein das Angebot an Handels- und Gewerbeflächen stieg im Durchschnitt auf 400 Prozent. In Tangermünde z.B. entfielen 1989 auf rund 11.950 Einwohner 4.500 m<sup>2</sup> Handelsfläche, die zu 80 Prozent im Stadtzentrum lag. 1995 standen 10.300 Einwohnern 20.000 m<sup>2</sup>, 4.500 m<sup>2</sup> in der Innenstadt und 15.500 m<sup>2</sup> im 1992 neu errichteten Gewerbepark »Hanse« zur Verfügung. Die Preisdifferenz zwischen den Anbietern des Gewerbeparks und den innerstädtischen Händlern beläuft sich gegenwärtig auf bis zu 60 Prozent im vergleichbaren Handelssortiment.

Die kleine ehemalige Kreisstadt Osterburg, 1989 noch rund 7.800 Einwohner, heute etwa 6.450 Einwohner, verfügte vor der Wende insgesamt über 3.400 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, ebenfalls zu 80 Prozent in der Innenstadt angeboten. Heute sind es rund 14.000 m<sup>2</sup>, davon 10.500 m<sup>2</sup> in Gewerbeparks angesiedelt. Ähnliche Relationen lassen sich für die ehemalige Kreisstadt Gardelegen anführen. Dort gab es in diesem Zeitraum eine »Steigerung« von 560 Prozent. Aber auch die gegenteilige Tendenz ist eingetreten. Bei der Ausprägung einer völlig durch das »freie Spiel der Kräfte des Marktes« eingetretenen »Umschichtung der Handelsanbieter« wurden in 90 Prozent der Kleinstgemeinden unter 350 Einwohnern in der Altmark die Konsumverkaufsstellen geschlossen. Die Handelsstruktur der kleinen Städte in abgelegenen Gebieten, so in der Wi-

Mit der Vereinigung von 1990 begann in den neuen Bundesländern eine Unternehmensgründungsepemie. Für die Altmark liegen Schätzungen vor, nach denen mehr als 30.000 Menschen - bei einer Bevölkerungszahl von rund 200.000 - einen Start als Unternehmer versuchten. Mit im Durchschnitt nicht einmal 10 Prozent Eigenkapital im Rücken wurden Grundstücke in Größenordnungen verpfändet und Kredite in Höhe von etwa 450 Mio. DM eingegangen. In den Kommunen lief die »Verschönerungskur« in einem Ausmaß an, das es in den letzten 20 Jahren DDR zusammengekommen nicht gegeben hatte. Mehr als 55 Prozent der dafür ausgegebenen finanziellen Mittel wurden durch Kreditaufnahmen erbracht. In der gesamten Region Altmark wurde die »marode« Industrie geschleift, mit dem Versprechen, eine völlig neue, effiziente, weil unter modernsten Gesichts-

punkten errichtete Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Unter diesem Vorwand verschwanden von 1990 bis 1994 in der Altmark 85 Prozent der traditionellen Industriebetriebe. In einem Zug wurden rund 45.000 Arbeitsplätze vernichtet. Historisch gewachsene Industrie-Regionen, wie die von Stendal/ Tangermünde/ Tangerhütte, sind total verschwunden. Mehr als 20.000 Menschen verloren ersatzlos dort ihren »Job«. Als Ausgleich wurden den Kommunen »Tourismuskonzeptionen« offeriert, die weil unrealistisch, nach anfänglich großen Erwartungen verworfen werden mußten. Der Tourismus hat in dieser Region nicht einmal 5 Prozent der allein im industriellen Bereich verlorengegangenen Arbeitsplätze kompensieren können.

sche, ist ebenfalls vom radikalen Absterben bedroht. In Werben z.B. ist die Einwohnerzahl um 35 Prozent auf knapp 1.700 Einwohner gesunken. Die mit 480 m<sup>2</sup> angegebene Einzelhandelsfläche wurde innerhalb der letzten fünf Jahre auf weniger als 300 m<sup>2</sup> reduziert.

*Bevor die Lichter ausgehen, kommen die Berater aus dem Westen*  
Sie wittern das Geschäft mit der Not und ein sicheres, weil zumeist aus eigentlich leeren Fördertöpfen sprudelndes Salär. Sie gehen kein Risiko ein. Das tragen die, die ohnehin schon die Bürde der Verödung, des existenziellen Abschwunges zu tragen haben. Was sie großzügig bieten, ist »Know How«. Um die Realisierbarkeit ihrer buntschillernden Ideen brauchen sie sich nicht zu scheren. Unternehmensberater sind nun in »Lichtmacherkostüme« geschlüpft. So verschiedenartig und einleuchtend sich alle ihre »Konzepte« auch anhören mögen, sie sind in ihrer grundlegenden Methode über einen Leisten geschustert. Zumindest drei Elemente finden sich in solcher Beratertätigkeit stets wieder:

*Erstens:* Es besteht keine Erfolgshonorierung.

*Zweitens:* Die möglichen Konzepte verpflichten ihre Verfasser zu nichts.

*Drittens:* Sollten die Konzepte nicht realisierbar sein, dann ist ihr Scheitern immer auf die Unfähigkeit ihrer Adressaten zurückzuführen.

In Seehausen, Osterburg, Gardelegen, Tangermünde, Tangerhütte und anderen Städten der Altmark haben sich »Beraterteams« eingestellt. Die Beratervarianten bewegen sich zumeist im Spektrum des Subsidiaritätsprinzips, d. h. wollen »Hilfe zur Selbsthilfe« geben. Das reicht über direkte Imageberatungen im individuellen Bereich bis hin zu Einvernahme der innerstädtischen Einzelhändler und Gewerbetreibenden in Vereinen und Verbänden.

Hierzu einige Beispiele, die ab Oktober 1994 in Kommunen der Altmark gelaufen sind und die Misere des Beraterunwesens untermauern:

#### *Stärke durch Gewerbeverband?*

In Tangerhütte trafen sich rund 30 der 60 geladenen Einzelhändler aus dem stadtnahen Raum. Der Bund der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband (BDS/DGV) Sachsen-Anhalt e.V. hatte zu dieser Veranstaltung geladen. Im Vorfeld wurden durch den BDS/BVG einige Untersuchungen zur Situation des Einzelhandels in Tangerhütte und Umgebung durchgeführt. In die Untersuchungen waren 48 Firmen einbezogen worden. So lagen einige Ergebnisse auf dem Tisch. Demnach fühlen sich 74,1 Prozent der Befragten von den Wirtschaftsverantwortlichen »allein gelassen«, weitere 18,5 Prozent »kaum beachtet«. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung befand sich auch Tangerhüttes Bürgermeister Gerhard Borstell. Er wies den Vorwurf des Landeschefs des veranstaltenden Verbandes, Günther Heinz, zurück, daß die Verwaltung »wenig Interesse an der Entwicklung des Mittelstandes« in Tangerhütte habe. In der Diskussion kam immer wieder die Machtlosigkeit der Einzelhändler, ernsthaft etwas für die Verbesserung des innerstädtischen Ein-



zelhandels tun zu können, zum Ausdruck. Bei den Tangerhütter Einzelhändlern wird die Grundursache ihrer »existenzbedrohenden« Situation in den Großmärkten und Discounters am Stadtrand gesehen, die ihrer Meinung nach zur »übermächtigen Kaufkraftabschöpfungsmaschine« geworden seien. Auf konkrete Fragen, was nun der BDS/DGV zur Veränderung der verheerenden Situation des Einzelhandels anbieten könne, waren lediglich ein paar seltsam anmutende Ausflüchte zu vernehmen.

Dirk Standke, Mitarbeiter des Verbandes meinte: »Zu kämpfen, um den Großmarkt verhindern zu können, wäre wie Don Quijote gegen Windmühlen«. Lediglich Ratlosigkeit strahlte der Verbandsvorsitzende, Günther Heinz, aus wenn es um konkrete Antworten ging. So sei er nicht kundig im Baugesetzbuch, um Lücken aufzuzeigen, solche Großmarktprojekte zu verhindern. Im Brustton der Überzeugung verkündete er dann: »Daß man gar nichts tun kann, so ist es auch nicht.« Er empfahl, Mitglied in seinem Verband zu werden. Von den Anwesenden unterschrieben zehn die Bereitschaftserklärung. Von den anderen und denen, die gar nicht erst gekommen waren, wird befürchtet, daß auch an diesem Abend lediglich heiße Luft abgelassen wurde.

#### »Stadtmarketing« die Wunderwaffe?

Die innerstädtischen Kaufleute und Gewerbetreibenden in Tangermünde wollten die zunehmende Verödung der Innenstadt nicht länger hinnehmen. Schließlich geht es dabei auch um die Existenz von mindestens 58 Gewerbetreibenden im Stadtkern. Unter der Führung von Frau Anke Herrmann, Geschäftsfrau, und Hartmut Ziehmer, Goldschmied und Schmuckhändler, schlossen sich rund 30 der 75 innerstädtischen Einzelhändler der engeren City zum »Hansering« zusammen.

Was ist aus dieser Initiative geworden? Die Mitglieder des »Hanserings« stellten Forderungskataloge auf, die sie dem Stadtrat vorlegten. Sie verlangten vor allem ein Einschreiten des Stadtrates gegen die übermächtigen und massensuggestiven Aktivitäten der Center im Gewerbepark. So veranstaltet der dortige EDEKA-Chef immer dann massenwirksame, spektakuläre Aktionen mit Volksfestcharakter, wenn die Innenstadtkaufleute mit Hilfe der Kommune traditionelle Feste planen und durchführen. Dieses Trittbrettfahrersystem bringt in der Endabrechnung den »Innerstädtischen« Umsatzeinbußen bis zu 40 Prozent ein. Die Stadtverwaltung kann gegen solche Machenschaften nicht einschreiten, weil sie hierzu in der Regel gar keine Rechtsgrundlage hat.

Vermittelt durch den städtischen Wirtschaftsförderer wurde mit dem 27. September 1995 ein »Stadtmarketing-Projekt Tangermünde« installiert. Die Grundidee war auch hier die »Hilfe zur Selbsthilfe«. Finanziert wird das Projekt aus Landesfördermitteln. Auftragnehmer ist die »Komet Stadtmarketing und -entwicklung GmbH« Köln. Das vorgestellte Untersuchungsprogramm geht von der strengen Prämisse aus, daß gute Ratschläge erteilt werden, ohne die Finanzierung zu klären.

Für letztere ist in Tangermünde der Leiter der örtlichen Filiale der Sparkasse offizieller Ansprechpartner. Die Marketing-Studie

städte der Altmark muß ein Kaufkraftverlust für den innerstädtischen Einzelhandel von 75 Prozent angegeben werden. Die gesamte innerstädtische Wirtschaftsstruktur in den altmärkischen Kommunen erscheint heute lebensbedrohlich deformiert. Konnte das innerstädtische Gewerbe in solchen Städten wie Stendal, Tangermünde, Gardelegen 1990 noch bis zu 90 Prozent Anteil auf sich vereinigen, verblieben dort 1995 kaum mehr als 20 Prozent. Dem analog ist die Frequentierung der Innenstädte durch die Bevölkerung. Waren die Innenstädte der Klein- und Mittelstädte vor 1990 noch die Zentren gesellschaftlichen Lebens, wurden sie 1995 nicht einmal mehr von 30 Prozent der Einwohner aufgesucht, um sich mit Waren und Leistungen zu versorgen. Die Einzelhändler der Innenstädte in der Altmark beklagen eine völlige Verkrüppelung der Angebotsstruktur. Hatten sie 1990 noch 75 Prozent Anteil am Lebensmittel-, 55 Prozent am Konsumgüter- und 45 Prozent am Textilhandel, der sich in den Innenstädten konzentrierte und so auch deren Attraktivität als Verkaufszentren ausmachte, haben sich die Relationen innerhalb von fünf Jahren total verändert. Heute nimmt der Lebensmittelhandel kaum mehr als 10 Prozent, der Konsumgüterhandel etwa 20 Prozent, der Textilhandel 30 Prozent ein. Bezogen auf die innerstädtische Handelsstruktur selbst waren 1990 der Lebensmittelhandel noch mit 40 Prozent, der Konsumgüterhandel mit 25 Prozent und der Textilhandel mit 35 Prozent beteiligt.

Für die Altmark insgesamt ergibt sich 1995 folgendes Bild: Lebensmittelhandel 10

Prozent, Konsumgüterhandel 40 Prozent, Textil-, Schuh- und Lederwaren 50 Prozent. Mehr als 60 Prozent der Einzelhändler fühlen sich durch die übermächtige Konkurrenz der Billigketten in den Verkaufszentren in ihrer Existenz bedroht. Die Konkursrate liegt im innerstädtischen Einzelhandel der altmärkischen Kommunen bei 30 Prozent pro Jahr. Der Landkreis Stendal z.B. hat gegenwärtig ein Verhältnis von Gewerbebeanmeldungen von 1 : 2 erreicht, mit steigender Tendenz zum Negativen. Mehr als 40 Prozent der 1990/1991 gegründeten Unternehmen in den Einzelhandelsbranchen und im Handwerk der Altmark sind inzwischen in Konkurs gegangen.

Die Lage der Einzelhändler besonders in den City-Lagen der Städte wird immer brisanter. Sie sind der übermächtigen Konkurrenz durch die großen Handelsketten nicht gewachsen. Die Innenstädte drohen zu veröden. In ihrer verzweifelten Lage greifen die Gewerbetreibenden nach jedem Strohalm, der sich ihnen bietet.

selbst wird ohne die notwendige empirische Basis mit einer Arroganz, die keine Zweifel an der Seriosität solcher Beratungen zuläßt, den bedrängten Innenstadthändlern und Gewerbetreibenden offeriert, wirkt aber wie aus einem antiquierten Lehrbuch abgeschrieben.

Völlig ignoriert wird in diesen »Beratungen« die Kernfrage: Wie kann mit rechtlichen Mitteln die übermächtige Konkurrenz der Großketten eingedämmt werden?

Eine die Situation bezeichnende Entgegnung auf eine solche Frage gab während eines Pressegesprächs im Oktober 1995 die Moderatorin Regina Roß: »Die Einzelhändler der Innenstadt sind ihres eigenen Glückes Schmied. Durch ein gezieltes Marketing werden sie gegenüber den Massenverkäufern in den Gewerbebezirken wettbewerbsmäßig ebenbürtig und können Paroli bieten.«

Im Oktober 1995 wurde der zweite »Workshop« der »Komet Stadtmarketing und -entwicklung GmbH« Köln, abgehalten. Es sollten weitere Arbeitsschritte für die Arbeitsgruppen »Fremdenverkehr« und »Innenstadt« diskutiert werden. Bei dieser Gelegenheit gab Regina Roß von der BBE-Unternehmensberatung GmbH Köln ein paar Einblicke in die Arbeit. Eine vorgefaßte Konzeption gäbe es nicht. Vielmehr solle ein Programm zusammen mit den Beteiligten voraussichtlich bis Januar 1996 erstellt werden. Zu einer solchen Terminaussage entschloß sie sich erst nach hartnäckiger Nachfrage durch die Lokalpresse und als deutlich wurde, daß die anwesenden Mitglieder des »Hanserings« Zweifel an der Seriosität der Moderatorin bekamen.

Das Grundanliegen des Workshop bestehe darin, so wurde erläutert, die innerstädtischen Einzelhändler und Tourismusfirmen durch »Hilfe zur Selbsthilfe« zu befähigen. Es werde kein Gutachten erstellt, sondern empirisches Material zur Situation in der Innenstadt erarbeitet und ausgewertet. Eine Reihe von Befragungsergebnissen lägen den Arbeitsgruppen bereits vor. Nach Roß kann es auch nicht Aufgabe der Beratung der »Innerstädtischen« sein, über die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu diskutieren. In Tangermünde komme es darauf an, »mit den vorhandenen historischen Pfunden zu wuchern.« In diesem Zusammenhang gelte es, »Egoismen, die noch sehr verbreitet« seien, zu überwinden. Nach ihrer Aussage gab es bei alledem keine vorgefaßte Zielstellung. Ganz verzichten könne man auf sie allerdings nicht, um der Arbeit eine Grundrichtung zu geben. Dabei bestehe die Hauptschwierigkeit darin, die Meinungen von rund 50 Einzelhändlern so zu bündeln, daß im Ergebnis der »Hilfe zur Selbsthilfe« möglichst alle an einem Strang zögen.

Einige konkrete Ergebnisse und Forderungen sowie verheißungsvolle Initiativen für eine höhere Attraktivität wurden praxisorientiert beraten. So soll das Stadtbild durch verschiedenartige Maßnahmen, wie Ausleuchten der Schaufenster und Anstrahlen historischer Fassaden, weiter verbessert werden. Kernproblem sei die sehr lästig gewordene und auch geschäftsschädigende Verkehrssituation. Bei ihrer Verbesserung wollen die Mitglieder des »Hanserings« aktiv mitwirken. So schlug Frau Herrmann vor, endlich eine Verkehrsberuhigung durch den schon diskutierten Einbau von

»Schwellern« in die Pflasterung der Langen Straße herbeizuführen. Die Einzelhändler entwickelten zudem Ideen, um den bevorstehenden Weihnachtsmarkt endlich auf das erforderliche Niveau zu heben. An den Stadtrat wurde die Forderung gestellt, in diesem Jahr jedem Händler kostenlos zu gestatten, einen eigenen Stand vor seinem Geschäft während des Weihnachtsmarktes errichten zu können. Besonders hoch gewertet werden müsse die Initiative, per Bus die Leute aus der Umgebung in die Innenstadt zu bringen.

So wurde eine Fülle von Initiativen im Rahmen der »Hilfe zur Selbsthilfe« aufgelistet. Allerdings, so die allgemeine Auffassung, sei der Erfolg nicht unwesentlich vom konzertierten Zusammenwirken des »Hanserings« mit der Kommune bestimmt. Es gelte, den Schwung der Initiative im gemeinsamen Interesse zu nutzen.

### *Betrug oder Scharlatanerie?*

Eines von beiden muß den »Experten« der »Marketing-Beratung« nicht nur im Fall Tangermünde unterstellt werden. Sie ignorieren bewußt, weil sonst der Erfolg derart zweifelhafter »Missionen« gefährdet wäre, im konkreten Fall folgende grundlegenden Tatsachen: Die Hauptursache für die prekäre Situation des innerstädtischen Einzelhandels und Gewerbes sind die geringen Eigenkapitalanteile der Firmeninhaber, mit denen sie beispielsweise in der Preisgestaltung den Satellitenkonkurrenten kein Paroli bieten können. Das ist die Kernfrage jeder Attraktivität von Handelseinrichtungen in Zeiten des Kaufkraftschwundes und des rasanten sozialen Abschwungs, von dem in den Klein- und Mittelstädten der Altmark mindestens 35 Prozent der Bevölkerung bedroht sind. Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden und die Haushaltstets sind 1995 um 25 Prozent geschrumpft.

Das Kernproblem wird von den Einzelhändlern der Innenstädte prinzipiell erkannt und programmatisch zum Ausdruck gebracht. In der ehemaligen Kreisstadt Gardelegen, Altmark, hat der gesamte Mittelstand gegen die Errichtung eines bereits vom Land Sachsen-Anhalt genehmigten Einkaufszentrums mobil gemacht. Es werden Ertragseinbußen bis zu 40 Prozent infolge der Kaufkraftabschöpfung durch einen solchen Supermarkt befürchtet. Gardelegen hat bei einer Einwohnerzahl von rund 11.000 Bürgern eine tatsächliche Erwerbslosenquote von 35 Prozent. Nicht anders ist die Situation in Seehausen, einer 3.500 Einwohner zählenden Altmarkstadt am Rande der Wische. Auch dort wurde den innerstädtischen Kaufleuten anläßlich der vom Bürgermeister der Stadt einberufenen »Seehäuser Handelstage« Konzepte à la Tangermünde und Tangerhütte serviert. An diesen Veranstaltungen nahmen nicht einmal 25 Prozent der Einzelhändler teil. Auch hier wurde von 80 Prozent der 42 Befragten mangelndes Vertrauen in solche Aktionen angegeben. Der Verein Stendaler Kaufleute fordert ebenfalls neben Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt Schutzmaßnahmen gegen die aggressiven Expansionsbestrebungen der Satellitenparks im Umfeld der Stadt. Bislang hat die Stadt lediglich kraftprotektive Stärke gegenüber der Kleinstgemeinde Bindfelde demonstriert und durch eine für diese Gemeinde existenzbedrohende Obstruktion die Besiedlung des dortigen ca. 6 Hektar großen

»Gewerbegebietes« durch großflächige Handelscenter verhindert.

Ein weiterer Grund, weshalb »Beratungen« dieser Art an Scharlatanerie grenzen, ist die marode Finanzsituation der Kommunen selbst. Von ihnen wird erwartet, das »Kleinstadtflair« zu finanzieren. Auf Grund der leeren Kassen sind sie dazu außerstande. Angesichts der Tatsache, daß neben Einnahmeausfällen von geschätzten 25 Prozent sich auch Mehrbelastungen durch Erhöhung der Kreisumlagen ergeben, zudem auch noch beachtliche Fördermittel ausfallen, sind die Kommunen nicht in der Lage, den Finanzbedarf, den diese »Berater« für eine höhere Attraktivität der Innenstädte anmelden, zu decken. Darum sprechen diese Berater auch nicht über die Finanzierbarkeit des von ihnen vorgeschlagenen »Marketing«.

Ein dritter Grund, solchen »Imageberatungen« mißtrauisch gegenüberzutreten ist, daß in den kommenden Jahren enorme Leistungen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Klein- und Mittelstädten finanziert werden müssen. So wird in den Stadtverwaltungen fieberhaft an diversen Satzungen (Erschließungsbeitragssatzungen, Straßenausbaubeitragssatzungen, Wasser- und Abwasseranschlußsatzungen) gearbeitet, um die für diese Maßnahmen notwendigen Finanzierungen über die Grundstückseigentümer abzusichern. Für die Masse der Innenstadtkaufleute und Gewerbetreibenden bedeutet das eine weitere Verschuldung zwischen 10.000 und 60.000 DM. Diese Belastungen müssen noch zusätzlich aus den spärlichen Einkünften getilgt werden. Hierfür stehen den Händlern aus Geschäftseinkünften je nach Branche zwischen 10.000 und 65.000 DM zur Verfügung. Bei rund 35 Prozent der kleinen Einzelhändler liegt das monatliche Nettoeinkommen unter 2.000 DM.

Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Angesichts der hier skizzierten Situation sollte deutlich geworden sein, wie zweifelhaft »Image-Beratungen« der genannten Art für die angesprochene Klientel sein müssen. Die existenziellen Probleme der innerstädtischen Kaufleute und Gewerbetreibenden lassen sich nicht durch ein paar neu aufgestellte Blumenkübel, eine bessere Ausleuchtung ihrer Schaufenster oder durch ein paar mehr Parkplätze in Citynähe lösen. Hier bedarf es eines echten finanziellen Engagements des Staates. Aber gerade da beißt sich der Hund in den Schwanz, denn getreu den ehernen Gesetzen der »freien« Marktwirtschaft ist der Trend auf Subventionsabbau ausgerichtet.

Die kleinstädtische City in Ostdeutschland ist in der gnadenlosen Konkurrenz mit den neu errichteten Einkaufszentren auf der grünen Wiese aussichtslos unterlegen. Die Kundenströme ziehen, getrieben von der eigenen Geldnot, an den Auslagen der innerstädtischen Kaufleute vorbei, dem Preisgefälle folgend. Sie füllen die Kassen der Supermärkte und schwächen die Überlebensfähigkeit der Zentren.

Ist die Innenstadtverödung durch das Aussterben des dort traditionell ansässigen Handels unvermeidlich?

Verallgemeinert man die hier genannten Erfahrungen, muß die Frage bejaht werden. Prinzipiell gilt für die Kommunen, daß sich die strukturellen Verwerfungen nach dem »blinden« Fluß des Geldes vollziehen und dieser wiederum folgt auch in einem solch spe-

»Der West-Berliner Möbelerhändler Kurt Krieger, so erzählt man sich in dem 800-Seelen-Dorf, habe schon zu Mauerzeiten von Waltersdorf und seinen weiten Äckern geträumt. Die kleine Gemeinde, rund 30 Kilometer südöstlich des Berliner Zentrums gelegen, war guter Nährboden für Pläne, die Firmenzentrale von Möbel Höffner, Kriegers Unternehmen, gen Osten zu

ziellen Bereich dem Markt, genauer den günstigsten Kapitalwertungsbedingungen. Es ist zu beobachten, daß auch bei verschiedenartigen Erscheinungsformen der Konzentration und Zentralisation des »Handelskapitals« immer die Zentren der Kommunen als schwächste Kettenglieder ausfallen. So hat die Stadt Tangermünde zu günstigen Bedingungen die Konzentration des Handels in einem »Gewerbepark« betrieben. Dort entstand eine multivalente Versorgungsstruktur, deren Träger zumeist marktführende Ketten sind wie »Edeka« mit einer Verkaufsfläche von rund 1.200 m<sup>2</sup>, »Aldi« (Verkaufsfläche rund 800 m<sup>2</sup>), »Möbel-Boß«, eine Tochter des Handelsriesen »Porter«, mit einer Verkaufs- und Auslieferungsfäche von rund 3.000 m<sup>2</sup> und »Hagebaumarkt«, Marktführer in Baumaterial, Kleinstmaterial, Handwerkszeug und Gartenzubehör, mit einer Verkaufsfläche von rund 2.500 m<sup>2</sup>. Im Sortimentsangebot bieten sie 400 Prozent mehr Waren als die Innenstadthändler. Das Preisgefälle beträgt etwa 60 Prozent zur Innenstadt. Sie können so rund 80 Prozent des Kundenstromes an sich binden.

Die ehemalige Kreisstadt Osterburg hat einen solchen Konzentrationsprozeß noch nicht beschritten. Die Großmärkte entstanden an vier relativ weit auseinanderliegenden Standorten. Da es sich bei den Lebensmittelanbietern um »Aldi« mit einer Verkaufsfläche von rund 1.200 m<sup>2</sup>, bei »Edeka« ebenfalls um 1.200 m<sup>2</sup> und bei einem weiteren Billiganbieter (»Norma«) um rund 800 m<sup>2</sup> handelt, die untereinander keine direkte Verkehrsverbindung haben, sollte man meinen, daß sich diese Situation zumindest bremsend auf die Verkrüppelung der innerstädtischen Handelsstruktur auswirken müßte. Das ist nicht der Fall. Auch in Osterburg »verirren« sich lediglich 20 Prozent des Kundenstromes in die Innenstadt. Der Preiskampf zwischen den genannten Großanbietern führt zu ausgesprochenen Niedrigpreisangeboten. Die Kunden ziehen hier Vorteile aus der Konkurrenz durch besondere Billigangebote. Was die Angebotspalette anbelangt, so liegt sie, vermutlich der Standortzer-splitterung geschuldet, in Osterburg bei mehr als 600 Prozent gegenüber den innerstädtischen Anbietern.

Es erscheint so im Prinzip egal, in welcher Form sich die Großmärkte und Einzelhändler in den Klein- und Mittelstädten gegenüberstehen. In jedem Fall ergibt sich eine tödliche Konkurrenz für den innerstädtischen Einzelhandel und auch für das Handwerk. Mit dem allmählichen Absterben der traditionellen Handelsstruktur verlieren die Zentren ihre Attraktivität und veröden. Sie lassen sich höchstens noch zu Bürodienstleistungen umfunktionieren.

Was besagen diese Erfahrungen aus der Altmark? Wie repräsentativ sind sie für die neuen oder sogar für die alten Bundesländer? Die Altmark stellt ein repräsentatives Durchschnittsgebiet, sogar mit leichten Vorteilen gegenüber den südlichen Regionen Sachsen-Anhalts dar. In der Altmark hat sich die Entwicklung nach 1989 noch einigermaßen günstig vollzogen. Das hängt nicht zuletzt mit ihrer zentralen Lage im vereinten Deutschland zusammen. Die Altmark war das erste Terrain, in das die Investoren, so sie kamen, aus Niedersachsen und dem Hamburger Raum einfielen. Kleine und ein paar mittlere Städte boten eine solide Industriestruktur, die aus

verlegen... Gleich nach der Wende kaufte Krieger 42 Hektar an der Autobahn Berlin - Dresden, nicht weit vom Flughafen Schönefeld. Alsbald schossen riesige Einkaufshallen aus dem Boden: Möbel Höffner, Ikea, Möbel Tick, Stinnes Baumarkt, Toys »R« US und andere. Heute fahren Tausende Brandenburger und Berliner Tag für Tag zu dem rund 60 Hektar großen Gewerbepark. In den weißen, blauen und bunten Riesencontainern werden wöchentlich mehr als zwölf Millionen Mark umgesetzt, etwa 1000 Menschen fanden Arbeit in der Einkaufsstadt.«  
Der Spiegel, 1995, Nr. 41, S. 144.

»Armut und Aufschwung sind verteilt zwischen verschlafenen Ackerbürgerstädtchen und den häßlichen Einkaufszentren in Ostdeutschlands dynamischster Region.«  
Der Spiegel, 1995, Nr. 41, S. 134.

»Häufig trennen Sieger und Verlierer nur ein wenig Glück und Geschick.

Aufstieg oder Sturz, Rekordumsatz oder Konkurs – die Existenzgründer scheinen oftmals vom Zufall bestimmt. Doch es steckt auch System dahinter.«

Der Spiegel, 1995, Nr. 36, S. 118.

Konkurrenzgründen! geschleift wurde. Die Altmark verfügte vor der Wende über eine leistungsstarke Landwirtschaft mit international bekannten Betrieben. Sie existieren, zum Schrecken ihrer Konkurrenz oft auch heute noch, werden allerdings nun nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Sie haben den Angriffen der in der Regierung befindlichen »Agrarpolitiker« bislang trotzen können.

Die Altmark selbst kann auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurückblicken, die sie in besonderer Weise als Stabilisierungsfaktor einbringen kann. Die Kommunen waren schon vor der Wende mit einer überdurchschnittlich gut funktionierenden Infrastruktur ausgestattet. Das Bildungsniveau ist hoch. Aus dieser Sicht muß der Entwicklung der Altmark Allgemeingültigkeit zugestanden werden.

# GERD DIETRICH

## Zwischen Klassikmythos und Proletkult

Zur Kulturpolitik der KPD 1945/46

Die Interpretation der KPD-Kulturpolitik als eine Politik zwischen Klassikmythos und Proletkult will kein Nacheinander, keine lineare Entwicklung suggerieren. Mit ihr soll vielmehr eine Gleichzeitigkeit angedeutet werden, ein Spektrum von kulturellen Aktivitäten, eine Ambivalenz von geistigen Zielen. Nicht dem überkommenen Schema: von der Offenheit zur Enge, vom Pluralismus zum Dogmatismus, fühlt sich der Autor verpflichtet; statt dessen soll angedeutet werden, was in diesen Jahren gleichzeitig, wenn auch ungleichgewichtig, existent und wirksam war. Denn das, was nach 1945 in der SBZ unter dem kleinsten gemeinsamen Nenner Antifaschismus firmierte, umfaßte ein weites kulturelles Feld: von bürgerlicher Hochkultur bis zu proletarischen Aktivismen. Und dieses Spektrum bediente auch die Kulturpolitik der KPD.

Das soll an fünf Fragmenten der KPD-Kulturpolitik gezeigt werden: am Verhältnis zum Erbe, am Kulturbundkonzept, der Bildungsreform, der Intelligenz- und der Kunstpolitik. – Jedes dieser Felder war natürlich zugleich mit einem spezifischen Diskurs zwischen Intellektuellen und Kulturfunktionären verbunden; aber darauf einzugehen, wäre ein eigenes Thema.

### *Zum Kulturbegriff der KPD*

Zuvor jedoch, nicht zuletzt um den Rahmen abzustecken, einige knappe Bemerkungen zum Kulturbegriff und den kulturpolitischen Leitmotiven der KPD: Anton Ackermann hatte auf der Ersten Kulturtagung der KPD, im Februar 1946, einen Kulturbegriff verfochten, der auf die »doppelte Gestalt« von Kultur abzielte, d.h. auf die Gesamtheit der materiellen und geistigen Güter, und der Kultur als dem ganzen Volke zugehörig verstand. Mit diesem Kulturbegriff, der auf der Tradition klassisch-bürgerlichen Denkens ebenso fußte, wie er der Definition zeitgenössischer sowjetischer Philosophen folgte,<sup>1</sup> grenzte sich Ackermann von Auffassungen ab, die Kultur auf eine »Elite« oder auf das »Geistige« beschränkten.

Gleichwohl gelang es auch Ackermann nicht, diesen traditionellen Gebrauch des Begriffs Kultur zu verdrängen. Letztlich blieb eine Kulturauffassung, die sich auf geistige Werte, auf das »Schöne« und seinen vom Arbeitsalltag abgehobenen Genuß beschränkte, nicht nur im öffentlichen Bewußtsein, sondern auch in der Kulturpolitik der SED bis in die sechziger Jahre bestimmend.

Zwei Hauptfiguren bzw. Leitmotive kulturpolitischen Denkens, die sich in Ost und West zunächst frappierend glichen, dominierte

Gerd Dietrich – Jg. 1945, Historiker, Dr. sc. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Zeitgeschichte des Instituts für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

1 Gerd Dietrich: Politik und Kultur in der SBZ 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang, Bern, Berlin, Frankfurt a.M., New York, Paris, Wien 1993, S. 49ff.

Der hier abgedruckte Text deckt sich weitgehend mit dem auf dem Schwarzenberger Kolloquium »Hoffnung auf ein neues Deutschland« am 27. Mai 1995 gehaltenen Vortrag.

diese Kulturauffassung auch in den vierziger Jahren: *Zum einen* das Demokratisierungsmotiv: Nach 1945 knüpften KPD wie SPD an die kulturelle Tradition der Arbeiterbewegung an. Demokratisierung von Kultur bedeutete damals zwar nicht kulturelle Aufwertung der Massenkultur, sondern Popularisierung der Hochkultur; doch strebte sie Bildung und Kultur für alle an, was zwangsläufig in breiten Kreisen Zustimmung fand. *Zum anderen* das Hochkulturmotiv: Nach 1945, und bis in die fünfziger und sechziger Jahre hinein, griff Kulturpolitik ästhetische Vorstellungen von Bürgerlichkeit auf. Ihr Ziel war dabei vor allem die Bestandssicherung der Hochkultur; ein Bestreben, das zunächst einmal einen prinzipiellen Konsens der Intelligenz mit jeglicher Kulturpolitik begründete.

Diese kulturpolitischen Leitmotive waren eingebettet in die alte sozialistische Idee einer »Kulturgesellschaft« von gleichen und arbeitenden Menschen. Nicht von ungefähr beschwor sie gerade der Sozialdemokrat Richard Weimann zum Gründungstag der SED 1946: »Die Arbeiterbewegung ist von Anfang an eine Kulturbewegung gewesen«, der »Sozialismus ist eine Kulturbewegung im höchsten Sinne des Wortes«<sup>2</sup>.

2 Richard Weimann:  
Kultur- und Erziehungsaufgaben der Sozialistischen Einheitspartei,  
in: Einheit, Heft 3,  
April 1946, S. 14, 19.

#### *Klassikzentrismus und Vollstreckerideologie*

Mit Lessings Nathan der Weise eröffnete das Deutsche Theater in Berlin, wie viele Bühnen in der SBZ, seine Nachkriegsspielzeit. Schon dieses Beispiel deutete die zentrale Rolle an, die der Klassik im Umerziehungskonzept beigemessen wurde. Zudem spielte in dem nach 1945 geführten Diskurs, die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 zu Ende führen zu wollen, die Klassik eine wichtige Rolle. Freilich von Anfang an in einem klar begrenzten Sinne, festgeschrieben von Georg Lukàcs, z.B. in »Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur«, einer der ersten Broschüren des Aufbau-Verlages. Lukàcs' antithetische Konstruktion, die Klassik trage das fortschrittliche Erbe der Aufklärung weiter, mit der Romantik jedoch beginne die Reaktion, bestimmte für lange Zeit das Erbekonzept der KPD/SED.

Insbesondere für ihre Reputation unter der bürgerlichen Intelligenz spielte die Berufung der Kommunisten auf das klassische Erbe eine wichtige Rolle. Auf nicht wenige Intellektuelle, die noch von der antibürgerlichen Attitüde der Nationalsozialisten verschreckt waren, wirkte diese Haltung anziehend.

Doch die Favorisierung der Klassik allein an taktischen Zwecken festzumachen, griffe zu kurz, denn das Kulturverständnis vieler Funktionäre war vom Bildungsstreben der frühen sozialistischen Bewegung geprägt, wie es sich vor dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte: Man war also längst auf die Standards der bürgerlichen Kultur, auf das Hochkulturmotiv, eingestellt.

Den Höhepunkt erreichte der Klassikkult im Goethe-Jahr 1949. In diesem Jahr erlebte zudem Lassalles »Vollstrecker-These« ihre Auferstehung, auch wenn man sich sonst entschieden von Ferdinand Lassalle absetzte. Im Manifest der SED zur Goethe-Feier hieß es: »Die großen Ideale, die Goethe in seinem Werk und seinem Leben verkündete, werden durch die sozialistische Arbeiterbewegung in die Tat umgesetzt werden.«<sup>3</sup> – Den makabren Höhepunkt

3 Zit. nach: Dietrich, S. 428.



ihrer Propagierung erfuhr sie jedoch erst einige Jahre später: 1962 in Walter Ulbrichts Idee, daß in der DDR begonnen werde, den III. Teil des »Faust« zu schreiben.

#### *»Höhere« Politik und »universelles« Bündnis*

Am 3. Juli 1945 fand in Berlin die Gründungskundgebung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands statt. Er gewann Wirksamkeit und Anerkennung unter den Intellektuellen, denn er strebte einen breiten Dialog an: einen Dialog auf der Basis der humanistischen Traditionen, des Antifaschismus und eines weltanschaulichen Pluralismus; einen Dialog, der die »nationale Ehre« wiederzugewinnen und den abgebrochenen Kontakt zu den Intellektuellen im Ausland wiederherzustellen suchte.

Der Kulturbund begriff sich als überparteiliche Sammlungsbewegung, und er konnte diesen Nimbus über eine bestimmte Zeit bewahren. Sein Postulat der Überparteilichkeit kam zugleich traditionellen deutschen Vorstellungen vom »Wesen der Kultur«, einer mehr oder weniger »unpolitischen« Kultur, entgegen. Überparteilich sollte aber nicht unpolitisch heißen. Doch wer sich den Leitsätzen des Kulturbundes verpflichtete, fühlte sich zunächst frei von parteipolitischer Stellungnahme. Insonderheit Johannes R. Becher vertrat vehement den Anspruch einer gewissermaßen »höheren« Politik und eines »universellen« Bündnisses. Das ermöglichte ihm, zu einer Integrations- und gleichsam Verführungsfigur im Bund der Intellektuellen zu werden.

Der Kulturbund war der Versuch einer neuartigen Kulturorganisation in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Weder stand er in der Tradition bürgerlicher Kulturvereine, noch setzte er proletarisch-revolutionäre Verbände fort. Er basierte auf dem Volksfrontgedanken; aber er wurde von Kommunisten geführt. Zwangsläufig war dieses Konzept schon 1947/48 gescheitert. Anfang November 1947 wurde der Bund im amerikanischen und britischen Sektor von Berlin verboten. Im gleichen Zeitraum begann seine Transformation zu einer Massenorganisation in der SBZ, wengleich man deren Spezifik nie ganz Herr wurde.

#### *Volksbildung und »Arbeit an den Massen«*

Im Mittelpunkt der Kulturpolitik von KPD und SPD bzw. SED, dies sei betont, stand die Schulreform. Mit Unterstützung der SMAD und linker Politiker dominierte hier, im Unterschied zu den Westzonen, die gesellschaftskritische Tradition der Reformbewegung der zwanziger Jahre. Da damals noch keine strikte Trennung zwischen Kultur- und Bildungspolitik herrschte, wurde der Einsatz der Schulreformer zugleich zum wichtigsten Element, mit dem die SED Einfluß auf die Kultur in der SBZ erlangte.

In den Ländern der SBZ wurde mit den Schulgesetzen von Mai/Juni 1946 die demokratische Einheitsschule eingeführt. Und obwohl die Einheitsschule durchaus in bürgerlich-liberaler und stärker noch sozialdemokratischer Tradition stand, und obwohl sie auch positive amerikanische Bewertungen fand, etwa daß »sie direkt zum Abbau des Kastensystems der deutschen Gesellschaft« beitrage,<sup>4</sup> bekam die Einheitsschule im Westen bald den politischen

4 Zit. nach: Arthur Hearnden: Bildungspolitik in der BRD und DDR, Düsseldorf 1977, S. 23.

Anstrich einer roten Kaderschmiede. Das war vor allem der Radikallösung hinsichtlich der Lehrerschaft und der schrittweisen Verdrängung der Reformpädagogik geschuldet.

Unbestritten allerdings war die sogenannte Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, die Öffnung der Bildungswege. Als ein analoger Vorgang war die sogenannte Kulturelle Wendung zu den Massen gedacht, von den Gewerkschaften bereits im Herbst 1945 initiiert. Dahinter verbarg sich freilich ein eher bildungsbürgerliches Kulturbringer-Konzept. Denn mit der Kulturarbeit in den Betrieben war nicht an eine spezifische Arbeiterkultur oder -kunst gedacht, sondern an eine »hohe Kunst für jedermann«; mit einer betriebsbezogenen Gewerkschaftskultur sollte der Privilegcharakter von Kultur aufgehoben werden. Dafür wurden beträchtliche Mittel, z.B. für den Bau von Kulturhäusern, eingesetzt. Dem diente auch in erster Linie die schon 1947/1948 propagierte Forderung an Künstler und Schriftsteller, in die Betriebe zu gehen.

#### *Privileg und Order für die Intelligenz*

Der Härte und Konsequenz der Entnazifizierungsmaßnahmen an den Schulen und Hochschulen stand bekanntlich ein äußerst konzilianes Vorgehen der SMAD in anderen kulturellen Bereichen gegenüber. Das traditionelle Konzept sowjetischer Kulturpolitik, alle »wirklich großen« Künstler zu fördern, unbeschadet mancher Verstrickungen auch in der Nazizeit, fand bei den linken Intellektuellen in der SBZ geteilte Aufnahme. Ich erinnere an die Positionen kulturpolitischer Gegenspieler wie Kulturbund und Kulturverwaltung, personifiziert etwa in Johannes R. Becher und Erich Weinert: Becher lehnte 1945 die Ernennung zum Vizepräsidenten der Verwaltung für Volksbildung ab. Weinert übernahm 1946 diese Funktion, war aber nie Mitglied des Kulturbundes.

Nichtsdestoweniger war man sich darüber im klaren, daß die Mitarbeit der Intelligenz nicht durch ideologische Bevormundung, sondern nur mittels handfester materieller Angebote zu erreichen war. Über die berühmt-berüchtigten Pajoks und die großen Empfänge der Militärs in jenen Zeiten der Not und des Hungers ist schon viel geschrieben worden. Und auch jene »Kulturverordnung« vom März 1949 schien vor allem auf Initiative der Besatzungsmacht entstanden zu sein.

Natürlich widerstanden die »unpolitischen« deutschen Fachleute solchem Werben nicht. Viele waren auch von der Rolle angetan, die ihnen die »neue Gesellschaft« anzubieten schien. Zwar lehnten sie ideologische Gängelei ab; aber sie reizte schon immer eine Gesellschaft der Experten und der Planungsratio, der intellektuellen Konstruktion und der Ordnung; eine Gesellschaft, die sie von der »Anarchie« der Marktwirtschaft befreite und die ihnen materielle Vergünstigungen »weit über das normale Niveau hinaus« bot,<sup>5</sup> wie es Otto Grotewohl 1949 versprach.

#### *Moderne und Aktivismus*

In der Kunstpolitik traten maßgebliche Kulturpolitiker für einen Pluralismus der Richtungen ein. Auf der KPD-Kulturtagung im Februar 1946 postulierte Ackermann die »Freiheit der Kunst«, der

5 Otto Grotewohl: Intelligenz und Arbeiterschaft. Rede zur Verordnung der DWK, Berlin 1949, S. 8.

»kein Amt, keine Partei und keine Presse dreinzureden« habe.<sup>6</sup> Auf dem I. Parteitag der SED im April 1946 sicherte Grotewohl der Kunst, die von den Nazis »verbrannt, verdammt, verfolgt und vernichtet wurde, ...Daseins- und Geltungsrecht« zu.<sup>7</sup> Und noch im Mai 1948 forderte Ackermann »Zurückhaltung« der SED in den Fragen der Kunst. Er hielt »die Zeit nicht für gekommen, große Auseinandersetzungen über die verschiedenen Richtungen und Ismen in der Kunst durchzuführen«.<sup>8</sup>

Der Kunst der Moderne allerdings standen die Parteiführer skeptisch und oft verständnislos gegenüber. Ackermann wertete »Ismen« nach dem Ersten Weltkrieg als »Pseudokunst« ab, Grotewohl machte das »Geltungsrecht« von neuen, lebensfähigen Leistungen abhängig. Freilich wußten sie sich in dieser Haltung eins mit der Mehrheit des deutschen Publikums. Man befand sich in einem vielfachen Dilemma: Da widersprachen sich eigene Bildungstradition und die Werke der anerkannten Künstler aus den eigenen Reihen, da geriet die postulierte Toleranz unter den wachsenden Druck der Shdanowschen Kulturpolitik, da stand das Ziel der »hohen Kunst für jedermann« der Distanz der Masse der Arbeiter zur Hochkultur überhaupt entgegen.

Zugleich wirkten auch innerhalb der KPD/SED Schriftsteller und Künstlergruppen, die jene tolerante Kunstpolitik von Anfang unterliefen. Als markantes Beispiel will ich die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Künstler von Berlin nennen. Sie fand sich bereits im Herbst 1945 zusammen; ihr Initiator war Fritz Duda. Ihre Tätigkeit gestaltete sie nach den überkommenen Prinzipien der Asso und arbeitete direkt und propagandistisch für KPD und SED. Ganz in dieser Tradition stand auch ihr betont antibürgerlicher Duktus. Nicht zuletzt suchten diese Leute, die neuen Machtverhältnisse für sich auszunutzen.

Und noch bevor jene offenere Kunstpolitik der sowjetischen Formalismus-Kampagne zum Opfer fiel, drängten diese Kreise innerhalb der SED auf einen politisch motivierten Aktivismus der Kunst. Sie intrigierten gegen »die Diktatur« der »arrivierten Künstler« und wetterten gegen »unpolitische« und »formalästhetische« Kunst.<sup>9</sup> Und als die SED-Führung ab Mitte 1948 einen größeren Beitrag der Künste zur Umerziehung verlangte, kam ihr solcherart Aktivismus durchaus zupaß: Er wurde zum Schrittmacher einer Funktionalisierung der Künste.

Das zunächst durchaus attraktive Neue der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten bestand letzten Endes darin, daß sie in der Tendenz antikapitalistisch war und ein Gegenmodell zur »formalen« bürgerlichen Demokratie im Westen (und in der Weimarer Republik) darstellte. Darum war auch der Grundkonsens, der dieses Modell in der SBZ zusammenhielt, eben ein antifaschistischer Konsens im doppelten Sinne: als antikapitalistischer und als antiwestlicher Konsens.

Darum machten in diesen Jahren auch so unterschiedliche Menschen KPD- bzw. SED-Kulturpolitik, wie etwa der Nationalbol-schewist Ernst Niekisch, der religiöse Sozialist Karl Kleinschmidt, der Sozialdemokrat Richard Weimann, der Anarchist Theodor

6 Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung, in: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente zur Kulturpolitik 1945–1949, Berlin 1983, S. 140.

7 Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und der KPD am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper »Admiralspalast« in Berlin, Berlin 1946, S. 137.

8 Zit. nach: Dietrich, S. 126.

9 Ebenda, S. 270, 335.

Plivier, der Neoklassizist Johannes R. Becher, der Linksrevolutionär Erich Weinert und der Parteiideologe Alexander Abusch. Da ist weniger eine »Entwicklung« vom guten Anfang zum bösen Ende oder vom demokratischen Beginn zum stalinistischen Ausgang in der Kultur zu finden. Da war von 1945 an alles wieder präsent: von konservativ-bürgerlichen bis zu proletarisch-revolutionären Positionen, mit vielen Zwischentönen versteht sich. Zudem war der Nationalsozialismus zwar geächtet; aber einige seiner kleinbürgerlich-konservativen Positionen, die Verfemung der Moderne etwa, blieben erhalten.

Das kulturelle und geistige Leben in der SBZ setzte zunächst die Traditionen des Antifaschismus der Weimarer Republik fort, mit all seinen Elementen einer kulturellen Kapitalismuskritik. Wobei jener doppelte Konsens, antikapitalistisch und antiwestlich – und dessen antidemokratische und antimoderne Komponenten, das sei nicht vergessen – in Deutschland eine bis in die Romantik zurückreichende intellektuelle Tradition besaßen.

Belastet mit diesem Erbe, hineingerissen in den Kalten Krieg und abgelenkt durch den antifaschistischen Nimbus der Kommunisten übersahen viele Intellektuelle, daß wahrhafter Antifaschismus immer zugleich antitotalitär und radikaldemokratisch sein muß.

Aber da man 1945 ein »Volk in Agonie« vorgefunden hatte, wie Anton Ackermann beschrieb, »vom Gift einer Verzweigung gelähmt, die einer Mischung der Schocks der Bombennächte und Kriegsereignisse, des eingebleuten Bolschewistenschrecks und dem Bewußtsein eigener Mitschuld an all dem, was über Deutschland gekommen war, gleichkam«<sup>10</sup>; und weil die SED bald an Masseneinfluß verlor – sich gerade bei den Arbeitern wieder »eine allgemeine Solidarität gegen oben« herausgebildet hatte (bestand doch die Tendenz »eines mangelnden und zurückgehenden Vertrauens zur SED in erster Linie unter der Arbeiterbevölkerung«<sup>11</sup>, wie Ackermann bereits im Mai 1947 konstatierte) –, brach das kaum bezungene Mißtrauen gegenüber den »kleinen Leuten« wieder auf.

»Was hätte schon herauskommen können,« erinnerte Robert Havemann 1966, wenn die Mehrheit dieser Deutschen, die Hitler bis zuletzt gefolgt waren, »das Recht gehabt hätten, frei für sich selbst zu entscheiden. Nein, sie mußten gelehrt werden, ohne gefragt zu werden, von klugen, fortschrittlichen und selbstlosen Leuten. Erfüllt von unserem Sendungsbewußtsein hielten wir uns für die einzigen historisch Berufenen. Wir wurden zu Stalinisten, ohne es überhaupt zu merken.«<sup>12</sup>

10 Anton Ackermann: Vom Aufbau der antifaschistischen Demokratie, in: Staat und Recht, 5/1965, S. 671.

11 Zit. nach: Dietrich, S. 86f.

12 Robert Havemann: Fragen Antworten Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin und Weimar 1990, S. 65.

# MIHAI D. GHEORGHIU

## Die Schulen der Kommunistischen Parteien und ihr Erbe

Studie über die Ausbildung ehemaliger Eliten

Gegenwärtig läuft in mehreren Staaten eine Studie über Schulen, die in den ehemals sozialistischen Staaten für die Ausbildung des Nomenklaturkaders zuständig waren. Diese Studie ordnet sich in Forschungsarbeiten zu ehemals sozialistischen Eliten ein, die überwiegend nach 1989 begonnen wurden.

Das Absolvieren dieser Schulen stellte, neben der traditionellen staatlichen Ausbildung, lange Zeit eine unvermeidliche Etappe bei der Erlangung von Leitungsposten in wichtigen Bereichen der Gesellschaft dar – wurde doch hier die Führungsschicht für den politischen Apparat, die öffentliche Verwaltung, für Betriebe und die Armee ausgebildet. Aufgabe dieser Schulen war es, die ideologische Sozialisation zu sichern; nicht zuletzt mit Hilfe dieser Schulen wurde der soziale Aufstieg von bedeutenden Gruppen der Bevölkerung realisiert.

Die Geschichte dieses Phänomens beginnt mit den ersten Schulen der Sozialdemokratie und setzt sich fort mit den Schulen der kommunistischen Parteien, vor allem denen, die im neuen Sowjetstaat in den zwanziger und dreißiger Jahren existierten; sie erstreckt sich somit über ein ganzes Jahrhundert. In allen Ländern des »sozialistischen Systems« entstanden solche Schulen ab 1946. In der Organisationsform waren sie sich anfänglich sehr ähnlich; doch durch die zwangsläufige Anpassung an und Integration in das jeweilige System nationaler Bildung entwickelten sie sich später in diesem Punkt auseinander.

Zunächst, in den Gründungsjahren, wurde die Existenz dieser Schulen durch die Aufgabe legitimiert, als Schule für diejenigen Parteifunktionäre zu dienen, die überwiegend Arbeiter mit Grund- oder Mittelschulniveau waren und häufig keinen anderen Bildungsnachweis als den einer Berufsausbildung besaßen. In dieser Funktion stellten diese Schulen das politisierte Äquivalent der »Volkshochschulen«, die auf das Nachholen von Schulbildung für Erwachsene spezialisiert waren, dar; in gewisser Weise waren sie aber auch eine atheistische Entsprechung zu religiösen Schulen.

Später hatten diese Schulen, von denen einige in den sechziger und siebziger Jahren die Bezeichnung »Akademie« erhielten, die Bildung und die Reproduktion der intellektuellen Eliten der an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien zu ermöglichen sowie der »marxistisch-leninistischen Theorie« die Vorherrschaft, die sie innerhalb der Sozial- und Politikwissenschaften nun einnahm, zu sichern. Durch den Ausbau der Parteischulung zu einem geschlossenen Bildungssystem (Parteilehrjahr, Kreis- und Bezirks-

Mihai Dinu Gheorghiu – Jg. 1953, geboren in Iasi, Rumänien; Studium der Soziologie und Psychologie; Literaturkritiker, Soziologe und Übersetzer in Rumänien, lebt seit 1989 in Paris, arbeitet im Centre de sociologie de l'éducation et de la culture, seit 1994 für zwei Jahre Forschungskoope- ration in Berlin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Veröffentlichungen in »Actes de la Recherche en Sciences Sociales« und »Liber«.

1 Siehe Jutta Scherer: Les écoles du parti de Capri et de Bologne: la formation de l'intelligentsia du parti, in Cahiers du monde russe et soviétique, XIX (3), juil.–sept. 1978, S. 259–284; Dietmar Waterkamp: Handbuch zum Bildungswesen der DDR, Opladen 1987, S. 247–251; Gert-Joachim

Glaeßner: Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Op-laden 1989, S. 144–152.

2 In einigen dieser Schulen gab es konspirative Regeln, und die Kursteilnehmer erhielten bei ihrer Aufnahme konspirative Namen. Siehe Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990, S. 217ff.

3 Vergleiche das Interview mit H. N., ehemaliger stellvertretender Direktor der Parteihochschule Karl Marx.

4 Erving Goffman: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt a. M. 1972, S. 11. Nur ein Teil der Parteischülerinnen und -schüler lebte im Internatsregime und erfüllte damit die mit dieser Definition gesetzten Bedingungen.

5 Pierre Bourdieu: Les règles de l'art. Genèse et structure du champ littéraire, Paris 1992, S. 80f. Der Autor ist sich darüber im klaren, daß die Benutzung dieser verschiedenen gängigen Kategorien in den Sozialwissenschaften möglicherweise von der einen Seite als Euphemisierung, und mehr noch als Stigmatisierung mißverstanden werden kann (im Vergleich einer Parteihochschule mit einem Asyl) oder von der anderen als eine elegante Form der Legitimierung (im Vergleich solch einer Schule mit einer französischen Grande Ecole).

parteischulen, Parteihochschule) wurde eine frühzeitige politische Ausrichtung der einzelnen mit beträchtlicher Wirkung erzielt.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Parteischulen mehrere Jahrzehnte existierten und die Bildung von tausenden leitenden Funktionärinnen und Funktionären in allen ehemaligen sozialistischen Ländern sicherten, sind sie bisher kaum untersucht worden.<sup>1</sup> Eine erste Erklärung für dieses Defizit ist die Geheimhaltung, mit der die Kommunistische Partei Rußlands in den zwanziger und dreißiger Jahren einen Teil ihrer Aktivitäten<sup>2</sup> umgab. Eine andere Erklärung ist in der Geringschätzung des akademischen und professionellen Wertes dieser Schulen zu suchen, derentwegen sie noch heute als »wenig würdiges« Forschungsobjekt betrachtet werden. Es ist auch frappierend, daß dem historischen Kult, der oft um diese Schulen gemacht wurde, die Vernichtung eines Teils ihrer Archive folgte. Außerdem wird heute bei vielen der Stolz, »dazugehört« zu haben, von der Angst vor einem Mißbrauch der Kenntnisse über ihre Vergangenheit<sup>3</sup> überlagert.

Aber die entscheidende Erklärung ist zweifellos im besonderen Charakter dieser Institutionen, deren akademischer Status relativ neu war, zu finden: Bei der Auswahl für den Lehrkörper ebenso wie für das Studium überwogen die politisch bestimmten Kriterien stets gegenüber den wissenschaftlichen bzw. akademischen. Die Anbindung dieser Schulen an den politischen Apparat – an das Zentralkomitee und damit an die wichtigste Einrichtung –, die Rolle ihrer Kaderabteilungen und die ihnen eigene militärische (oder zumindest paramilitärische) Tradition haben sie zu exemplarischen Fällen von totalen Institutionen gemacht (im Sinn von Goffman: »Eine totale Institution läßt sich als Wohn- und Arbeitsstätte einer Vielzahl ähnlich gestellter Individuen definieren, die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes, formal reglementiertes Leben führen.«<sup>4</sup>). Oder, besser, zu gesellschaftsfähigen Institutionen (institution bâtarde, im Sinn von Bourdieu<sup>5</sup>), die sich an der Schnittstelle von politischen und akademischen Räumen befanden und die auf die Vervollkommnung der politischen Kontrolle über die Gesellschaft und gleichzeitig auf den Ausgleich zwischen politischem und kulturellem Kapital spezialisiert waren.

»Der Salon der Fürstin Mathilde ist das Paradigma dieser gesellschaftsfähigen Institutionen, deren Äquivalent in den tyrannischsten Systemen zu finden ist (faschistisch oder stalinistisch zum Beispiel) und wo der Austausch entsteht, der mit dem Ausdruck »Gewinnung« ... falsch beschrieben wäre, und in denen die beiden Lager definitiv auf ihre Kosten kommen: Das ist oft vermittelt durch fehlbesetzte Personen, genügend mächtig, um von den Schriftstellern und den Künstlern ernst genommen zu werden, ohne es jedoch genügend zu sein, um von den Mächtigen ernst genommen zu werden – Personen, die diese sanften Formen des Zugriffs entwickeln, die das vollständige Trennen von den Inhabern der kulturellen Macht verhindern oder diese ganz entmutigen und die sie in konfusen Beziehungen übertölpeln, gegründet auf die Dankbarkeit und Schuldigkeit des faulen Kompromisses, entgegen einer Vermittlungsmacht, wahrgenommen als letztes Refugium

oder mindestens als Insel des Zuflucht, geeignet, die Zugeständnisse des schlechten Gewissens zu rechtfertigen und von heroischen Brüchen zu befreien.«<sup>6</sup>

Die Arbeit, die wir bisher unternommen haben, ist grundsätzlich auf die Geschichte dieser Institutionen gerichtet, auf deren Organisationsweise und auf die Veränderungen, die bei akademischen Bildungseinrichtungen in den Gesellschaftswissenschaften, bei der zahlenmäßigen Entwicklung des Lehrkörpers und der Studierenden sowie bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Unterrichtsfächern eingetreten sind (An dem Forschungsprojekt beteiligen sich mehrere Teams: Ivan Bajomi und Gabor Eröss in Budapest, wo die Untersuchung erst begonnen hat, Natascha Schmatko und Larissa Kozlova in Moskau, von denen wir vor allem Beiträge zum historischen und organisatorischen Charakter erhalten konnten, und Lilliana Dejanowa in Sofia. Neben den Forschungen in Berlin, unter Mitarbeit von Angelika Haas, ist die Arbeit, die Mariana Ioan über die ehemalige Akademie für Gesellschafts- und Politikwissenschaften Bukarest macht, gegenwärtig am weitesten fortgeschritten.<sup>7</sup>) Die Untersuchungen sind im wesentlichen in Archiven durchgeführt worden: in Berlin, in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« und unter spezieller Nutzung der Archive der Parteihochschule »Karl Marx« und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie in Bukarest in den Archiven der ehemaligen Akademie für Gesellschafts- und Politikwissenschaften beim ZK der KPR.<sup>8</sup> Die Durchführung von zwei Stichproben bei ehemaligen Dozenten und Studenten der Parteihochschule »Karl Marx« aus wiederaufgefundenen Dokumenten gestattete uns eine statistische Analyse der grundlegenden sozialen Charakteristika dieser Population, die mit den Daten aus den Archiven der ehemaligen Akademie von Bukarest (N = 2000) verglichen wurden (Es handelt sich in diesem Fall nur um Angaben, die ehemalige Studenten betreffen: um Alter, Geschlecht, abgeschlossenes Studium [einschließlich Parteistudium], Dauer der Parteizugehörigkeit, Produktionserfahrung, Tätigkeit vor Studienbeginn, vorgesehene Tätigkeit nach Beendigung des Studiums.<sup>9</sup>) Diese quantitative Analyse wurde bzw. wird gegenwärtig durch eine Reihe von Interviews und eine Befragung per Fragebogen bei etwa hundert Vertretern des ehemaligen Lehrkörpers vervollständigt. Ein anderer Teil der Arbeit besteht in einer sekundären Analyse von Literatur über den leitenden Kader und seine Bildungsinstitutionen. Die Daten dafür stammen aus statistischen Jahrbüchern, Bänden mit Interviews und veröffentlichten Biographien, Nachschlagewerken vom Typ »Who's Who« und Romanliteratur.

### *Homologiebeziehungen und Feldwirkungen*

Um der Gefahr endloser Vergleiche zwischen den großen historischen Entitäten oder uferlosen Monographien zu entgehen, haben wir als theoretisches Fundament für diese Arbeit die Kritik des Begriffs Institution oder Apparat und zugleich die des Begriffs Totalitarismus, wie er von Pierre Bourdieu in seiner Konstruktion des Begriffs Feld eingeführt worden ist, gewählt.

6 Pierre Bourdieu: Les règles de l'art. Genèse et structure du champ littéraire, Paris 1992, S. 80f.

7 Im übrigen beschränkt sich der Vergleich nicht allein auf die ehemaligen sozialistischen Länder, wir berücksichtigen auch die Arbeiten über französische Kommunisten von Bernard Pudal (Prendre parti. Pour une sociologie historique du parti communiste français, Paris 1989).

8 Die in den Archiven beider Länder verfügbaren Dokumente sind auch ein Indiz für die jeweiligen politischen Transformationen: In Bukarest handelt es sich vor allem um persönliche Akten von Studenten zwischen 1970 und 1989 (16.000), die in den Archiven des Polytechnischen Instituts aufbewahrt sind, das einen Teil der Räume der ehemaligen Akademie übernommen hat. In Berlin handelt es sich um Dokumente, die vor allem von den Kaderabteilungen der Parteihochschule »Karl Marx« in den fünfziger und sechziger Jahren erstellt wurden und schon als Archiv zu Zeiten der Schule existierten. Für den gleichen Zeitraum stehen in Bukarest keine Archive zur Verfügung, sie befinden sich wahrscheinlich in den Archiven des ZK, die für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

9 Siehe M. D. Gheorghiu: *Des écoles de parti aux écoles de gestion. La formation et les reconversions de l'élite dirigeante dans l'ancienne R.D.A. Le cas de la Parteihochschule »Karl Marx«*. Situation de la recherche au 30 septembre 1994, 143 S. [Zwischenbericht]).

10 Siehe Pierre Bourdieu (avec Loïc J. D. Wacquant): *Réponses. Pour une anthropologie réflexive*. Paris 1992, S. 78–81; 236–237.

11 *Sciences rationnelles pures et sciences empiriques – mathématique et philosophie, histoire et grammaire, etc.* Siehe: *Der Streit der Fakultäten, 1798*, in: *Kants Werke, Akademie-Textausgabe, Band VII*, Berlin 1968.

12 Für die DDR muß man auch die pädagogischen Fakultäten oder Institute als »ideologische« Institutionen nennen.

13 Das System der Delegation zum Studium war nicht nur den Parteischulen vorbehalten: Es war auch in bestimmten Fakultäten oder Sektionen staatlicher Bildung üblich (z.B. an den Fakultäten für Recht), wo eine Selektion nach nichtschulischen Kriterien den Vorrang vor schulischen hatte, die maßgeblich waren für normale Studenten. Die von der

Es handelt sich im wesentlichen darum, die Geschichte der Kämpfe gegenüberzustellen, die das Feld als eine Art »Höllmaschine, programmiert auf bestimmte Ziele« und als »Wahnvorstellung vom Komplott, von der Idee, ein dämonischer Wille sei für alles verantwortlich, was in der gesellschaftlichen Welt passiert, die das kritische Denken beunruhigt«, beschreiben – in dem Gebrauch, den die Begriffe des Apparats (Althusser) oder des Systems (Luhmann) erfahren. »Das Schulsystem, der Staat, die Kirche, die politischen Parteien oder die Gewerkschaften sind keine Apparate, sondern Felder. In einem Feld kämpfen die Akteure und die Institutionen nach einem Reglement und den konstituierenden Regeln dieses Spielraums (unter Umständen um die Regeln selbst) mit verschiedener Stärke und dadurch verschiedenen Erfolgchancen, um sich spezifischen Gewinn zu sichern, der in diesem Spiel im Spiel ist. Diejenigen, die ein gegebenes Feld dominieren, sind in der Position, es zu ihrem Vorteil funktionieren zu lassen, aber sie müssen immer mit Widerstand der Dominierten rechnen, mit Protest, (Lohn-)Forderungen, Ansprüchen, politischer Art oder nicht.«<sup>10</sup>

Das Feld der Schulen zur Bildung des leitenden Kaders in den sozialistischen Ländern hatte als grundsätzliches Merkmal der Unterscheidung folgenden »Index«: Die Politik der kommunistischen Parteien verwies die alten oberen Fakultäten – wie sie von Kant<sup>11</sup> benannt wurden – auf einen zweiten oder sogar marginalen Platz, vor allem die Theologie, aber auch die Rechtswissenschaft (die, obwohl zu sozialistischem Recht reformiert, einen geringeren Stellenwert im Vergleich mit früheren Zeiten oder im Vergleich mit anderen »ideologischen« Disziplinen hatte); die unteren Fakultäten, selbst die Medizin, wurden zu Orten der Bildung und Übermittlung einer neuen Weltanschauung gemacht, in denen das ideologische Monopol der Partei galt, und Naturwissenschaften und Technik (begleitet von konsequenter Entwicklung der Mathematik) wurden zu vorrangigen Disziplinen für die Ausbildung von Spezialisten.

Neben der Umkehrung der Positionen von zeitweilig dominierten und zeitweilig dominierenden gibt es einen anderen Anhaltspunkt zur Differenzierung in diesem Feld: Er gestattet, nach »ideologischen« Fakultäten und Institutionen zu unterscheiden, darunter wieder zwischen Schulen der Macht (der Parteien, der Gewerkschaften...), die eine Ausbildung in marxistisch-leninistischer Philosophie, in Geschichte (vor allem der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Parteien), in Politischer Ökonomie (des Kapitalismus und des Sozialismus) und Wirtschaftspolitik (Industrie und Landwirtschaft) und in Recht<sup>12</sup> zu gewährleisten hatten, also Institutionen, die nichtschulischen Kriterien den Vorrang gaben (wer nicht in diesen Parteien war respektive nicht für bestimmte Funktionen vorgesehen war, konnte sie nicht besuchen), und »normalen« staatlichen<sup>13</sup> Universitäten und Hochschulen, die an ihren Fakultäten/Sektionen eine fachliche Ausbildung boten, die allerdings ohne Teilnahme am »marxistisch-leninistischen Grundlagestudium« auch nicht absolviert werden konnte.

Eine dritte Gruppe ist mit den Hochschulen und Universitäten zu bilden, die in den selteneren Disziplinen eine beschränkte Zahl von



Absolventen ausbildeten und eine Auswahl nach internen Kriterien trafen, bei denen mitunter natürliche Begabung mehr als schulische Leistung zählte (vor allem bei künstlerischen Studien, aber auch bei Fremdsprachen, Sport oder Architektur).

Im Verlaufe der »wissenschaftlich-technischen Revolution« mit ihren Anforderungen an eine intensivierete Reproduktion nahmen allerdings die technischen Fakultäten, die die größte Zahl an Spezialisten ausbildeten (Ingenieurschulen),<sup>14</sup> eine gesellschaftlich höher bewertete Position ein.

### *Autonomiebestrebungen*

Tendenzen zur Autonomisierung – oder Feldwirkungen im Inneren der Schulen der Macht – lassen sich sehr früh feststellen. Aus historischer Sicht stellen sie – nach der Periode der Säuberungen und Schauprozesse mit dem Übergang der sich verändernden kommunistischen Eliten zu sanfter, symbolischer Gewalt – zunächst eine Tendenz zur Rationalisierung und zur »Normalisierung« dar. Waren die Hochschule der KPdSU 1939 und die anderen Parteihochschulen 1946 als Schulen neben dem bestehenden Bildungssystem gegründet worden, so bekamen alle diese Einrichtungen 1956 einen Status, der dem staatlicher Hochschuleinrichtungen mehr oder weniger entsprach (Larissa Kozłowa spricht von Konkurrenzbeziehungen zwischen Institutionen kommunistischer Bildung von den dreißiger Jahren an.<sup>15</sup>). Später zeigt das Entstehen von konkurrierenden Institutionen, die jedoch bei vergleichbarem politischen Gewicht<sup>16</sup> nach anderen Prinzipien der Hierarchisierung funktionierten, Veränderungen in der Ausübung des Monopols der jeweiligen kommunistischen Parteien bei der Ausbildung des leitenden Kadern an.

Die Rolle, die diesen Parteischulen anfänglich beim Ausgleichen der Bildungsdefizite zukam, wurde immer mehr zurückgedrängt. In Schulen übliche Kriterien hatten jetzt für die Aufnahme von Studierenden größere Bedeutung, und seit Ende der sechziger Jahre wurde von den Kandidaten ein Hochschuldiplom gefordert. Die verschiedenen Studien über die »Nomenklatura« zeigen auch, daß sich das Gewicht des Parteistudiums im schulischen Gesamtkapital des leitenden Kadern verringerte.<sup>17</sup>

Mit dem Hinzukommen weiterer Bildungsstufen wurden die Schulen außerdem zu Begegnungsorten der leitenden Kadern, und die Ausbildung der »Basis« über längere Zeiträume trat (zahlenmäßig und in der Wertschätzung vieler Angehöriger des Lehrkörpers) an die zweite Stelle. Dabei handelte es sich um Veränderungen, die auch in der Modifizierung sämtlicher soziologischer Eigenschaften der Studierenden zu beobachten sind, ob es dabei um Verjüngung, den zunehmenden Anteil an Frauen oder das Anwachsen von schulischem Kapital insgesamt geht. Die soziale Distanz im Inneren der Institution wurde größer, und das nicht nur zwischen den beiden Kategorien von zum Studium Delegierten, sondern auch innerhalb des Lehrkörpers, was sich auch in der Tatsache zeigte, daß die hierarchischen Beziehungen starrer und die Spannung insgesamt größer wurden.<sup>18</sup>

Wie bei Volkshochschulen ging es anfänglich um die Korrektur

Art des Berufs geprägte Beziehung zum Studium im ersten Fall, wo die »Karriere« schon begonnen hatte, unterscheidet sich von der mehr schulisch oder mehr »intellektuell« geprägten.

14 Für eine erste Analyse dieser Problematik siehe: Monique de Saint Martin et Mihai D. Gheorghiu: Les institutions de formation des cadres dirigeants. Etude comparée, Paris 1992, besonders die Beiträge von Ivan Bajomi, Effi Böhle, M. D. Gheorghiu, Mariana Ioan, Nathalie Chmatko, S. 149–210. Für die soziale Neuformierung des Lehrkörpers an den Universitäten in der früheren DDR siehe Ralph Jessen: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Hartmut Kaelbe, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

15 Larissa Kozłowa: Das Institut der Roten Professur (die Jahre 1921–1938). Historiographischer Abriss, in: Soziologisches Journal, Moskau, H. 1, 1994, S. 96–112.

16 Im Fall von Rumänien sind das die beiden Parteischulen, die Ende der vierziger Jahre gegründet wurden. »A.A.Shdanov« wurde gegen 1960 geschlossen, die Parteihochschule »Stefan Gheorghiu« 1965 zur Akademie umgebildet, und das CEPECA (Zentrum zur Weiterqualifizierung leitender Kadern), das 1968 eröffnet und 1971 in die Akademie »Stefan Gheorghiu« eingegliedert wurde. Schließlich erfolgte 1977 der Übergang der Fakultäten für Journalismus, Außenhandel

und der Aspirantur in Soziologie an die gleiche exklusive Akademie. Um das Bild zu komplettieren, muß man auch das Anrechnungssystem für die Militärschulen oder –akademien im Hinblick auf die Studienzzeit bei Recht, Medizin oder Technik berücksichtigen.

17 Siehe Eberhardt Schneider: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED–Nomenklatura, Opladen 1994.

18 Die Aussagen von S. Ch., Professor für Soziologie an der Akademie Bukarest, und E. T., Professor für wissenschaftlichen Sozialismus an der Parteihochschule »Karl Marx«, stimmen in dem Punkt überein, daß die Atmosphäre zur Zeit der beiden letzten Direktoren dieser Schulen, Dumitru Popescu und Kurt Tiedke, gespannt war. E. T. bemerkt gleichfalls, daß in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz die Atmosphäre an der Parteihochschule »Karl Marx« angenehmer gewesen sei (und das trotz des despotischen Leitungsstils von Hanna Wolf), sich alle untereinander gekannt hätten; später war das nicht mehr der Fall; die Vertrauensbeziehungen beschränkten sich auf die jeweiligen Lehrstühle.

19 Über »capital organisationnel« und »capital bureaucratique« siehe Donald Broady, Mikael Palme: Le champ des formations de l'enseignement supérieur en Suède – Bilan de recherche, in: Monique de Saint Martin et Mihai D. Gheorghiu ed., a.a.O, S. 16–19 (»Le capital

von Ungerechtigkeiten und die Überwindung von wirklichen – oder auch nur angenommenen – Privilegien. Später jedoch ging es nicht mehr um Korrektur, sondern darum, mittels dieser Schulen die Reproduktion des Systems im Interesse des Machterhalts der herrschenden Parteien zu sichern. Die Schulen wurden so zu Monopoleinrichtungen, die ihren Anspruch auf alleinige Elitenproduktion durch politische Kontrollmechanismen auf allen Stufen des Schulsystems absicherten. Auf die Dauer hatte das merkwürdige Auswirkungen: zum einen die Konkurrenz zwischen zwei Kategorien von Eliten, der durch die Partei geformten und der durch den Staat geformten; zum zweiten die Tendenz zur Akademisierung der »marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften«; zum dritten die Durchsetzung politischer Kriterien bei Auswahl und Bildung anderer professioneller Eliten.

Die Tatsache, daß es unmöglich war, Zugang zu Professionen wie Medizin, Ingenieurwesen oder zum Lehrer-Beruf zu erhalten, ohne einen Prüfungsnachweis in Marxismus-Leninismus oder Parteipolitik vorweisen zu können, ist ein exemplarischer Fall von politischer Beschränkung beruflicher Rechte. Durch die »Revierstreitigkeiten« zwischen Staat und Partei ist es jedoch nie wirklich zu einer »totalitären« Ausweitung gekommen, andererseits haben diese Streitigkeiten die Stärkung von nichtakademischen Kriterien sozialer Unterscheidung und die Bildung einer »Gegenelite« zu Beginn einer neuen Sozialordnung (nach 1989) bewirkt.

### *Klasse oder Stand?*

Durch die Erforschung der Parteischulen lassen sich die Anteile begreifen, die dem kulturellen Kapital im allgemeinen und dem schulischen Kapital im besonderen in der Gesamtheit der Besitztümer der herrschenden Klasse in den ehemaligen sozialistischen Ländern zukamen; ebenso sind die spezifischen Formen des Ausgleichs für politisches Kapital erfaßbar. Der Begriff Kapital ist essentiell, um eine Gesamtheit von Ressourcen zu bezeichnen, die von den herrschenden Klassen zur Verwirklichung ihrer Herrschaft mobilisiert werden. Das Kapital der Herrschenden setzt sich aus unterschiedlichen Arten von Kapital zusammen – aus sozialem, kulturellem (mit der Unterart schulisches Kapital), politischem, ökonomischem usw. Die Beschreibung des kulturellen Kapitals ist besonders geeignet für das Verständnis des heuristischen Wertes des Kapitalbegriffs, ohne daß er immer einem bestimmten metaphorischen Gebrauch entginge (dabei ist das Besondere des kulturellen Kapitals die Verneinung des ökonomischen). Bei Gesellschaften »sozialistischen« Typs (die schwedische oder die sowjetische) spreche ich von »bürokratischem Kapital«. <sup>19</sup> Der Begriff Kapital hat vor allem den Vorzug, die akkumulativen Strategien der »neuen Klasse« hervortreten zu lassen, die in den rein moralischen (wie Loyalität) oder organischen Kategorien (wie soziale Herkunft) systematisch in Abrede gestellt werden. Mit diesen moralisierenden oder organistischen Darstellungen aufzuräumen, ermöglicht eine objektive Soziologie, die den Widersprüchen »kritischer« oder »militanter« Soziologien entgeht.

Das kulturelle Kapital spielte eine sehr wichtige Rolle im

Professionalisierungsprozeß, der die Aktivisten der revolutionären Parteien zu »Kadern« oder Funktionären machte.<sup>20</sup> Mit dem Bildungssystem im allgemeinen und dem Untersystem politischer bzw. ideologischer Bildung im besonderen ließen sich eine Zuständigkeit für die Doktrin und die Formalisierung dieser Zuständigkeit für Diplome und alle anderen akademischen Titel erwerben, die die »Ideologie« fest an die Berufe banden.<sup>21</sup> Aus soziologischer Sicht bilden die Parteischulen als Schulen der Macht einen privilegierten Raum, der es ermöglicht, den Prozeß sozialer Mobilität in den sozialistischen Gesellschaften und die Zirkulation ihrer Eliten (Arbeiter, Funktionäre oder Intellektuelle) zu beobachten und außerdem zur Überwindung des theoretischen Totpunktes zwischen Klassenzugehörigkeit und Standeszugehörigkeit zu kommen, an dem die marxistische Soziologie wie der Funktionalismus<sup>22</sup> angelangt sind. Der Prozeß der Intellektualisierung großer Gruppen der sozialistischen Gesellschaft ist in seinem Ursprung eine Konzentration kulturellen Kapitals, sowohl aufgrund der Akkumulationsstrategien seitens der neuen Eliten als auch aufgrund der Konservierungsstrategien seitens anderer Gruppen, insbesondere der Erben des Bildungsbürgertums. Für die Letzteren war das kulturelle Kapital in einer von zunehmender staatlicher Präsenz beherrschten Lage zu einem zuverlässigen Wert geworden, das den Familien Strategien ermöglichte, die erzwungene Deklassierung der fünfziger Jahre zu kompensieren.<sup>23</sup>

Mit der Erforschung der Parteihochschulen läßt sich auch die Frage der Identität der sozialistischen Eliten erörtern, die häufig widersprüchlich und doppeldeutig definiert wird – sind es »Kader«, sind es Intellektuelle? –, und den Tücken zufälliger Vergleiche mit anderen Kategorien oder Gruppen von Eliten entgehen – sei es in der gleichen Gesellschaft (das Bildungsbürgertum in Deutschland zu anderen Zeitpunkten) oder in unterschiedlichen Gesellschaften (der Intelligentsia in Frankreich oder Rußland).<sup>24</sup> Die polemische Zurückweisung einer internen Sicht, die von der marxistisch-leninistischen Theorie ausgearbeitet wurde und auf der genealogischen Größe des organischen Intellektuellen besteht, der an die Arbeiterklasse gebunden ist, und die Durchsetzung einer externen Sicht, die den leitenden Kader im Sozialismus einzig als funktionelle Elite betrachtet, sozusagen ausschließlich als Funktion von der Stellung, die sie im Apparat<sup>25</sup> einnehmen, versagt sich das Verständnis für die Theoriwirkung, die der Marxismus bei der sozialen Konstituierung dieser Elite ausgeübt hat. In der Realität sind diese beiden Perspektiven komplementär. Die sozialistischen Eliten befinden sich in dem besonderen Widerspruch, einerseits das Volk zu repräsentieren (politisch und symbolisch) und andererseits zum Volk zu gehören (laut Verfassung). Hier liegt im Kern die Rechtfertigung des Machtmonopols, dessen Ausübung als zeitweilig verstanden wird – in Hinsicht darauf, daß der Staat in der kommunistischen Gesellschaft verschwindet –, aber auch insofern, als die Rückkehr jedes leitenden »Kaders« zu seinem »Ursprung«, zur Klasse seiner Herkunft, möglich ist. Die Frage, die den Kern aller Kritik an den »Volksdemokratien«<sup>26</sup> bildet, ist, wie eine Theorie, die der Gesellschaft das Primat gegenüber jedem Apparat zusichert, dahin

organisationnel«) und Natalia Chmatko: Les entrepreneurs en Russie: genèse d'un nouveau groupe social, Paris 1994, S. 55, 83, 91.

20 Es handelt sich nicht um Synonyme zwischen den beiden Wörtern, wenn wir hier »leitende Kader« bzw. »Parteifunktionäre« und »Parteiintellektuelle« betrachten, die den wesentlichen Teil der untersuchten Gruppe bilden.

21 Die Untersuchung von verschiedenen Spezialfächern, die Grundlage der Ausbildung in den Parteischulen waren, ist wichtig, um den Prozeß akademischer Legitimierung für eine Reihe von Disziplinen zu erkennen, die wissenschaftlich betrachtet, dürftig sind, wie auch, um sie im Raum der Macht einordnen zu können und zu verstehen, wie und in welchem Maße sie Ressourcen waren, die den beruflichen Neubeginn ihrer Vertreterinnen und Vertreter begünstigt oder benachteiligt haben.

22 Heike Solga: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995.

23 Mit größerer Wahrscheinlichkeit findet man auch die »Erben« der ehemals herrschenden Klassen unter denen, die ein »klassisches Kulturstudium« gemacht haben, Kunst und Literatur, Gebiete, die sich besser eignen zur Reproduktion der Kultur einer Klasse und zur Weitergabe eines kultivierten Habitus, als unter denen, die Gesellschaftswissenschaften studiert haben, generalistische

Disziplinen, die auf die Einführung einer neuer Weltanschauung und zugleich auf eine Neuordnung von gesellschaftlichem Verhalten orientierten (für im wesentlichen normative Wissenschaften).

24 Siehe zum impliziten und expliziten Gebrauch von »Restauration« einige vergleichende Analysen über die DDR, die von Hartmut Kaelbe, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, zusammengestellt wurden, wie die Kritiken, die im Hinblick auf den Gebrauch retrospektiver Vergleiche über einen langen Zeitraum von Michel Espagne et Christophe Charle (Vgl. Christophe Charle: *Intellectuels, Bildungsbürgertum et professions au XIXe siècle. Essai de bilan historique comparé [France, Allemagne]*, in: *Actes de la Recherche en Sciences Sociales*, 106, 1995, S. 85–95).

25 Das ist vor allem der Fall in den empirischen Studien, die über die Mitglieder des ZK der SED geführt werden.

26 Man muß sich hier die semantische Verschiedenartigkeit der Wörter »Demokratie« und »Volk« in Erinnerung rufen, denen der polemische Gebrauch ausschließlich einen Sinn zu geben verstand. Die »Söhne des Volkes« sind vielleicht weniger, als sie es behaupten, politische Vertreter der Volksklasse, und ihre Politik ist unpopulär geworden (ohne daß sie es immer gewesen wäre).

27 Die Arbeiter honoris causa, wie sie Dietmar Wittich mit einer treffenden For-

gekommen ist, einen Apparat zu erzeugen, der den Anspruch hat, sich an die Stelle der ganzen Gesellschaft zu setzen.

Die Antwort findet sich weitgehend im doppelten Gebrauch des politischen Delegierungssystems, genealogisch und funktionell. Das genealogische Kriterium wird selbst dann als politisches Auswahlkriterium aufrechterhalten, wenn die Herkunft aus der Arbeiterschaft zunehmend ein eher symbolischer Status ist.<sup>27</sup> Parallel dazu wird das funktionelle Kriterium – Kompetenz und Bindung an den Apparat – immer wichtiger, je nachdem, wie sich die studentische Basis erweitert, die Konkurrenz zunimmt und sich ein rationelles Auswahlverfahren aufdrängt. Die Parteischulen sind ein wesentlicher Mechanismus in diesem Rationalisierungsprozeß. Während das Durchlaufen verschiedener Posten und Funktionen im Apparat es ermöglichte, bestimmte Arten von Kapital (politisches, soziales oder bürokratisches) zu akkumulieren – die Hauptursache für die soziale Ungleichheit sozialistischer Gesellschaften! –, strebte der Apparat nach Kontrolle sowie danach, sein Monopol über die Verteilung dieses Kapitals zu behaupten. Eine Reihe einschränkender Maßnahmen – sie betreffen vor allem die Akkumulation ökonomischen Besitzes oder seltene Dienstleistungen sowie den Austausch unter den Gruppen, die die herrschende Schicht bilden – zielten darauf ab, die Transformation des Parteikaders in eine Kaste zu verhindern, die ihre Bande zum Volk verliert.<sup>28</sup>

Doch trotz aller »revolutionären Wachsamkeit«, die zu diesem Zweck aufgebracht wurde, bewies die Existenz der neuen Klasse oder Nomenklatura, die von Milovan Djilas bzw. Michael Voslensky<sup>29</sup> beschrieben wurde, daß der Akkumulationsprozeß irreversibel war und zu den Grundlagen des politischen Systems gehörte. Unmöglich war nicht nur die absolute Kontrolle; bestimmte Arten von Kapital entgingen ihr sogar weitgehend (aufgrund fehlender juristischer Vorkehrungen). Das gilt insbesondere für die Bereiche des sozialen und kulturellen Kapitals.<sup>30</sup>

Die Existenz dieser Elite, die von der übrigen Gesellschaft losgelöst war – durch einen Komplex sehr strenger Regeln, den sie sich und ihr auferlegte und der mehr an Umgangsformen und kulturelle Titel gebunden war und auf einer genealogischen Betrachtungsweise der Gesellschaft beruhte –, rechtfertigt die Bezeichnung als neuen Adelsstand, gewissermaßen als Ensemble von Handlungsträgern, die durch Beziehungen wechselseitiger Anerkennung und der sozialistischen Gesellschaft als Ständeordnung vereint waren, ohne daß ihm deshalb sein Klassen- oder Volkscharakter abgesprochen werden würde. Die periodisch neu bestätigte Genealogie war Teil jeder politischen Arbeit zur Mobilisierung der Volksklassen und der Bekräftigung ihrer wahren Werte. Diese politische Arbeit trug im übrigen zur Bildung eines sozialistischen Staatsadels bei, indem sie die zwei Formen von Kapital vereinte, die unerlässlich sind für das Entstehen einer solchen Gruppe – das symbolische Kapital (mit der geadelten proletarischen Herkunft und dem Opfergeist, der damit assoziiert wurde) und das kulturelle Kapital mittels der Herausbildung sozialistischer Leistungsprinzipien, die sich mehr auf schulische Ergebnisse und die Anerkennung des Diploms stützen als auf die Her-

kunft oder politische Treue- oder Loyalitätsbeweise. Diese zwei Gruppen von sozialistischem Staatsadel hatten in der Welt der Parteischulen einen privilegierten Begegnungsort, der es ermöglichte, das Gleichgewicht zwischen den zwei konkurrierenden Formen der Macht – der weltlichen und der geistigen – herzustellen oder neu einzustellen.

Als elitäre Zufluchtsstätten vereinte das System der Parteischulen Institutionen, die auf die Ausbildung des »operativen« Kaders spezialisiert waren (als Begriff eher passend für den Militärkader, aber auch für Verantwortliche im Organisationsbereich, in der Parteikontrollkommission und für Parteisekretäre auf allen Ebenen), und Institutionen, die auf die Ausbildung von Intellektuellen in der Partei spezialisiert waren, »Spezialisten« und »Ideologen«. Es gab anerkanntermaßen immer eine Distanz zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, einem »Freiraum« (selbst wenn es noch hier eine Rollenaufteilung unter denjenigen gab, die auf die »Wahrung der Linie« spezialisiert waren, und denjenigen, die mehr als Innovationsträger verstanden wurden), und der Parteihochschule »Karl Marx«. Als exemplarischer Fall für eine totalitäre Institution beschworen, war sie immer mit eiserner Hand bzw. mit Mitteln der Einschüchterung geleitet worden, die bis zum letzten Moment eingesetzt worden zu sein scheinen. Diese Maßnahmen sollten vor allem verhindern, daß die akademische Anerkennung (die die Parteihochschule »Karl Marx« verspätet erhielt) zu Autonomieansprüchen führt, und daß die Betroffenen die ursprünglich gestellten politischen Bedingungen »vergessen«.

Grundlegendes Ziel war erklärtermaßen auch, die Konflikte unter den diversen Gruppierungen der herrschenden Klasse zu neutralisieren. Damit sie verschiedene Arten von Kapital akkumulieren konnten, mußten diese Schulen eine tiefgründige wechselseitige Durchdringung von Politischem und Intellektuellem ermöglichen. Und so bewirkten sie, daß der Antiintellektualismus eines Teils der Machthaber gemildert wurde sowie intellektuelles Elitedenken sich in der herrschenden Ambiguität auflöste und den neu Hinzugekommenen die Illusion gab, die edle Vergangenheit der Revolutionäre noch einmal zu erleben – bis zur Unterschätzung der Gefahr einer neuen Umwälzung.

Übersetzung: GABRIELE FELLBERG

mulierung nennt. Siehe Dietmar Wittich: Mitglieder und Wähler der PDS, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 62.

28 Siehe in diesem Sinne alle Denunzierungen von »Elitismus«, »Verbürgerlichung« oder »Bürokratismus«.

29 Michael Voslensky: Nomenklatura, Wien, München, Zürich, Innsbruck, 1980. Voslensky war Professor in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU.

30 Häufig dienten Korruptionsfälle dazu, die kommunistischen Regimes zu diskreditieren, besonders wegen des Widerspruchs zur erklärten Moral. Im übrigen zeigt die Mehrzahl der jüngsten Studien, daß die Akkumulation des ökonomischen Kapitals in den meisten Fällen ein Phänomen ist, das später als 1989 auftrat.

Michail Gorbatschow:  
Erinnerungen.  
Aus dem Russischen von  
Igor Petrowitsch Gorodetzki,  
Wolf Jobst Siedler  
Verlag GmbH Berlin 1995,  
1216 S. (78,00 DM)

Acht Jahre nach »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt« hat sich Gorbatschow, nunmehr pensionierter Schriftsteller, wieder gemeldet – über den konservativen Siedler-Verlag. Denn die Linken haben fast ausschließlich das Interesse an ihrem einstigen Hoffnungsträger verloren, der so revolutionär Reformen begann und so bitter für ihn wie nicht wenige Linke mit seinem ganzen Gesellschafts- und Blocksystem scheiterte.

Offenbar war seine Hoffnung als KPdSU-Generalsekretär zu hoch, daß »generell ... ein Vorzug des Sozialismus in seiner Fähigkeit (bestehe,) zu lernen«. Denn 1987 erwartete er vom Sozialismus und wohl auch von sich selbst, daß diese Gesellschaft es vermöge, »Probleme lösen zu lernen, die das Leben aufwirft; Krisensituationen verhindern zu lernen, die unser Gegner zu schaffen und auszunutzen versucht; den Versuchen entgegenwirken zu lernen, die sozialistische Welt zu spalten, die Länder gegeneinander auszuspielen.«<sup>1</sup> Nicht nur der erste Mann im Kremel war überfordert.

Gorbatschow geht zunächst als Abwickler des Realsozialismus und gescheiterter Reformers in die Geschichte ein. Verständlich, daß er sich heute verpflichtet fühlt, einen »Rechenschaftsbericht« (S. 18). vorzulegen. Er vereint in diesem Buch nicht wenig Lob über seine Person und läßt gleichzeitig zu oft andere für sein politisches Scheitern entstehen. Neben vielen aufschlußreichen und wohlwollenden Politikerporträts zeichnet er das Bild der Sowjetunion der fünfziger bis achtziger Jahre und legt ausführlich sein Wirken in den letzten sieben Jahren der Sowjetunion dar.

Eine Parallele drängt sich auf. Lenin war es nach der Oktoberrevolution vergönnt, noch knapp sieben Jahre zu leben und fünf an der Spitze des neuen Staates aktiv gestaltend zu wirken. Er versuchte, in Rußland eine sozialistische Revolution auf den Weg zu bringen, in

einem Land mit unreifen Verhältnissen und das von der internationalen Arbeiterbewegung alleine gelassen worden war. Gorbatschow versuchte in seinen gut sieben Jahren an der Spitze von KPdSU und Staat zum letzten Mal, den praktizierten »Sozialismus« wieder in Einklang mit den einstigen Idealen zu bringen. Mit dem Scheitern seiner Reform erstand als Staat erneut das alte, nun gezauste, aber noch nuklear armierte Rußland.

Gorbatschow war Hoffnungsträger für ein letztes Aufbegehren des Realsozialismus, vielleicht mit einer geringen Chance (die wohl schon 1968 vertan war). Insofern hätte der alte Hegel in ihm vielleicht den »Zeitgeist« nicht »zu Pferde«, wohl aber im »SIL« erkannt, der versuchte, eine historische Aufgabe zu vollenden – und schließlich sein System zu den Errungenschaften der Moderne zurückbrachte. Sie waren in einer Sackgasse dem sowjetischen Modell verwehrt worden: Demokratie, individuelle Freiheiten und effiziente, marktwirtschaftliche Ökonomie. Allerdings, all das bleibt heute in den Ansätzen stecken, läßt den nunmehrigen GUS-Staaten nur den Abglanz des zivilisatorischen Standes der westlichen Metropolen. Dafür finden sich hier aber auch alle Schattenseiten eines »Frühkapitalismus«.

In Gorbatschows Biographie wird deutlich, daß er ein Kind der Strukturen und des Denkens seiner Gesellschaft war und ist, daß er »selber ... diesem Milieu (entstammte) und ... unter denselben Defiziten (litt)« und leidet (S. 274). Er konnte zunächst nur in den Grenzen dieser Gesellschaft denken und nach Alternativen suchen. Mit seiner Einsicht in notwendige radikale Reformen der Wirtschaft, des Denkens und der Politik durchbrach er – ebenso wie mit seinem Begreifen der Interdependenz der Welt und dem überlebensnotwendigen »Neuen Denken« – diese Grenzen.

Eine kritische Analyse seiner Arbeit, seines Umfeldes und seiner Gesellschaft ließ den jungen 1. Gebietssekretär und dann Politbüro-Mitglied begreifen, daß die Sowjetunion unter Breshnew in der Agonie lag. Verständlich, daß er sich heute vehement gegen Stalinismus und Breshnewismus wendet, gerade weil er berechtigt den konservativ-fundamentalistischen Versuch erkennt, jene Gesellschaft zu rehabilitieren und so die Reformer für die

heutige Gesellschaftskrise alleinverantwortlich zu machen (S. 215).

Gorbatschow versuchte, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen; aber die Perestrojka war letztlich ein Windmühlkampf, und es bewahrheitete sich die Prophezeiung: »Der Apparat hat schon Chruschtschow das Genick gebrochen. Das wird auch jetzt geschehen« (S. 289). Es blieb trotz aller Demokratieansätze doch eine »Revolution von oben«, in der Gorbatschow die Macht wieder in die Hände der Räte zurücklegen wollte. Aber die Geschwindigkeit des Machtverfalls des alten Systems, daß er ja gleichzeitig auch noch verkörperte, ging nicht einher mit dem des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Das, was so gerne mit Zivilgesellschaft umschrieben wird, entstand nur zögerlich, und die neuen Organisationen, die sich herausbildenden Fraktionen innerhalb der KP und schließlich die neuen Parteien zeichneten sich vor allem durch zentrifugale Kraftentwicklung aus. Nur sarkastisch kann Gorbatschow ein Unterkapitel titeln: »Die Vorhut wird zur Nachhut« (S. 419), weil auf einmal seine KP selbst zum vehementen Verfechter des Bestehenden wurde. Nur, er war der Generalsekretär dieser Partei bis zu ihrer Auflösung durch Jelzin nach dem August-Putsch 1991. Deutlich wird, daß er sich in dieser Rolle angesichts des Widerstands bei den eigenen Funktionären immer ungerner sah, ohne bereit gewesen zu sein, hier einen Schlußstrich zu ziehen.

Trotzdem ist seine historische Leistung der letzte Reformversuch des Realsozialismus, der aber inkonsequent blieb, an den falschen Stellen begann, kein Konzept für die notwendige Stabilität des Reformprozesses hatte. Auch das fällt bei der Lektüre auf: Die aus meiner Sicht wohl entscheidenden Schwachpunkte der Perestrojka bleiben bei Gorbatschow auch heute noch in der Rückschau merkwürdig blaß und farblos. Zum ersten die erwähnte Unfähigkeit, tatsächlich an der Geburt einer für sozialistische Ideale wirkenden Zivilgesellschaft oder doch zumindest wesentlicher Elemente mitzuwirken, einschließlich eines notwendigen Wandels der KP selbst. Zweitens die Entwicklung eines geschlossenen, realisierbaren Konzepts der Wirtschaftsreform mit Zwischenschritten, sozialen Absicherungen und dem notwendi-

gen Maß an Verbindlichkeit. Es schwingt bei Gorbatschow offenbar immer noch ein gehöriges Erstaunen über die Reaktionen der Arbeiterklasse mit, wenn er sich an die Bergarbeiterstreiks von 1989 erinnert. Er reklamiert für sich, daß »ihr Protest erst aufgrund der von oben eingeleiteten Veränderungen möglich wurde«. Aber: »Ihr Schlag richtete sich auch gegen die Reformer selbst« (S. 446). Drittens schließlich ist er bis heute unsicher und begreift nicht die explosive Wirkung des Nationalismus als Ausdruck wirtschaftlicher Spannungen, mangelnder kultureller Autonomie, großrussischer Vorherrschaft und Antwort auf jahrzehntelange Unterdrückung. Viertens legt er überzeugend seine großen Anstrengungen zum Verwirklichen des Neuen Denkens und zum Bannen der Kriegsgefahr dar. Hier gelang es ihm, die Politiker des anderen Blocksystems (zeitweilig) zu überzeugen und zunächst den Abbau der Waffenberge einzuleiten.

Im eigenen Lager blieb dagegen die Perestrojka ein Alleingang, dem die Unterstützung verwehrt wurde. Die Ostblockländer scheiterten 1989, und ihr Fall war der letzte Anstoß auch zum staatlichen Zusammenbruch der Sowjetunion. Mehr hätte der Leser gerne über die Versuche Gorbatschows gehört, doch noch Veränderungen in Osteuropa zu bewirken. Was steckt hinter der im Zusammenhang mit dem Herbst '89 in der DDR gebrauchten Formulierung »Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, daß wir die Hände in den Schoß gelegt hätten« (S. 711). Damit bleibt auch die Frage offen, was und wie er neue Bündnisse und Freundschaften, so mit Kanzler Kohl, geschmiedet hat, und welchen Preis er dafür zahlen ließ.

Gorbatschow ist ein Optimist, ein Träumer geblieben, der trotz der Trümmer seines Reformprojekts unverdrossen an ihm festhält und auf einen Rückruf wartet. Er bleibt mit seinem heutigen Bekenntnis zur »sozialistischen Idee« (S. 994) noch vager als in Zeiten seiner Macht. Das wird wohl kaum vom russischen Wähler und von anderen Linken, deren Zusammenwirken er will, honoriert werden.

Je nach Standort des Lesers ist Gorbatschow Vollender oder Zerstörer des Realsozialismus. Ein Erneuerer und Neubegründer

zu werden, das blieb ihm und jenen, die auf ihn setzten, versagt. So wie Lenin 1917 mit seiner Vision und Revolution dem Jahrhundert ein Gepräge geben sollte, so hat Gorbatschow offenkundig gegen seinen Willen dieses kurze Jahrhundert mit einer gescheiterten Reform beendet. Allerdings gebührt ihm das Verdienst, die große Blockkonfrontation mit ihrer zivilisations-tötenden Nuklearlogik zu entschärfen. Dank Lenin und Gorbatschow ist die Welt um eine Erfahrung reicher und eine Hoffnung ärmer geworden.

STEFAN BOLLINGER

1 Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 209.

Jaques Donzelot, Denis Meuret,  
Peter Miller, Nikolas Rose:  
Zur Genealogie der Regulation.  
Anschlüsse an Michel Foucault,  
edition bronski Mainz 1994,  
164 S. (22,80 DM)

Der französische Philosoph Michel Foucault (1926 – 1984), einer der bedeutendsten Denker unseres Jahrhunderts, hinterließ nicht nur ein umfangreiches und originelles Werk, dessen umfassende Erschließung in Deutschland erst am Anfang steht, er hinterließ auch Schüler und Nachfolger, die sein Werk fortsetzen. Bei der hier vorliegenden Textsammlung handelt es sich um Arbeiten, die im Geiste Foucaults geschrieben sind, seine Theorie also weiterführen. Zugleich schärfen sie aber auch den Blick für den Denkansatz des Meisters selbst, indem sie seinen methodischen Ansatz praktizieren.

In seiner letzten Schaffensphase beschäftigte sich Foucault vor allem mit Fragen der sogenannten politischen Philosophie. Insbesondere galt seine Aufmerksamkeit den Phänomenen moderner Machtausübung und der Regierung. Die Autoren der Aufsatzsammlung knüpfen hier an und untersuchen in ihren Arbeiten zentrale Probleme der Regierbarkeit moderner Gesellschaften vor allem hinsichtlich ihrer Genesis und theoretischen Erklärung. Der Titel der Sammlung verweist auf Nietzsche (Genealogie der Moral), einen der geistigen Väter Foucaults. Darüber hinaus

verfolgen die Autoren aber die Absicht, die innere Beziehung zwischen der Analyse des »Regierungsdenkens« Foucaults und der ökonomischen »Theorie der Regulation« aufzuzeigen.

Im Zentrum der Foucaultschen Analyse des Regierungsdenkens steht die Frage, wie eine spezifische »politische Rationalität« zustandekommt, die den modernen Staat befähigt, »den Kapitalismus zu bändigen, die Bevölkerung zu regulieren und die Individuen zu regieren« (S. 8). Die Regulationstheorie dagegen untersucht, »wie eine Gesellschaft zusammengehalten wird, die aufgrund ihres ökonomischen Reproduktionsmechanismus strukturell von bestandsbedrohenden Krisen und Desintegrationsprozessen bedroht ist« (S. 7). Letztlich drehen sich beide Ansätze um ein und dasselbe Problem, nämlich um die Frage: Was ist Kapitalismus? Und wie ist es möglich, daß der Kapitalismus als regulierte Gesellschaft existiert und sich entwickelt?

Im Vorwort ist dazu zu lesen, daß die Antworten, die auf diese Frage gegeben werden, im Kern institutionalistisch seien und als solche »der Realität eines hochorganisierten, vermachteten und staatsinterventionistisch regulierten Kapitalismus sehr viel besser gerecht werden als neoklassische oder traditionell keynesianische Ansätze« (S. 8). Dem ist zuzustimmen. Trotzdem aber können die vorliegenden Texte nur als eine erste Annäherung an das Problem gewertet werden. Keinesfalls aber schon als dessen Lösung.

Der erste Aufsatz ist der Genealogie der Politischen Ökonomie gewidmet. Sein Verfasser, Denis Meuret, betont, daß es sich hierbei um eine politische Genealogie handelt, das heißt, die Gründe für das Entstehen der Politischen Ökonomie werden »im politischen Feld« gesehen. Nun entstand die Politische Ökonomie im 18. Jahrhundert im Kontext und im Widerstreit mit einer ganzen Reihe anderer theoretischer Ansätze. Daß gerade sie es war, die sich durchsetzte, führt der Verfasser auf den Umstand zurück, daß sie es besser als andere politische und ökonomische Diskurse vermochte, einen politischen Rahmen zu konstruieren, in dem drei Kräfte koexistierend Platz fanden, der Staat, der Kapitalismus und die sozial Schwachen. Und dies gilt bis heute, wo die Politische Ökonomie den modernen



Regierungsdiskurs begründet und einen Konsens zwischen Staat, Kapitalismus und Öffentlichkeit definiert.

Seit dem 16. Jahrhundert war der Staat – F. Braudel zufolge – abwechselnd Unterstützung oder Hemmnis des Kapitalismus. Erst im Werk von Adam Smith wird dieses Verhältnis positiv »geklärt«. Smith verdrängte faktisch alle anderen politischen wie ökonomischen Denkrichtungen. Dies war ihm möglich, weil seine Theorie den praktischen Erfordernissen der Zeit am besten entsprach. Meuret begründet dies mit der These, daß es einen »Zusammenhang zwischen der Relevanz einer Repräsentation und ihrer Kongruenz mit dem politischen System ihrer Zeit gibt« (S. 23).

Exemplarisch führt er dies in bezug auf den Handel aus, wobei es besser gewesen wäre, hier auch auf die Manufaktur einzugehen, deren großer Verfechter Adam Smith, ganz im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen, war. Hervorzuheben ist, daß Meuret für seine Argumentation das Gesamtwerk von Smith heranzieht und nicht nur, wie sonst sehr verbreitet, den »Wohlstand der Nationen«. Dadurch gelingt es ihm auch, die Rolle des Staates sehr umfassend und modern zu beschreiben. Auf jeden Fall befindet sich »sein« Smith »weit entfernt von jedem liberalen Dogmatismus« (S. 45).

Der zweite Text, überschrieben mit »Das ökonomische Leben regieren«, beschäftigt sich mit bestimmten Aspekten der Analyse der politischen Machtausübung in modernen liberal-demokratischen Gesellschaften. Den Ausgangspunkt hierfür bildet Foucaults Begriff der »Regierungsmentalität«. Es wird die Vielfalt regelnder Mechanismen untersucht, die das Regieren wirksam zu machen suchen. Insbesondere geht es um indirekte Mechanismen, die das Verhalten von Individuen und Organisationen auf politische Ziele hin durch ein »Handeln auf Distanz« bündeln. Ausführlich beschreiben die Autoren die Mechanismen und Technologien des Regierens. Regieren ist in ihrem Verständnis nicht nur eine Sache der Repräsentation, sondern vor allem auch der Intervention (S. 66). Um dies zu demonstrieren, verweisen die Autoren auch auf viele »unscheinbare und alltägliche Mechanismen«: Techniken der Aufzeichnung,

Berechnung und Planung etwa u.a.m. In diesem Zusammenhang wird der Sprache eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt. »Vokabulare und Theorien«, so die Verfasser, »sind wichtig ... als intellektuelle Techniken, als Weisen, das Dasein denkbar und praktizierbar zu machen...« (S. 103).

Der dritte Beitrag ist dem sich verändernden Verhältnis von Souveränität und Verantwortlichkeit im Wohlfahrtsstaat gewidmet. Auch dieser Beitrag hat die Ökonomie zum Gegenstand, aber ebenso wie die anderen Beiträge auch, nicht aus der Sicht der theoretischen Ökonomie, sondern aus einer anderen Perspektive. Hier sind es rechtliche und sozialpolitische Gesichtspunkte, die den Blick bestimmen. Entscheidend ist für den Autor neben Foucaults Theorie die Position Durkheims von der »Nichtrückführbarkeit sozialer Phänomene sowohl auf psychologische Motive des Individuums als auch auf die Träume des reinen politischen Willens« (S. 114). Neoliberalen Grundüberzeugungen wird damit eine klare Absage erteilt. Der Autor vertritt die Meinung, daß die sogenannte »soziale Frage« im modernen Regierungsdenken einen festen Platz hat. Der Staat sieht seine Aufgabe darin, den »Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit« zu entschärfen, auszugleichen, was sich bereits im Arbeitsrecht des 19. Jahrhunderts dokumentiert, deutlicher aber noch im Solidaritätskonzept und Korporatismus des modernen Wohlfahrtsstaats. Ein bedeutender Name in diesem Zusammenhang ist J. M. Keynes. Seine Theorie ermöglichte es, »ein Band zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen zu schmieden, das grundsätzlich keine Unterordnung des einen unter das andere zur Folge hat...« (S. 150). Keynes ermöglichte nach den Krisen der dreißiger Jahre wieder die »Regierbarkeit der Gesellschaft«, und das durch deren »Regulation«. Etwas offen bleibt in diesem Text die Frage, inwieweit sich dieses Muster keynesianischer Regulation bis heute erhalten hat, nach der neomonetaristischen Wende in den achtziger Jahren?

Alle drei Texte sind interessant, originell und keinesfalls langweilig. Sie sind aber auch theoretisch sehr anspruchsvoll und sprachlich mitunter recht kompliziert. Es mag der Übersetzung geschuldet sein, aber einige Pas-

sagen hätte man sich einfacher und weniger »konstruiert« gewünscht.

ULRICH BUSCH

Werner Fricke (Hrsg.):  
Zukunft des Sozialstaats.  
Jahrbuch Arbeit und Technik 1995,  
J.H.W. Dietz Bonn 1995,  
381 S. (35,00 DM)

Das diesjährige Jahrbuch Arbeit und Technik widmet sich einem besonders umstrittenen und schwierigen Thema – der Zukunft des Sozialstaats. Es wird eine Fülle von Themen von vielen bekannten Autoren geboten. Es schreiben neben Rainer Lepsius, Wolfgang Zapf, Claus Offe, Helmar Krupp, Meinhard Miegel und vielen anderen auch sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen wie Rudolf Scharping, Rudolf Dreßler und Regine Hildebrand. Der Band ist in fünf Teile gegliedert: Der erste Teil ist der gegenwärtigen Diskussion zur Situation des Sozialstaates in Deutschland gewidmet. Der zweite Teil hat die Zukunft des Sozialstaates direkt zum Thema. Der dritte Teil beschäftigt sich mit einzelnen Gestaltungsfeldern der Sozialpolitik. Im vierten Teil geht es um die europäische Sozialpolitik. In einem fünften Teil werden Probleme und Perspektiven des Sozialstaats in anderen Ländern aufgeführt. Schließlich gibt es noch Literaturbesprechungen.

Zwar erhält der Leser einen breiten Überblick über die aktuelle sozialpolitische Diskussion vor allem aus sozialdemokratischer Sicht; die Fülle von Themen hat aber auch einen wesentlichen Nachteil: Vertiefung findet nicht statt, Beziehungen und Repliken zwischen den Beiträgen gibt es nicht. So bleibt doch vieles an der Oberfläche. Unbestritten ist: Die Autorenschaft bietet (trotz des eingengten Spektrums) eine unterschiedliche Sichtweise auf die heutigen Probleme des Sozialstaats. Obwohl die »Krise des Sozialstaats« und notwendige Reformen nicht bestritten werden, gehen die Auffassungen über die Ursachen der Krise schon auseinander. Meinhard Miegel arbeitet vor allem den demographischen Wandel heraus und befürwortet die Umstellung der Rentenversicherung auf eine

für alle gleiche steuerfinanzierte Grundsicherung. Friedrich Hengsbach (Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.) sieht in der Nicht-Ausschöpfung menschlichen Produktivvermögens durch die anhaltende und steigende Dauerarbeitslosigkeit, die sexistische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sowie die Erosion solidarischen Verhaltens durch Überbewertung individueller Leistungskonkurrenz Ursachen für die gegenwärtige Krise des Sozialstaats. Er weist berechtigt die vordergründige und von Regierung und Unternehmerverbänden propagierte angebliche »Standortschwäche der deutschen Wirtschaft« zurück, mit der Sozialabbau begründet werden soll. Soziale Sicherung sei selbst ein Standortfaktor, so Hengsbach (S. 55). Handlungsbedarf, um »soziale Sicherung bruchfest zu machen« sieht er »in dem konzentrierten politischen Willen, einen hohen Beschäftigungsgrad wiederzugewinnen«, in der »radikalen Gleichstellung der Männer und Frauen bei der kollektiven Absicherung des Erziehungsrisikos« sowie »in der gesellschaftlichen Aufwertung der Kooperation und solidarischen Strukturen« (S. 55/56).

Claus Offe stellt drei Sichtweisen vor, aus denen die Sozialstaatskrise und der Umbaubedarf in der deutschen Diskussion diagnostiziert werden. Die erste operiert mit »veränderten Rahmenbedingungen«, denen sich das hergebrachte deutsche System anpassen müsse. Die zweite benennt innere institutionelle Defizite, die das System der sozialen Sicherung für veränderte Rahmenbedingungen so verletzlich machen. Hier verweist Offe darauf, daß die Leistungsstruktur der Sozialversicherungssysteme so aussieht, daß »unten« die zuverlässige Prävention von Armut daran scheitert, daß »weiter oben« Ansprüche auf weit höhere als die nach plausiblen Standards »notwendigen« Leistungen gewährt werden. So würden »«Untersicherung« und »Übersicherung« gleichzeitig produziert (S. 36). Die dritte Sichtweise schließlich führt den aktuellen Reformbedarf auf die Fehlsteuerung von Gewohnheiten und Erwartungen zurück, die von der Sozialpolitik selbst generiert werden. Diesen differenzierten und nachvollziehbaren Analysen über die Defizite der Sozialleistungssysteme steht eine gewisse

Unterbelichtung möglicher Auswege entgegen. Erfolgreiche Sozialpolitik sei auf »kompetente und verantwortliche Sozialstaatsbürger« angewiesen; Kollektivakteure seien zwar notwendig, Sozialverbände hätten aber kein »soziales Gewissen«. Letzteres hätten nur Bürger. Richtig – aber was folgt daraus? Mehr Mitbestimmung und Einflußnahme der Bürger, eine wohlverstandene Individualisierung im kollektiv verfaßten Sicherungssystem oder individuelle Vorsorge bei gleichermaßen niedrigen Grundstandards?

Manfred Dettling (»Die Zeit«) prognostiziert einen »langsamem Niedergang der westlichen Gesellschaften«, der der Öffentlichkeit noch eine Weile verborgen bleiben könne. »Man wurschtelt sich ebenso weiter durch, zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, den sozialen Trägheiten der Besitzstände und der lauernden, aber noch latenten Angst der Mittelklasse vor dem Abstieg« (S. 104). SPD und Gewerkschaften hätten sich von einer einstmals auf Veränderung drängenden Kraft längst zu »Defensivspielern, zu Verteidigern des Status Quo gewandelt. In den Mühen der Abwehr reiben sie sich auf. Die reaktive Politik wird zum Grundmuster einer späten Epoche.« Dettling bietet zwei Beispiele an, wie man Dynamisierung der Wirtschaft und soziale Sicherheit zusammen realisieren könne: Bürgergeld und »das Leitbild einer sozialen und kompetitiven Gesellschaft«.

Die Beiträge der sozialdemokratischen Politiker sind weniger problemorientiert als die der Wissenschaftler. Rudolf Dreßler plädiert für die »Verankerung wettbewerblicher Elemente« in die sozialen Sicherungssysteme und führt als Beispiel die Gesundheitsstrukturreform von 1992 an, die allen Versicherten die Möglichkeit der freien Wahl der Krankenkasse einräumt und so »unter den einzelnen Krankenkassen einen intensiven Wettbewerb eröffnet« (S. 120). Nur wo bleibt dieser in der Praxis? Der Beitrag von Regine Hildebrandt enthält eine Reihe von wichtigen und bekannten Forderungen (z.B. Wertschöpfungsabgabe), bleibt aber im allgemeinen und schließt: »Gerechtigkeit, Solidarität, Fähigkeit zur Veränderung« hätten nach wie vor eine Zukunft (S. 187).

Das, was Claus Offe über die allgemeine Sozialstaatsdiskussion schreibt, trifft auch auf

den vorliegenden Band zu. »Worüber allenfalls Einigkeit besteht, das ist das Erfordernis eines fälligen »Umbaus« des Sozialstaats. Rattlos sind die Protagonisten der Umbau-Diskussion insofern, als sich bisher keine paradigmatische Leitlinie der Reformdiskussion abzeichnet, die Aussichten hätte, zur Grundlage eines neuen sozialstaatlichen Konsenses zu werden« (S. 31).

HORST DIETZEL

Joachim Hirsch:  
Der nationale Wettbewerbsstaat.  
Staat, Demokratie und Politik  
im globalen Kapitalismus,  
Edition ID-Archiv  
Berlin – Amsterdam 1995,  
216 S. (28,00 DM)

»Konkurrenz belebt das Geschäft« – dieser einfältige Slogan aus der Gedankenwelt des marktgläubigen Kleinbürgers hat sich längst in eine massive Bedrohung für das Wohlergehen ganzer Regionen und Staaten gewendet. Im Kapitalismus – der Konkurrenzgesellschaft schlechthin – ist Konkurrenz in ihrer entfaltetsten Form als Weltmarktkonkurrenz offensichtlich zu einem kardinalen Problem geworden. Seitdem die Miniaturisierung und Standardisierung der Produkte, die Geschwindigkeit und Reichweite der Transportmittel und die Verfügbarkeit weltumspannender Kommunikationssysteme auch die letzten Konkurrenzschranken niedrigergerissen haben, befinden sich die Kapitalisten aller Herren Länder unmittelbar miteinander im Wettbewerb. Die Allgegenwart der Bedrohung und der Wunsch nach Schutz und Verteidigung hat das ökonomische und politische Denken und Handeln militarisiert. Das Vokabular militärpolitischer Traktate hat Einzug gehalten in die Sprache der Wirtschaftspolitik. Kein Zweifel, die gute alte kapitalistisch-bürgerliche Nation taugt – wenn sie überhaupt noch zu etwas taugt – am bestenfalls zur Mobilisierung aller Ressourcen für den Wettbewerb der Standorte – »die Mobilisierung der Bevölkerung für einen »Wirtschaftskrieg«, der dann am ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift« (S.

109) steht auf der Tagesordnung. Der beliebte Wohlfahrtsstaat mit seinem »Sozialklimbim« ist mega out, »fit for fun« heißt die Devise der durchtrainierten Belegschaften als Nationalmannschaften in den Weltmarktolympiaden der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Verfaßtheit kapitalistischer Staatlichkeit ist offensichtlich zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert dabei, sich grundlegend zu wandeln. Und Joachim Hirsch, dem wir bereits den »fordistischen Sicherheitsstaat« – als »Wohlfahrts«- und »bürokratischen Kontroll- und Überwachungsstaat« in einem – verdanken, hat nun auch diesen Umbruch im Charakter des kapitalistischen Staates treffend auf den Begriff gebracht und uns den »nationalen Wettbewerbsstaat« beschert.

Bevor sich nun Hirsch direkt diesem Phänomen und seinem zentralen Anliegen – der Zukunft der »Demokratie jenseits des Wettbewerbsstaates« – zuwendet, nimmt er über zwei Kapitel, die fast die Hälfte des gesamten Buches ausmachen, einen langen Anlauf.

Im ersten Kapitel versucht der Autor, das Konzept einer materialistischen Staatstheorie weiter zu entwickeln und vor allem zu zeigen, wie sich unter kapitalistischen Verhältnissen der systemimmanente Zusammenhang von Nationalstaat, Demokratie, Nationalismus und Rassismus zwar modifiziert, in seinen Grundzügen jedoch relativ stabil reproduziert. Die wesentliche Stabilität kapitalistischer Gesellschaften gerade aufgrund der Existenz einer Vielzahl sich zum Teil bekämpfender Institutionen, Organisationen und Gruppen verleiht diesen Gesellschaften nicht nur eine »ungeheure Dynamik« (S. 30). Sie stellt Bewegungen, die Demokratie jenseits kapitalistischer Strukturen erreichen wollen, vor die immense Schwierigkeit, daß sie »nicht nur mit der Gesamtheit der bestehenden Institutionen – von der Familie bis zum Staat – zusammenstoßen, sondern das gesamte Regulationssystem anzugreifen« (S. 31) gezwungen sind.

Nach einem umfangreichen Exkurs zum theoretischen und historischen Hintergrund der Regulationstheorie analysiert das zweite Kapitel auf dieser Grundlage folgerichtig die in der »Krise des Fordismus« und den Strategien zu ihrer Überwindung verorteten ökonomisch-politischen Ursachen und Inhalte

des aktuellen Globalisierungsschubs. Die rasch voranschreitende Internationalisierung des Kapitals ist demnach als Kernbestandteil der Durchsetzung eines neuen »post-fordistischen« Akkumulationsmodells zu verstehen. »Im Prinzip geht es darum, die Profitabilität des Kapitals durch eine strukturelle Senkung der Lohnkosten, durch die Einführung neuer Stoffe und Verfahrenstechniken und durch eine ebenso grundlegende Erhöhung von Laufzeit und Nutzungsintensität der immer kapitalintensiveren Produktionsanlagen wiederherzustellen. (...) Die Logik der neuen »post-fordistischen« Akkumulationsstrategie besteht also im Kern in einer Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung.« (S. 89/90).

Im dritten Abschnitt – »Der nationale Wettbewerbsstaat« – werden dann auf breiter Front die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen dieser Globalisierung dargestellt. Die »neue Beweglichkeit des Kapitals« zeitigt auf all diesen Ebenen nachhaltige Wirkungen. Insbesondere aber verändert sie die Rollen von Staat und Politik. Die Regierungen und der Staat als Institutionengefüge werden unter das Diktat der Kapitalverwertung im Kontext einer vom Kapital unverblümt eingeforderten »Standortpolitik« geworfen. Nicht »weniger Staat«, sondern ein anderer Staat sind die Folge. Die staatliche Unterstützung und Förderung »produktiver Rahmenbedingungen« über Forschungsförderung, Steuervergünstigungen bis zum Sozialabbau rücken ins Zentrum der Politik. In diesem Moment der radikalen Eingriffe in das Gefüge der Reproduktionsbedingungen treten schließlich die Schwächen der liberalen Demokratie noch deutlicher hervor. Der »Funktionsverlust« der Parlamente findet darin seinen beredten Ausdruck, daß – scheinbar legitimiert durch den übermächtigen »Sachzwang Weltmarkt« – »Politik im Sinne von Gesellschaftsgestaltung, als Entscheidung über grundlegende gesellschaftliche Ziele und Entwicklungswege, in den Parlamenten praktisch überhaupt nicht mehr stattfindet« (S. 139). Dem entspricht einerseits die »allgemeine Depolitisierung und Demobilisierung der Bevölkerung« (S. 140) und andererseits die »Verwandlung der Parteien in mediale Kommunikationsapparate« (S. 141), die »allein noch als

Wahlmaschinen und als Vehikel der Ämterbesetzung« (S. 143) fungieren. So bildet sich nach Hirsch schließlich ein »neuer Typus von ›Sicherheitsstaat‹« heraus, der mit Ängsten und Bedrohungen arbeitet. Die entscheidende Bedrohung der Demokratie geht jedoch von einer »historisch neuen Form von Totalitarismus« aus, »die ... in den Strukturen der ›Zivilgesellschaft‹ wurzelt« (S. 161). Die gesellschaftliche Realität erlangt hier den Status alternativer Unabänderlichkeit – die Geschichte ist vermeintlich zu Ende.

Dagegen argumentiert der Autor mit einer nicht unproblematischen Wendung. Obwohl er bei der konkreten Gestaltung nationaler kapitalistischer Gesellschaften stets auf die relativ großen Handlungsspielräume der verschiedenen ökonomischen, politischen und sozialen Akteure verweist, bleibt bei Hirsch die Ableitung wesentlicher Merkmale der Entwicklungsphasen des Kapitalismus strukturalistisch dominiert. Auch wenn die Ergebnisse des Akteurshandelns nicht mit letzter Sicherheit determiniert sind, unterliegen sie, »sobald das kapitalistische Produktionsverhältnis einmal herrscht, strukturellen Zwängen..., die nicht ohne weiteres durchbrochen werden können« (S. 43f.). Angesichts des damit von Hirsch konstatierten »Objektivitätsüberhangs« (Ch. Scheerer) verwundert es dann doch einigermaßen, daß ausgerechnet die aktuelle Verstärkung der Globalisierungstendenz nicht als »Ausdruck der unverrückbaren ›Logik‹ des Kapitals anzusehen« sei, »sondern ein ökonomisch-politisches Projekt darstellen« (S. 9; vgl. auch S. 94) soll. Warum diese, die Stringenz der Argumentation merklich beschädigende Wendung vollzogen werden muß, wird schließlich im letzten Abschnitt des Buches deutlich. Hier geht es Hirsch um Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise, die sich immanent krisenhaft entwickelt und die »ein globales Katastrophenprogramm beinhaltet« (S. 183).

Indem der neue Globalisierungsschub – trotz aller anerkannten »strukturellen Zwänge« – zu einem »ökonomisch-politisches Projekt« erklärt wird (S. 9), wird er politisch bearbeitbar. Er wird den Akteuren selbst als gestaltbar zugänglich. Allein es mangelt nach dem Scheitern sowohl der kommunistisch-

revolutionären als auch der sozialdemokratisch-reformistischen Arbeiterbewegung an einem erfolgversprechenden Politikkonzept. Wenn – wofür zumindest auf der Ebene alltäglicher Erfahrungen einiges spricht – die Vermutung des Autors geteilt wird, daß es heute mehr den je fraglich ist, ob die globalen Probleme auf kapitalistischer Grundlage überhaupt bewältigt werden können, dann stellt sich mit allem Nachdruck die Frage nach einer neuen »emanzipativen Politik«, die »sich den kapitalistischen sozialen Formen bewußt entgegenstellt und sie durchbricht« (S. 31). Ein derartiger »radikaler Reformismus« steht allerdings vor zwei kolossalen Problemen.

*Erstens* ist nicht weniger gefordert, als daß sich die Alternative innerhalb der Verhältnisse entwickeln müßte, die sie überwinden will. D.h. sie bräuchte einen von den bestehenden Institutionen gesonderten Entfaltungsraum – Raum für Gegengesellschaft innerhalb des übermächtigen »Systems«.

*Zweitens* kann diese »Kulturrevolution« (S. 189) nur erreicht werden, wenn sie eine neue Logik schafft, die die »Veränderung der Arbeits- und Lebensformen, der Konsumstile und Wertmuster, die auch materielle Opfer und den Bruch mit herkömmlichen materiellen und kulturellen Orientierungen einschließt« (S. 197), für die gesellschaftlichen Akteure rational und attraktiv macht.

Aber gerade bei der heiklen ›Subjektfrage‹ muß Hirsch passen, weil nicht plausibel gemacht werden kann, wie eine solche neue Verhaltenslogik gegen die Macht der etablierten Verhältnisse aussehen und vor allem durchgesetzt werden soll. Was bleibt, ist das Abgrasen aller nur denkbaren alternativen Politikansätze – Nichtregierungsorganisationen, neue Systeme demokratischer Entscheidungsrechte und -prozeduren, neue ›checks and balances‹, Umbau des politischen Systems usw. usf. Es ist sicherlich ein Verdienst von Hirsch, daß er zu den meisten dieser Bereiche sehr Anregendes entwickelt und die Debatte nach vorn zu bringen vermag, aber ohne die Akteure zu Umsetzungen all dessen näher bestimmen zu können, wirkt vieles einfach konstruiert und steril – um nicht zu sagen leblos.

Das vorliegende Buch von Joachim Hirsch, das sich in seiner gegenständlichen Daseins-

form als außerordentlich labil herausstellte und bereits nach dem ersten Durchblättern in seine Einzelseiten zu zerfallen begann, erweist sich inhaltlich doch von erheblich größerer Konsistenz und Belastbarkeit. Es ist vor allem aus zwei Gründen lesenswert: einmal, weil es der bisher ökonomie- bzw. »standortlastigen« Debatte um neuere Entwicklungen des Kapitalismus eine explizit politische Sicht entgegenstellt, und zum anderen, weil es inmitten der scheinbar übermächtigen Fixierung auf die vermeintliche Unabänderlichkeit des status quo argumentativ wohl begründet an der Notwendigkeit einer sozialistischen Utopie jenseits des »globalen Katastrophenprogramms« Kapitalismus festhält.

ARNDT HOPFMANN

Mieczyslaw F. Rakowski:

Es begann in Polen.

Der Anfang vom

Ende des Ostblocks,

Hoffmann und Campe

Hamburg 1995, 415 S.

Diese bereits 1991 in Polen erschienenen und in diesem Blatt sogleich angezeigten Erinnerungen sind weder Beichte noch Manifest. Sie versuchen eine Antwort auf die Frage »Wie es dazu gekommen ist« (dies der polnische Originaltitel), daß die Gesellschaftsordnung, die Polen ein knappes halbes Jahrhundert geprägt hat, letztlich von der historischen Bühne abtrat.

Geleitet von der Idee sozialer Gerechtigkeit, engagierte sich MFR wie Hundertausende seiner Landsleute, er zuerst als Soldat, seit den fünfziger Jahren als Journalist und schließlich als führender Politiker für ein System, in dem Menschen von ihrer Hände Arbeit leben konnten, ohne vor Großgrundbesitzern und Kapitalisten den Nacken beugen zu müssen. Wer das vergesse oder, schlimmer noch, diejenigen mit Verachtung strafe, die an die Möglichkeit glaubten, eine neue, eine bessere Welt errichten zu können, sind in Rakowskis Augen »einfach intellektuelle Zwerge« (S. 10ff., 156).

MFR bietet keine ausführliche Geschichte. Er skizziert Hauptentwicklungslinien politischer Auseinandersetzungen im Inneren des

Landes und in der Außenpolitik der achtziger Jahre. Die Darstellung Rakowskis verdeutlicht sowohl Gemeinsamkeiten in der politischen Endrunde der staatssozialistischen Staaten Europas, als auch wesentliche Unterschiede. Das bezieht sich sowohl auf die unterschiedliche Fähigkeit, die Situation zu beurteilen, als auch auf die Wege, der immer deutlicher spürbaren Krise innerhalb der jeweiligen Staaten und der Beziehungen untereinander zu begegnen. In Polen wurde das meiste viel früher spruchreif als in den Partnerstaaten. Das betrifft den Führungsstil der Partei, die Beziehungen der PVAP zur Kirche, zur »Solidarnosc«, zur UdSSR, und anderen Staaten. Mitte 1987 legte MFR an Hand seiner Erfahrungen seiner Partei eine politische Zustandsanalyse vor. In ihr kam er zum Schluß, daß das sozialistische System sich an einem historischen Wendepunkt befinde. Entweder werde es die notwendige Kreativität, Mut und Ideenreichtum aufbringen und sich von unbrauchbar gewordenen Begriffen lösen oder es sei zu Siechtum verurteilt. Sollten die nötigen Lebenskräfte fehlen, sei anzunehmen, daß die weitere Entwicklung dieses Systems sich unter Unruhen und revolutionären Stürmen abspielen werde. Veränderungen seien vor allem nicht nur im Wirtschaftsbereich sondern in den politischen Strukturen des Systems erforderlich. Rakowski vermittelt Erfahrungen bei der Lösung von ihm vorhergesehener Konflikte.

Die Veränderungen im Polen der neunziger Jahre, mit deren Darstellung Rakowski schließt, haben bei allen Unterschieden viele Ähnlichkeiten mit historischen Erfahrungen früherer DDR-Bürger (S. 378ff.). Nach Rakowski hat die angebetete Macht des Marktes wenig gerichtet und vieles hingerichtet, die Arroganz der Macht sucht wiederum ihresgleichen, »Solidarnosc« ist in wenigen Jahren zerfallen, fundamentalistische Kleriker und deren Politiker bieten der verblüfften Öffentlichkeit immer neue Beispiele von Dummheit und politischer Ignoranz. Die jetzigen politischen Auseinandersetzungen sind weitaus aggressiver als in den Jahren 1980/81. Militanter Antikommunismus, Antisemitismus und Faschismus zeigen sich unverhüllt. Die Volksrepublik wird als »Judenkommune« angepöbelt. In dieser Zeit erneuter Zuspitzung der Auseinandersetzungen wird Polens Präsi-

dent gewählt werden. Für Rakowski, dies der Schlußsatz der deutschsprachigen Ausgabe, der man stellenweise eine kenntnisreichere Übersetzung gewünscht hätte, »unsere politische Reifeprüfung«.

GERD KAISER

Wolfgang Kießling:  
Partner im »Narrenparadies«.  
Der Freundeskreis um  
Noel Field und Paul Merker,  
Dietz Verlag Berlin 1994  
348 S. (38,— DM)

Wenn man in Basisorganisationen der PDS zu Gast ist, um über das Thema »Stalinismus« oder – schlimmer noch – »Die SED und der Stalinismus« zu sprechen, schlägt einem aus den Reihen der Aufbau-Generation oft Unverständnis, mitunter auch unverhohlener Haß entgegen: So sei das alles gar nicht gewesen, man habe doch schließlich hart gearbeitet und es nicht nötig, sich das alles anzuhören. Es wäre besser, wenn der Referent zur CDU ginge, um dort gegen den Sozialismus zu hetzen etc. etc. – All diese (Zeit-)Genossen seien vor dem hier anzuzeigenden Band gewarnt, handelt dieser doch nicht nur vom Stalinismus schlechthin, sondern von einer seiner Seiten, durch die er sich von allen anderen Regimes dieses Jahrhunderts unterscheidet: vom Terror gegen die eigene Gefolgschaft – oder, um es mit den unübertrefflichen Worten des »treuesten Schülers des Genossen Stalin«, Mátyás Rákosi, zu sagen: »Im Westen schlägt man doch auch, die Franzosen schlagen und auch andere. Natürlich gibt es einen Unterschied, denn die Horthy-Leute haben ebenso wie die im Westen ihre eigenen Leute ... nicht ins Gefängnis gesperrt.« (Siehe vorliegendes Heft, S. 41.)

Der Autor dieses (Sammel-)Bandes, Wolfgang Kießling, wurde vor über zwanzig Jahren quasi über Nacht einem größeren Publikum bekannt: durch »Alemania Libre in Mexiko« (2 Bände, 1974), ein Werk, in dem er unter anderem versuchte, Paul Merker die Ehre wiederzugeben. – Eine offizielle Rehabilitierung dieses SED-Politbüro-Mitgliedes – während des Krieges Kopf des kommunistischen Exils in Mexiko und Vertrauter von Heinrich Mann – eines Kommunisten, den Ulbricht, Matern und

deren Mittäter 1952 ins Zuchthaus gebracht hatten (nachdem durch sie bzw. durch ihre tätige Mithilfe zuvor schon eine ganze Reihe anderer Kommunisten in den Tod getrieben worden war), ist auch unter Honecker nicht erfolgt – das blieb der PDS-Führung vorbehalten.

Kießling, zu dem Paul Merker (1894 -1969) in seinen letzten Lebensjahren, aber auch andere Überlebende der Verfolgungen der fünfziger Jahre Vertrauen gefaßt hatten, ist durch die Zeitumstände selbst zur Quelle geworden, da er das meiste, das ihm seine Gesprächspartner anvertrauten, wenn überhaupt, dann oft nur stichpunktartig notierte – anfangs um sich und seine Partner zu schützen, später, weil er auch da nicht davon ausgehen konnte, daß er die Aussagen öffentlich würde verwenden können.

Doch an keiner Stelle werden Kießlings Darlegungen zu unüberprüfbar »Erinnerungen«; immer sucht er sie, durch schriftliche Quellen zu prüfen und zu belegen. Und er kann fast alles überprüfen – nicht zuletzt durch die Berichte eines Spitzels, den das MfS Merker für mehrere Monate in die Zelle gelegt hatte. Dieser Teil des Bandes hat – neben den ganz wichtigen, hier leider nicht näher beschreibbaren Darlegungen zu Noel Field – den höchsten Neuigkeitswert, während andere Abschnitte – z.T. überarbeitete – Nachdrucke aus dem »Neuen Deutschland« und Zeitschriften (u.a. aus der vorliegenden) sind.

Was allerdings kein Archiv herzugeben vermag, ist Merkers Antrieb, nicht – wie viele andere – zu »gestehen«. Darüber konnte nur Merker selbst Auskunft geben, und er tat es – gegenüber Kießling: Die Todesurteile von Prag wenige Tage vor seiner endgültigen Verhaftung – »ausgeschaltet« war er ja schon seit über zwei Jahren – zeigten ihm, daß »Geständnisse« keine Rettung bringen, sondern, im Gegenteil, den »Geständigen« in einen »Herd« und seine gesamte Umgebung in »Infizierte«, d.h. in weitere Opfer der Staatsterroristen, verwandeln. Die Gemordeten von Prag entmutigten Paul Merker – anders als Ulbricht gehofft hatte – nicht; sie gaben ihm die Kraft, in seinen Peinigungern nicht »irrende Genossen«, sondern den eigentlichen Feind, d.h. Verbrecher, zu erkennen – etwas, was die meisten Opfer zwischen 1936 und 1953 meist erst vermochten, nachdem sie schon andere in den Strudel gerissen hatten.

JÖRN SCHÜTRUMPF

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingeklebt werden.

Wir bitten vorzugsweise darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichten, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

## Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
MARION KUNZE, ARNOLD SCHÖLZEL,  
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)

Herausgeber.:

Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz  
von GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER  
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Geschäftsführer: OLAF WITTE  
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK  
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,  
10178 Berlin (Tel.: 030-24009-561)  
Druck: Tribüne Druck GmbH,  
Am Treptower Park 28, 12435 Berlin  
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a,  
13156 Berlin (Tel.: 030-4764527)  
Einzelverkaufspreis: DM 7,50  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00